Mittwoch, 3. August 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 178 - 31. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Dollar gebremst: Nach gemeinsamer Intervention der Zentralbanken der USA, Japans und der Bundesrepublik ist der Kursanstieg des Dollars gebremst worden: 2,6605 DM nach 2,6675 DM am Vortag. Frankreichs Finanzminister Delors fordert eine europäische Front gegen die Dollar-Hausse.

Genscher zum Waffenmix: Für die Beibehaltung des Waffen-Mix von Pershing 2 und Cruise Missiles im Falle einer Nato-Nachrüstung hat sich Außenminister Genscher jetzt wieder eindeutig (im Österreichischen Fernsehen) ausgesprochen.

Chemische Waffen: Für die vom Repräsentantenhaus abgelehnten chemischen Waffen hat sich der Vermittlungsausschuß des US-Kongresses ausgesprochen.

US-Panzer für Saudis: Die USA werden 100 Kampfpanzer des modernisierten Typs M-60 an Saudi-Arabien liefern. Der moderne Panzer M-1 wird dort zur Zeit erprobt.

Weniger Aussiedler: Von Januar bis Juli 1983 kamen nur noch 21 102 deutschstämmige Aussiedler ins Bundesgebiet; im ersten Halbjahr 1982 waren es noch 28 108 Personen.

Genscher bei Kohl: Der FDP-Vorsitzende hat den Kanzler an dessen Urlaubsort am Wolfgangsee „rein privat" in der vergangenen Woche besucht.

Unkenntnis: 43 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland sehen die „DDR" als Ausland an. Das geht aus einer von der SPD/FDP-Regierung unter Verschluß gehaltenen und jetzt bekanntgewordenen Umfrage hervor.

Kohl legt zu: Der Bundeskanzler hat nach einer ZDF-Umfrage in der Beliebtheitsskala gegen Januar um 0,4 auf 1,5 Punkte zugelegt. Oppositionsführer Vogel: minus 0,5 auf 0,9 Punkte.

Doppelter Gedenktag: Zehntausende haben in Warschau den Gedenktag an den Aufstand gegen die deutsche Besatzung 1944 begangen. Dabei wurde auch für die verbotene Gewerkschaft Solidarnosc demonstriert. Diese hat zu Aktionen am 31. August, dem Gründungstag, aufgerufen.

Flucht durch Minenfelder: Unverletzt ist ein 44jähriger Fahrlehrer aus der „DDR" durch den verminten Todesstreifen an der Demarkationslinie nach Bayern geflüchtet.

Naher Osten: Syrien ist offenbar bereit, den neuen US-Sonderbotschafter für den Nahen Osten, McFarlane, zu empfangen. Dieser *konferierte gestern* mit Libanons Präsident Gemayel. Israelische Truppen haben einen Stützpunkt der in den vergangenen Tagen in Kämpfe verwickelten Phalangisten-Miliz geräumt.

Sinn bleibt: Hamburgs Wissenschaftssenator Sinn will nun doch bis Mitte 1984 im Amt bleiben; am Montag hatte er seinen Rücktritt für September *angekündigt*.

Heute: Bundeskabinett befaßt sich mit der Bau-Konjunktur, insbesondere beim Wohnungsbau. – Zweiter Tag des SPD-Hearings über berufliche Chancen für Frauen.

ZITAT DES TAGES



» Wir müssen alles tun, daß die Begriffe Deutschland, deutsches Volk, deutsche Nation lebendig bleiben und damit deutlich wird, daß nicht nur die Bundesrepublik Deutschland gemeint ist, sondern ganz Deutschland. «

Bundespräsident Karl Carstens in einem Interview zur deutschen Frage
FOTO: HEINRICH SANDEN/DPA

WIRTSCHAFT

Benzinpreis: Esso, Aral und Texaco folgen Shell. Benzin und Diesel werden um zwei Pfennig teurer.

Deutsche Bank: Erstes Halbjahr 1983 Betriebsergebnis (1,4 Milliarden DM) um 12,4 Prozent über Vorjahresniveau.

Horten: „Aufwind", Umsatzsteigerung in den ersten sieben Monaten 1983 um 3,9 Prozent auf 1,549 Milliarden DM, aber erstmals keine Dividende. Vorstandssprecher Hebbering klagt über „Ausnutzen von Einkaufsmacht" und „Verdrängungswettbewerb" im Einzelhandel.

Bundesobligationen: Rendite wieder auf acht Prozent heraufgesetzt durch Senken des Ausgabekurses von 100,60 auf 100 Prozent.

Isar-Amperwerke: Umsatz stieg im Geschäftsjahr (zum 30. Juni) auf 1,36 Milliarden DM. Vorjahr 1,23 Milliarden.

Börse: Nach dem starken Kursrückgang am Vortag konnten sich die deutschen Aktienkurse gestern erholen. WELT-Aktienindex 143,5 (142,1). Die Tendenz am Rentenmarkt hat sich nur unwesentlich verbessert. Goldpreis je Feinunze 414,25 (411,25) Dollar.

KULTUR

Festspiele: Premierenzyklus in Bayreuth mit Ovationen für „Parsifal" beendet. – Kaum bekannter Goldoni „Der Mann von Welt" in Bregenz.

Erziehung: Wenn beide Eltern studieren, haben sie deswegen keinen Anspruch auf Erstattung der Kindergartenkosten. Notfalls muß ein Elternteil auf *das Studium verzichten* (Hessischer Verwaltungsgerichtshof, AZ: 9 TG 57/83).

Schulstreit: Der Realschullehrerverband von Nordrhein-Westfalen fürchtet, daß die Realschulabschlüsse in anderen Ländern nicht anerkannt werden, wenn sie den Anforderungen an die Gesamtschule unterworfen werden.

SPORT

Leichtathletik: Der Engländer Sebastian Coe, Weltrekordler über 800 m, startet nicht bei der Weltmeisterschaft in Helsinki, die am Sonntag beginnt. Coe leidet unter einer Entzündung der Lymphdrüsen.

Fünfkampf: Bei der Weltmeisterschaft, die heute in Warendorf beginnt, werden die Doping-Kontrollen verschärft. Deutschen Fünfkämpfern war vorgeworfen worden, sie putschten sich auf.

AUS ALLER WELT

„Stern"-Skandal: Reporter Heidemann, der die gefälschten „Hitler-Tagebücher" besorgte, erhielt Haftverschonung. Die Staatsanwaltschaft Hamburg legte Beschwerde ein.

Barnard: Der südafrikanische Herzchirurg geht in Pension, weil er wegen Arthritis in den Händen nicht mehr operieren kann.

Wetter: Die eingeflossene Kaltluft gerät nur zögernd von Westen her unter Hochdruckeinfluß. Temperaturen bei wechselnder Bewölkung bis 23 Grad im Westen, an der Küste und im Osten nur 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Notenbanken greifen ein. Anstieg des Dollars gebremst

Koordinierte Aktion der USA, Japans und Deutschlands / Weitere Maßnahmen?

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Der Höhenflug des US-Dollars hat die Notenbanken der USA, der Bundesrepublik und Japans jetzt erstmals seit Anfang Oktober letzten Jahres zu koordinierten Eingriffen in den Devisenmarkt veranlaßt. Der Erfolg der Interventionen, die bereits am Freitag – allerdings nur sehr zaghaft – begonnen hatten, blieb nicht aus, als die Notenbanken gestern massiert Dollar verkauften und dies zur psychologischen Unterstützung ihrer Aktivitäten auch öffentlich bekanntgaben.

Der *Dollarkurs*, der von 2,6675 bei der amtlichen Notiz an der Frankfurter Montagsbörse später in New York und Singapur bis auf 2,68 DM geklettert war, fiel zeitweilig bis auf 2,65 DM und wurde gestern an der Frankfurter Devisenbörse mit 2,6605 DM notiert. Daraufhin stabilisierte sich auch die Wertpapierbörse.

In Frankfurter Devisenhändlerkreisen schätzte man, daß die Bundesbank gestern mehr als 300 Millionen Dollar – davon allein 87 Millionen bei der amtlichen Kursfeststellung an der Börse – verkauft hat. Das sind nach Einschätzung des Marktes die massivsten Interventionen seit langer Zeit.

Am Devisenmarkt, wo die Interventionen begrüßt wurden, hat das koordinierte Eingreifen der Notenbanken der drei größten Industrienationen überrascht, nachdem sich die US-Regierung auch auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg gegenüber Interventionen noch sehr reserviert gegeben hatte. In gut informierten Kreisen herrscht der Eindruck, daß die USA jetzt aus Eigeninteresse zu einer Dämpfung des Dollarkursanstiegs bereit seien. Angesichts der enger gewordenen Verflechtung der USA mit der Weltwirtschaft schwäche der *Höhenflug des Dollars die Export*chancen der amerikanischen Industrie, wodurch schließlich Arbeitsplätze gefährdet würden, so heißt es. Letztlich leide die US-Wirtschaft unter dem hohen Dollarkurs mehr als andere Länder, die freilich in eine immer stärkere Abhängigkeit von der US-Zinsentwicklung geraten sind.

Der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Jacques Delors hatte bereits am Montag zu einer gemeinsamen Reaktion aller europäischen Länder angesichts der Dollarhausse aufgerufen. Er warf Washington vor, sich nicht an die in Williamsburg zugesagte Reduzierung des hohen Zinsniveaus und des Haushaltsdefizits gehalten zu haben. Ein Zusammenhang zwischen diesem Appell und den Interventionen besteht jedoch nicht.

Als Ursache für den jüngsten Kursanstieg des Dollars bei uns wird in Fachkreisen nicht nur der Zinsvorsprung von Dollaranlagen gegenüber D-Mark-Anlagen von mehr als fünf Prozentpunkten am Geldmarkt und vier Prozentpunkten und mehr an den Anleihemärkten genannt, der Kapital aus Deutschland in die USA lockt. In zunehmendem Maße belaste jetzt auch die Angst vor einem „heißen Herbst" mit terroristischen Aktionen in der Bundesrepublik die D-Mark, die am Markt als „graue Maus", als Währung ohne aktuelle Aufwertungsphantasie, bezeichnet wird.

Das wird besonders auch im Kursanstieg des Schweizer Franken gegenüber der Mark deutlich.

Man befürchtet, daß die Bundesbank in der nächsten Woche ohne Leitzinserhöhung Maßnahmen zur Begrenzung der Geldmengenexpansion beschließt, die den D-Mark-Wechselkurs psychologisch stabilisieren.

DER KOMMENTAR

Geld und Konkurrenz

PETER PHILIPPS

Wenn man sich die absoluten Zahlen ansieht, wie viele Milliarden den Universitäten und Großforschungseinrichtungen für *geistige Innovation zur* Verfügung stehen, kann man beeindruckt sein. Oder, wie es der Wissenschaftsrat formulierte: Die deutsche Hochschulforschung findet Arbeitsbedingungen vor, „wie sie in dieser Großzügigkeit zu anderen Zeiten und in anderen Ländern keineswegs immer gegeben waren und sind".

Doch wieviel effektiver könnten diese Mittel eingesetzt werden, wenn man auch im Hochschulbereich versuchte, gewisse Elemente der Marktwirtschaft stärker zum Tragen zu bringen. Mit den sogenannten Drittmitteln, die den Forschungseinrichtungen zusätzlich zur staatlich finanzierten Grundausstattung gegeben werden, ist im Prinzip ein hervorragendes Instrument dafür vorhanden. Denn bei der Anwerbung dieser Gelder wird vor allem das Augenmerk auf den Nutzen des Projekts gerichtet.

Die vorwiegend privaten Drittmittel sind in unserem *staatlich* reglementierten Bildungs- und Hochschulwesen die einzige Möglichkeit, eine gewisse, qualitätssteigernde Konkurrenz zwischen den Universitäten herzustellen. Nur leider konterkarieren staatliche Eingriffe diese Möglichkeit *und zwängen die* Belebungsmittel für die Forschung in die engen Kanülen des kameralistischen Haushaltsrechts.

Erschwerend kommt hinzu, daß aus steuerrechtlichen Gründen den privaten Stiftungen die Möglichkeiten genommen sind, durch Rücklagen ihre Leistungskraft trotz Geldentwertung zu erhalten. Strenge personalrechtliche Vorschriften sorgen außerdem dafür, daß die Wirksamkeit der Mittel beeinträchtigt wird.

Mit den Ankündigungen in ihrem „Bericht über die Drittmittelforschung" hat sich die Bundesregierung auf den richtigen Weg begeben. Vor allem hat sie, darauf wird zu achten sein, zugesagt, daß die flexibel einzusetzenden Drittmittel nicht die Löcher stopfen sollen, die von der finanzpolitisch diktierten Sparsamkeit in die Grundausstattung gerissen werden. Denn wir können uns nicht darauf ausruhen, das meiste Geld für Forschung ausgegeben *zu haben*, wenn am *Ende* die Ergebnisse nicht stimmen. Japaner und Amerikaner schlafen nicht.

Kohl will keinen Disput mit Strauß

Kanzleramt: Die Zahlendiskussion im innerdeutschen Bereich sollte beendet werden

BERNT CONRAD, **Bonn**

Nach Ansicht des Bundeskanzleramtes sollte „die ganze Zahlendiskussion" im innerdeutschen Bereich beendet werden. „Man muß die Dinge jetzt wieder auf die normale Schiene bringen. Die zuständigen Stellen müssen die Verhandlungen mit der DDR führen, und sie tun das auch", erklärte ein Mitarbeiter Helmut Kohls gestern zu der durch die „DDR"-Reise von CSU-Chef Franz Josef Strauß ausgelösten öffentlichen Auseinandersetzung.

Auf die Frage, weshalb Kohl sich von seinem Urlaubsort aus nicht zu den umstrittenen deutschlandpolitischen Aktivitäten und Bemerkungen des bayerischen Ministerpräsidenten äußere, wurde im Kanzleramt festgestellt: „Es wäre nicht zweckmäßig, wenn der Kanzler sich jetzt mit Strauß öffentlich *auseinandersetzen* würde. *Man* muß dafür sorgen, daß die Verhandlungen normal weiterlaufen. Dies hat der Kanzler sichergestellt."

Zur gleichen Zeit setzte Staatssekretär Winfried Florian vom Bundespostministerium gestern in Ost-Berlin die Verhandlungen über ein neues Postabkommen mit der „DDR" fort.

Strauß hatte innerhalb der Bundesregierung erheblichen Unwillen ausgelöst, weil er nach der Rückkehr von seinem Treffen mit SED-Chef Erich Honecker am Werbellinsee unrichtige Zahlen im Zusammenhang mit den Postverhandlungen genannt hatte. Er hatte erklärt, die „DDR" beharre gegenüber ihrer *ursprünglichen* Forderung von 600 Millionen Mark nur noch auf einer Postpauschale von

SEITE 2:
Eleganz macht den Staatsmann

300 Millionen Mark, während die Bundesregierung 250 Millionen Mark anbiete. Nach der Überzeugung des CSU-Chefs werde man sich in der Mitte finden.

Tatsächlich wollte Ost-Berlin ursprünglich 430 Millionen Mark von der Bundesregierung kassieren. Bonn hingegen ist nicht bereit, die von Strauß genannten 250 Millionen Mark zu zahlen. Demgegenüber berief sich der CSU-Chef auf anderslautende Informationen des Staatsministers im Kanzleramt, Philipp Jenninger (CDU). Nach vorliegender Information hat Jenninger aber intern energisch bestritten, Strauß die falschen Zahlen gegeben zu haben.

Im Kanzleramt beschränkte man sich gestern auf den Hinweis: „Wir sind gegen öffentliche Zahlenspiele. Wir wollen Verbesserungen im innerdeutschen Postverkehr erreichen. Da sollte jede Störung *vermieden werden.*"

Mit Unbehagen war in Bonner Regierungskreisen auch registriert worden, daß der bayerische Ministerpräsident im Zusammenhang mit seiner „DDR"-Reise auf Eile bei den Verhandlungen über Verkehrs-, Umwelt- und Kultur-Vereinbarungen gedrängt hatte. Dabei hatte er offenbar das seit 1975 nicht mehr verhandelte Kulturabkommen – das nach seinen Worten „jederzeit abgeschlossen werden" könnte – mit dem Wissenschaftsabkommen verwechselt, dessen Text weitgehend fertiggestellt ist, aber wegen der noch ungelösten praktischen Einbeziehung West-Berlins bisher nicht unterzeichnet werden konnte.

● **Fortsetzung Seite 8**

USA für weiteren Dialog mit Managua

Sonderbotschafter Stone: Besuch nützlich / Lenkt Nicaragua bei Waffenschmuggel ein?

DW. **Washington/Managua**

Mit Gesprächen in Nicaragua hat der amerikanische Sonderbeauftragte Richard Stone die dritte Runde seiner Friedensmission in Mittelamerika beendet und ist nach Washington zurückgeflogen. Stone, der wie seine Gesprächspartner *die Unterredung als nützlich* bezeichnete, kündigte eine Fortsetzung des Dialogs an. Unmittelbar nach der Abreise Stones traf Junta-Chef Daniel Ortega mit Yuri Joachim, einem Diplomaten der sowjetischen Botschaft, zusammen, um ihn über die Gespräche zu unterrichten.

Beide Seiten waren mit geringen Erwartungen in die Verhandlungsrunde gegangen. Wie aus unterrichteten Kreisen verlautete, wollte die Regierung in Managua mit Stone über die gespannte Lage an der Grenze mit Honduras sprechen, von dessen Gebiet aus Rechtsrebellen nach Nicaragua einsickern. Auch die geplanten amerikanischen Flottenmanöver vor Nicaraguas Küsten sollten zur Sprache kommen. Washington verlangt von Managua vor allem die Einstellung jeglicher Hilfen für die salvadorianische Guerrilla sowie Abrüstungsmaßnahmen und den Abzug aller ausländischen Militärberater im Land.

Ausländische Beobachter in Managua vermuten, daß die Junta bereit ist, die erste Forderung zu erfüllen, wenn auch schweren Herzens. Sie kann sich vorerst keine expansiven Aktivitäten mehr leisten. Eine Kompromißbereitschaft in dem anderen Punkt dürfte we-

SEITE 5:
Weitere Beiträge

sentlich schwieriger sein. „Das würde eine gravierende Kurskorrektur bedeuten", sagte ein Diplomat.

Die Lieferungen von Waffen aus dem Ostblock an die salvadorianischen Guerrilleros sind nach Darstellung der US-Regierung bereits eingeschränkt worden. Es würden aber immer noch „bedeutende Mengen" Munition, Funkgeräte und Militärkleidung ins Nachbarland geschmuggelt. Die Guerrilleros hätten in diesem Jahr offenbar „weniger Bedarf" an Waffen aus dem Ausland, sagte ein Sprecher des US-Außenministeriums.

In Bogotá, der vorletzten Etappe seiner Rundreise, war Stone mit dem salvadorianischen Guerrilla-Führer Ruben Zamora zusammengetroffen. Dieser teilte inzwischen mit, daß der nächste Kontakt mit den USA auf Delegationsebene stattfinden werde. Vor Journali*sten in San José (Costa Rica)* sagte Zamora, die salvadorianische Opposition wolle über generelle Probleme des Landes und nicht über einzelne Aspekte, wie Wahlen, verhandeln. Man sei bereit, sich mit Stone so häufig zu treffen, wie dies erforderlich sei.

Die Teilnahme der Opposition an den für Anfang nächsten Jahres geplanten Wahlen schloß Zamora aus. Sie würde unter den gegenwärtigen Bedingungen in El Salvador politischen Selbstmord bedeuten.

In Washington sagte der Sprecher des Außenministeriums, John Hughes, zu der Unterredung Stones mit Zamora, der Sonderbeauftragte verhandele nicht mit der salvadorianischen Guerrilla, sondern versuche, einen Dialog zwischen den Linksrebellen und der Regierung in San Salvador zustande zu bringen.

USA verlängern Zollvorteile auch für Rumänien

rtr, **Washington**

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einer Empfehlung Präsident Reagans entsprochen, Rumänien, China und Ungarn ihre Zollvergünstigungen für Einfuhren in die USA nach der sogenannten Meistbegünstigungsklausel für ein weiteres Jahr zu verlängern. Der umstrittenste Teil der entspre*chenden Gesetzesvorlage, der sich* auf Rumänien bezog, wurde am Montag mit 279 zu 126 Stimmen angenommen. Der Antrag wurde dem Senat zur Entscheidung zugeleitet. Die Verlängerung für China und Ungarn wurde durch bloße Akklamation gutgeheißen.

Präsident Reagan hatte die Gleichbehandlung der drei Staaten nach der Meistbegünstigungsklausel erst empfohlen, nachdem der Einschluß Rumäniens in die Verlängerung der Gewährung der Zollvorteile gegen den Widerstand als konservativ eingestufter Republikaner im Repräsentantenhaus durchgesetzt worden war. Die Gegner des Einschlusses Rumäniens in die Vorlage hatten ihre Ablehnung damit begründet, daß das kommunistische Land wegen seiner Ausreisebeschränkungen für Juden und andere Minderheiten nicht länger in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel kommen solle. Der republikanische Abgeordnete Philip Crane warf Rumänien vor, den Handel als „Lösegeldaktion" zu benutzen. Der Republikaner Richard Schulze erinnerte daran, daß Rumänien, nachdem es seine letzte Ausnahmevergünstigung erhalten habe, ausreisewilligen Staatsbürgern eine prohibitive Bildungssteuer auferlegt habe, um diese die Kosten ihrer Schul- und Universitätsbildung zu*rückzahlen zu lassen.*

UdSSR bestreitet Fortschritte bei START-Runde

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur Verminderung der strategischen Waffen (START) sind für eine Sommerpause bis zum 10. Oktober unterbrochen worden. Der sowjetische Verhandlungsleiter Karpow erklärte zum Abschluß der jüngsten Runde, amerikanische Berichte über in ihr *erzielte Fortschritte seien falsch.* Die USA schindeten nur Zeit.

Der amerikanische Verhandlungsführer Rowney unterrichtete am Montag in Brüssel die Botschafter der Nato über den Stand der START-Verhandlungen und die Absichten seiner Regierung. Anschließend hieß es in einem Kommuniqué, die Allianz unterstütze die von den USA gemachten START-Vorschläge. Von der Sowjetunion verlangten die Nato-Botschafter, sie solle eine „konstruktive Anstrengung zur Erreichung eines Vertrages" machen.

In diplomatischen Kreisen hieß es zum Stand der START-Verhandlungen, die Aussichten, daß sie noch vor Beginn des Präsidentschafts-Wahlkampfs in den USA nächstes Jahr zum Abschluß kämen, stünden nicht schlecht. Die Sowjetunion habe sich erstmals zu einer wirklichen Verringerung ihrer strategischen Waffen bereit erklärt. Moskau hatte eine Reduzierung der Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite auf 1800 Systeme vorgeschlagen, was freilich weit über der Zielsetzung der Amerikaner geblieben war, die eine Reduzierung auf 850 Trägersysteme vorsehen wollten. Inzwischen haben die USA diese Grenze auf 1200 gehoben. Im nicht ratifizierten SALT-2-Vertrag war eine Obergrenze von 2250 Systemen vereinbart.

Neue Organisation für indischen Subkontinent

Südasiatische Zusammenarbeit von sieben Staaten

dpa/UPI/rtr, **Neu-Delhi**

Sieben Staaten des indischen Subkontinents mit zusammen rund einer Milliarde Einwohnern haben gestern in Neu-Delhi eine Gruppe für Zusammenarbeit auf den Gebieten Landwirtschaft, Post, Fernmeldewesen und Transport gegründet. Die Außenminister Indiens, Pakistans, Bangladeschs, Sri Lankas, Bhutans, Nepals und der Malediven unterzeichneten nach zweitägigen Beratungen und über zweijähriger Vorbereitungszeit die Dokumente über die „Südasiatische Regionale Zusammenarbeit" (SARC), von der sich die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi erhofft, daß die Mitgliedsländer künftig auswärtigem Druck besser standhalten können.

Das Programm sieht eine Zusammenarbeit in den Bereichen Agrarwirtschaft, strukturelle Entwicklung ländlicher Gebiete, Fernmeldetechnik, Gesundheit, Verkehrswesen, Wissenschaft sowie Kultur vor. Die finanzielle Beteiligung jedes der Länder an dem Programm sei freiwillig, heißt es.

Es ist das erste Mal, daß die Staaten des indischen Subkontinents sich zu einer, wenn auch begrenzten, Zusammenarbeit bereitgefunden haben. Politische Streitigkeiten, die allein zwischen Indien und Pakistan drei Kriege auslösten, hatten dies bisher verhindert. Die Gruppe für Zusammenarbeit, in der alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen und bilaterale Probleme ausdrücklich ausgeklammert sind, nimmt sich aber selbst gegenüber der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean bescheiden aus.

Das Außenminister-Treffen, das vor dem Hintergrund der Unruhen in Sri Lanka stattfindet, war von der indischen Ministerpräsidentin eröffnet worden. Frau Gandhi, die am Rande der Konferenz mit dem srilankischen Außenminister Shahul Hameed zusammentraf, erwähnte in ihrer Eröffnungsrede „beunruhigende und tragische Entwicklungen in unserer Nachbarschaft". Da die tamilische Minderheit Sri Lankas indischen Ursprungs ist, haben sich indische Politiker bereits in den Konflikt eingeschaltet. Viele von ihnen befürworten eine indische Intervention in der Inselrepublik. Im südindischen Bundesstaat Tanil Nadu begann gestern ein 14stündiger Proteststreik gegen die Übergriffe auf Tamilen.

Für mehr Flexibilität der Forschung

Bericht der Bundesregierung über „Drittmittel" / Personalrechtliche Folgerungen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die Bundesregierung hat angekündigt, daß sie im Zuge einer möglichen Novellierung des Hochschulrahmengesetzes auch „mehr Spielraum" für befristete Anstellungsverträge schaffen werde, falls sich die Tarifpartner nicht auf eine entsprechende BAT-Änderung einigen sollten. Im „Bericht zur Förderung der Drittmittelforschung im Rahmen der Grundlagenforschung" wird dies als ein Schritt dargestellt, mit dem die Flexibilität in der Forschungspolitik verbessert werden soll.

Nach *diesem* jetzt dem Bundestag vorgelegten Bericht steht die Bundesrepublik Deutschland, gemessen am Bruttosozialprodukt, an der Spitze aller Industrienationen im Bereich der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Rund 41,5 Milliarden Mark wurden dafür im Jahre 1981 ausgegeben. In absoluten Zahlen wird die Bundesrepublik in der westlichen Welt nur von den USA und Japan übertroffen.

Die Wissenschaftsausgaben der Hochschulen (einschließlich der Mittel für die Lehre) betrugen rund 19,2 Milliarden Mark, davon 6,52 Milliarden Mark für Forschung und Entwicklung. 1,6 Milliarden Mark waren Drittmittel, die von Stiftungen, der Wirtschaft oder Forschungsförderungsorganisationen aufgebracht wurden. Wie in dem Bericht weiter ausgeführt wird, waren aufgrund der wirt*schaftlichen Situation „in jüngster* Zeit" die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik zwar real rückläufig. Aber es wird darauf verwiesen, daß auch aus dem Bereich der Wissenschaft erklärt wird, „daß aufgetretene Schwächen nicht nur oder nicht in erster Linie auf einen zu geringen Mitteleinsatz zurückzuführen sind. Sie haben ihre Ursache oft in strukturellen und administrativen Schwierigkeiten".

Die Bundesregierung betont in dem Bericht, daß sie es durchaus als wesentliche Aufgabe erkannt habe, diese Schwierigkeiten „abzubauen und dabei auch die Möglichkeiten für die Einwerbung von Drittmitteln zu verbessern". Ein Haupthindernis für den angestrebten flexiblen Einsatz der Drittmittel ist, daß die den Hochschulen von privater Seite zufließenden Forschungsmittel nach den kameralistischen haushaltsrechtlichen Grundsätzen zu bewirtschaften sind. „Eine flexiblere Handhabung der Bewirtschaftungsgrundsätze könnte das Interesse der Wirtschaft an der Hochschulforschung fördern und ihre Bereitschaft erhöhen, Mittel an die Hochschulen zu vergeben."

46 Prozent für Kürzungen im Sozialbereich

hey, **Bonn**

Knapp die Hälfte aller Bundesbürger, 46 Prozent, halten die beabsichtigten Kürzungen im Sozialbereich für „gerade richtig". Ein Drittel empfinden sie als zu stark und nur vier Prozent als zu gering. Das geht aus einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 982 Personen hervor, die in der ersten Juli-Hälfte für das ZDF gemacht worden war.

Danach kann die Bundesregierung auch bei der geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechts mit breiter Zustimmung rechnen. Für sie sprachen sich 62 Prozent der Befragten aus. Dabei belief sich der Anteil der CDU/CSU-Wähler auf 63 Prozent und bei den SPD-Wählern war es jeder zweite.

Mit Regierung und Opposition sind die Bürger nach der Umfrage gleichermaßen zufrieden. Beide liegen auf der Skala mit den Werten von plus bis minus fünf zur Zeit bei 0,7 und haben sich damit gegenüber Januar leicht verbessert. Damals kamen die Regierung auf 0,5 und die Opposition auf 0,3.

Positiver sehen die Befragten auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Während Kohl mit 1,5 gegenüber Januar 0,4 zulegen konnte, kommt Genscher mit 0,3 erstmals wieder in die Plus-Zone. Zum Jahresbeginn lag er noch bei minus 0,7. Dagegen mußte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel mit einem Wert von 0,9 einen Rückgang um 0,5 im Vergleichszeitraum hinnehmen.

Weniger Gewalttaten in Berlin

hrk. **Berlin**

Die Stadt gelangt allmählich wieder in ruhigeres Fahrwasser: Im ersten Halbjahr 1983 ging die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge gegenüber Januar/Juni 1982 um die Hälfte zurück. Sämtliche 70 Demonstrationen verliefen friedlich; lediglich nach drei Aufzügen entwickelten sich Krawalle. Vor allem der Kurfürstendamm dient nicht mehr als Mekka der Demonstranten. Nur jede vierte Demonstration schlug diese Route ein.

Innensenator Heinrich Lummer legte gestern die jüngsten Zahlen aus diesem Bereich vor, der Berlins Erscheinungsbild seit Ende 1980 nachhaltig belastete. Nach den Unterlagen des Senats geschahen im ersten Halbjahr 1983 sechzig Brand- und neun Sprengstoffanschläge mit terroristischem Hintergrund. Die schwerste Explosion ereignete sich in der Wohnungsbaukreditanstalt. Im Vergleichszeitraum registrierte die Polizei noch 130 Brand- und 21 Sprengstoffanschläge. Ereigneten sich in den ersten sechs Monaten 1982 rund 44 Prozent aller entsprechenden Straftaten im gesamten Bundesgebiet in Berlin, ging Berlins Anteil an dieser Bilanz jetzt auf knapp 30 Prozent zurück.

Lummer erklärte gestern, die Anschläge seien „fast ausschließlich dem linksextremistischen Bereich" zuzuordnen. Dieser Anteil liege seit Jahren bei 85 Prozent.

EKD weist Zweifel zurück

AP/epd, **Hannover/Frankfurt**

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat die Kritik aus dem Bundesverteidigungsministerium an der Haltung der Kirche in der Friedensdiskussion zurückgewiesen. Zweifel an der Stellung der EKD zur Verfassung seien grundlos, sagte Ratssprecher Oberkirchenrat Dietrich Sattler. Demgegenüber erklärte jedoch der Münchner Theologe Trutz Rendtorff, daß die Nachrüstungsgegner in der Evangelischen Kirche die „traditionelle protestantische *Demokratie*unfähigkeit" zeigten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Staatssekretär äußert Bedenken gegen Hilfsprogramm für Polen

Hennig (CDU): Direkte Hilfe ist nützlich, nicht aber Hilfe an die Regierung

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ottfried Hennig hat Bedenken gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an dem von der katholischen Kirche geplanten Programm zur Hilfe für die private Landwirtschaft und das private Handwerk in Polen geäußert. „Wir schütten da Geld in ein Faß ohne Boden. Die Größe des Loches bestimmt der polnische Staat", sagte Hennig, der gleichzeitig Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen ist, gegenüber der WELT.

Das kirchliche Hilfsprogramm, das aus fünf „Pilotprojekten" für die Landwirtschaft mit einem Umfang von schätzungsweise einer Milliarde Mark bestehen soll (die WELT vom 28. 7. 1983) wird von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) nachdrücklich unterstützt. Auch der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Franz Josef Strauß hat sich für die Aktion ausgesprochen.

„Kann die Kirche das?"

Hennig meinte dazu, er habe Verständnis dafür, daß das polnische Episkopat Strauß dieses Programm als Wunsch der Kirche übermittelt habe. „Ich habe auch nichts dagegen, wenn es ein privates Projekt wäre. Es ist sicher vernünftig, daß sich die deutschen Bischöfe daran beteiligen. Nur daß wir dafür Steuergelder zahlen sollen, sehe ich nicht ein. Das Votum von Strauß hält mich von meiner Skepsis nicht ab."

Nach Angaben des CDU-Politikers soll das Hilfsprogramm auf Wunsch der polnischen Bischöfe zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln und zur anderen Hälfte aus kirchlichen Mitteln und privaten Spenden finanziert werden. Der öffentliche Anteil soll von den EG-Mitgliedstaaten und den USA gemeinsam getragen werden.

Woher, so fragte Hennig, solle die Europäische Gemeinschaft rund 500 Millionen Mark nehmen, wenn man an die noch nicht gelösten Beitragsprobleme Großbritanniens, die Belastungen aus dem portugiesischen und spanischen EG-Beitritt und die ungelöste Finanzierung der europäischen Agrarpolitik denke? Was den Bundeshaushalt betreffe, so würde Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg seine Meinung sagen. Wie aber könnte Bonn zu einem Zeitpunkt, da jeder Bundesbürger zu finanziellen Opfern aufgefordert werden müsse, derartig große Beträge für Polen „einfach mal so über den Tisch reichen"?

Der CDU-Abgeordnete betonte: „Fundamental ist für mich, was Leszek Kolakowski, polnischer Philosoph, zur Zeit in Oxford, dazu gesagt hat: ‚Alle humanitäre Hilfe, die den Menschen in Polen in ihrer schrecklichen Lage helfen könnte, ist nützlich – natürlich aber direkte Hilfe, nicht Hilfe an die Regierung, an den Staat. Denn der Staat, wie er jetzt ist in Polen, ist eine Regierung, die von der überwiegenden Mehrheit der Polen als eine fremde Regierung betrachtet wird. Und jede Hilfe, dieser Regierung gegeben, wird zu verschärfter Unterdrückung benutzt werden.'"

Auf den Einwand, das Hilfsprogramm solle doch über die Kirche und nicht über die Regierung laufen, erwiderte Hennig: „Kann das die Kirche eigentlich? Kann sie Gummistiefel verteilen und Landmaschinen verkaufen? Sie hat dafür nicht die Infrastruktur und muß sich deshalb der Hilfe des Staates bedienen."

In Polen bestimmt der Staat nach den Worten des Unionsabgeordneten die Preise und damit die Lage der Landwirtschaft. Er bestimme den Zeitpunkt für die Austeilung von Dünger: erst Kolchosen oder private Bauern? „Damit setzt der Staat Bedingungen. Er hat einen Hahn am Faß und kann den Abfluß völlig regulieren."

Genscher hatte erklärt, die Bundesregierung sei im Interesse der unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte in Polen daran interessiert, daß das Projekt verwirklicht werden könne.

Für weitere Paketsendungen

Weitere Paketsendungen nach Polen bezeichnete der Parlamentarische Staatssekretär dagegen als sinnvolll – allerdings ohne Gebührenermäßigungen, die finanziell nicht mehr tragbar seien.

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu hatte am Vortage Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Auswärtigen Amt kritisiert, weil dieser die Verschärfung der polnischen Strafrechts- und Zensurbestimmungen als einen „schlimmen Schritt in die falsche Richtung" bezeichnet hatte. Strauß, so meinte Wiesheu, habe bekanntlich die Aufhebung des Kriegsrechts einen „richtigen Schritt in die richtige Richtung" genannt. Henning bemerkte dazu, formal sei beides richtig. Auch er begrüße die Aufhebung des Kriegsrechts. Wenn aber gleichzeitig Ähnliches oder noch Schlimmeres verlängert werde, so sei das in der Tat ein schlimmer Schritt in die falsche Richtung.

Stimmt Wiesheus Behauptung, die Ansicht von Mertes stehe im Widerspruch zur Haltung der Bundesregierung? Hennig: „Die Bundesregierung hat kein abweichendes Urteil gefällt. Mertes hat die einzig objektiv richtige Meinung geäußert."

Ein Muster dient als Ziel für neue Kampagne

Bonn weist Kritik am geplanten Personalausweis zurück

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

„Erika Mustermann, geborene Gabler", muß sich in diesen Tagen allerhand gefallen lassen. Die fiktive Person, abgebildet auf den bisher als Muster zirkulierenden neuen Bundes-Personalausweisen, ist angeblich der erste Bürger der Bundesrepublik Deutschland, an dem zu beweisen ist, daß „der neue Personalausweis für die Bürgerrechte wesentlich gefährlicher ist als die Volkszählung".

So jedenfalls hat Hans Peter Bull, ehemaliger Chef-Datenschützer des Staates, die Auswirkungen des Ausweises beschrieben, der waschmaschinenfest und plastikverschweißt fälschungssicher ab 1. November 1984 eingeführt werden soll. Was Bull bemängelt, hat indes, wie Regierungssprecher Peter Boenisch in Bonn feststellte, einen kleinen Fehler: Er hat seine Bedenken erst mitgeteilt, als er nicht mehr im Amt war und sich seine Kritik eher als eine an der neuen Bundesregierung einordnen ließ.

Die Bedenken des neuen Datenschutzbeauftragten der Bundesregierung, Baumann, der sich wie der Bund deutscher Kriminalbeamter gegen Formulierungen Bulls wandte, richten sich ausschließlich gegen die sogenannte Protokollierung von Kontrollen, das Festhalten von Daten, die bei der Ausweiskontrolle anfallen. Die „Liberalen Demokraten", die sich seinerzeit von der FDP lossagten, haben indes Verfassungsbeschwerde wegen des neuen Ausweises eingelegt.

Nachdem das Berliner Linksblatt „taz" Mitte April dieses Jahres der deutschen „Protestbewegung" empfohlen hatte, sich „schleunigst über den neuen Personalausweis herzumachen", da der Kampf gegen die Volkszählung offenbar als gewonnen gelten konnte, hat es an Angriffen gegen die Neueinführung nicht gefehlt.

Anders als bei der Volkszählung hat daraufhin die Informationspolitik sich rechtzeitig des Bundespersonalausweises angenommen. Alle Argumente, die heute kursieren, sind in dem Text aufgefangen, den das Bundesministerium des Inneren herausgebracht hat, und der mit dem Satz schließt: „Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern haben bei der Formulierung der Datenschutzbestimmungen entscheidend mitgewirkt – die Belange der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und des Datenschutzes sind bei der Schaffung des neuen Ausweissystems in gleicher Weise gewahrt worden."

Daß überhaupt ein neuer Ausweis erforderlich ist, wird mit den zahlreichen Einbrüchen in Personalausweisbehörden in den letzten Jahren erklärt, bei denen eine erhebliche Anzahl von Blanko-Personalausweis-Vordrucken entwendet wurde, dazu die passenden Dienstsiegel.

Außerdem würden heute Lichtbilder von Ausweisinhabern nicht mehr aus Papier, sondern aus Kunststoffmaterial hergestellt. Solche Fotos ließen sich mit vertretbaren Kosten nicht auf dem aus Sicherheitspapier bestehenden Ausweis alter Art befestigen. Die Folge seien Verfälschungen durch Auswechseln der Bilder gewesen.

Angesichts der steigenden Tendenz der Kriminalität müsse sichergestellt werden, daß mit dem neuen Ausweis schneller und sicherer an Grenzen kontrolliert werden könne – durch automatisches Lesen des Ausweises. Heute tippt der Grenzbeamte die Namen in Computer und erhält so seine Auskünfte in Sekundenschnelle. Das Bundesinnenministerium beruft sich außerdem bei der Neueinführung auf die Empfehlung des Ministerrates des Europarats vom September 1977.

Arafat fährt im September nach Moskau

AFP/rtr, **Nikosia/Beirut**

Der Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, wird seinen erwarteten Besuch in Moskau Anfang September antreten. Wie die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa mitteilte, folge Arafat einer Einladung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow. Die Kreml-Führung hatte bislang im Konflikt zwischen Arafat und den Fatah-Dissidenten keine öffentliche Stellung bezogen.

Trotz heftiger Proteste der christlichen Bevölkerung haben die israelischen Streitkräfte gestern einen Stützpunkt der Phalangisten-Miliz in Südlibanon aufgelöst. Ein Heeressprecher sagte, da der Lagerkommandant den Räumungsbefehl mißachtet habe, sei Militär eingesetzt worden, um das Camp östlich von Sidon zu „evakuieren". Zu Zusammenstößen mit den Milizsoldaten sei es nicht gekommen.

Belgien legt für 1984 Etatentwurf vor

AP, **Brüssel**

Der vom belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens für 1984 vorgelegte Haushaltsentwurf, übersteigt das Volumen des 83er Etats um 5,3 Prozent, wobei die Ausgaben im Sozialbereich um 135 Milliarden Franc gekürzt werden sollen. Demgegenüber will die Regierung ihre Ausgaben für Investitionen um zehn Prozent erhöhen. Der Ministerpräsident verwies darauf, daß die bisherigen Sparmaßnahmen der Regierung erfolgreich gewesen seien.

Grüne demonstrieren in den USA

AFP, **Romulus**

Bei einer Demonstration im US-Bundesstaat New York gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa wurden am Montag 200 Personen verhaftet. Zu den rund 2000 Demonstranten gehörten auch Vertreter der deutschen, italienischen und australischen Friedensbewegungen, darunter Marie-Luise Beck-Oberdorf von der Bundestagsfraktion der „Grünen".

Weltkonferenz gegen Rassismus in Genf

AP, **Genf**

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar hat in Genf die zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung eröffnet, an der rund 100 Länder teilnehmen. Die USA und Israel boykottieren die zwölftägige Konferenz in Genf, weil die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1975 eine Resolution verabschiedet hat, in der der Zionismus dem Rassismus gleichgesetzt wurde.

Gedenken im Zeichen der „Solidarität"

dpa/AFP, **Warschau**

Zehntausende von Menschen gedachten in Warschau des Aufstandes gegen die deutsche Besatzung, der vor 39 Jahren am 1. August 1944 losbrach. Unübersehbare Menschenmengen drängten sich auf dem Warschauer Powazki-Friedhof, wo die meisten Aufständischen begraben liegen. Einige tausend Menschen sammelten sich um einen Rasenplatz, der den Opfern von Katyn geweiht ist, den mehr als 4000 polnischen Offizieren, die 1939 in sowjetische Hände gefallen waren. Die Menschen sangen Lieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität". Sie legten demonstrativ immer neue Blumen an dieser Stelle nieder.

In Polen sind seit der Verabschiedung des Amnestiegesetzes durch das Parlament am 21. Juli insgesamt 900 Gefangenen freigelassen worden. Davon waren, wie die polnische Nachrichtenagentur PAP unter Berufung auf das Justizministerium meldete, 450 politische Gefangene.

Verkehrsberuhigung muß nicht teurer sein als konventioneller Straßenbau

Bundesbauministerium räumt mit einer Studie Vorurteile der Kommunen aus

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Mit dem Hinweis „Viel zu teuer!" haben Städte und Gemeinden in der Vergangenheit oft den Wunsch ihrer Bürger nach mehr verkehrsberuhigten Zonen zurückgewiesen. Jetzt will das Bundesbauministerium mit diesem „Vorurteil" aufräumen. Als Nachhilfeunterricht für die Kalkulation hat es „Kostenhinweise zur Verkehrsberuhigung" herausgegeben. Fazit: verkehrsberuhigende Maßnahmen sind nicht teurer als konventioneller kommunaler Straßenbau in Neubaugebieten.

Bei aller Zurückhaltung im Urteil wird im Text des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau doch auch gelegentlich Kritik am Prestigedenken mancher Kommunen geübt. In der Praxis sei bei der Verkehrsberuhigung „vielfach zu kleinteilig und damit kostenintensiv" gearbeitet worden, außerdem sei „die Orientierung an Gestaltungsmustern von Fußgängerzonen unverkennbar". Das bedeutet, Repräsentationsdenken hat sich vor Nützlichkeitsdenken geschoben.

Große Preisunterschiede

Interessant sind in diesem Zusammenhang Zahlenvergleiche bei zwei sonst nicht gerade ähnlichen Städten: St. Augustin bei Bonn und Berlin. Im Zuge von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen hat die alte deutsche Hauptstadt pro Quadratmeter für Beleuchtung 338,40 Mark ausgegeben, St. Augustin 25 Mark. Die „Begrünung" hat in der kleinen Stadt für jeden Quadratmeter 59,– Mark gekostet, in Berlin 841,40 Mark. Und in der Rubrik „Ausstattung" hat St. Augustin 6,10 Mark ausgegeben, Berlin 604,10 Mark.

Welche Preisunterschiede Gemeinden bei der Ausstattung von verkehrsberuhigten Zonen erwarten, wird anhand einer Liste dargestellt, auf der Papierkörbe in einer Größenordnung zwischen 70 und 340 Mark angeboten werden, Poller zwischen 110 und 340 Mark, Bänke zwischen 225 und 1521 Mark. Nachdrücklich wird den Planern empfohlen, ausreichend große Bäume zu pflanzen, deren höhere Kosten sich dadurch relativierten, daß sie „optimale verkehrsberuhigende Wirkung" hätten.

Was die Kritik an punktuellen Maßnahmen der Städte betrifft, so hat Bundesbauminister Oscar Schneider darauf hingewiesen, daß dabei oft Probleme der einen Straße nur auf die nächste weitergeschoben wurden. Erst bei der Ausdehnung der Verkehrsberuhigung auf ganze Stadtteile aber könnten die Wirkungen der Maßnahme auf die Verbesserung des Wohnumfeldes wirklich richtig beurteilt werden. Zur Zeit läßt das Ministerium innerhalb eines Forschungsvorhabens diese Probleme in sechs Modellstädten untersuchen. Dazu gehören, um alle Größenordnungen zu erfassen, wieder Berlin, daneben Buxtehude, Borgentreich (zwischen Paderborn und Kassel), Mainz, Esslingen und Ingolstadt.

Nach den Ermittlungen der „Deutschen Straßenliga" können von Bauinvestitionen für Verkehrsberuhigung die höchsten Beschäftigungseffekte aller Straßenbaumaßnahmen überhaupt erwartet werden. Die Finanzlage der Gemeinden hat hier aber zu einer Blockade geführt, die der Bundesbauminister jetzt aufbrechen will. Er weist dabei auf die Tatsache hin, daß 70 von 100 Haushalten in der Bundesrepublik über Lärmbelästigung klagen. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen seien auch im Hinblick auf die Sicherheit spielender Kinder notwendig, da rund 75 Prozent aller Unfälle im Straßenverkehr, von denen Kinder betroffen würden, im Umkreis von 200 Metern vor der eigenen Haustür geschähen.

Palette von Materialien

Die Vorschläge des Ministeriums zielen auch auf eine größere Palette von Materialien zum Straßenbau. Neben dem üblichen Asphalt, Beton, Betonverbundstein und Natursteinpflaster (für das verlegt 140 Mark pro Quadratmeter angenommen werden), soll auch auf Klinker, Brühsteine und Betonpflastersteine übergegangen werden, sogar „wassergebundene Erd- und Kiesbeläge" werden vorgeschlagen, für wenig befahrene Bereiche auch „Schotterrasen" oder „Rasensteine".

Unterschiedliche Oberflächenbeschaffenheit, so heißt es weiter, sei entscheidender als unterschiedliche Farbgebung der Fahrbahnen, die sowieso im Lauf der Zeit erfahrungsgemäß nachlasse. Ausdrücklich gewarnt wird vor der kostenintensiven „Möblierung" der Straße. Zu kleinteilige und vielleicht sogar verspielte Elemente zeigten kaum Wirkung, und wenn man schon Absperr- oder Ausstattungselemente einsetze, dann sollten sie auch eine Doppelfunktion haben, etwa ein halbkreisförmiges Baumgeländer als Fahrradständer oder Sitzbank.

Nur ein Kostenpunkt, so das Bauministerium, wird bei Befolgung seiner Anregungen steigen: der für Planung. Und hier wird auf einen Planer hingewiesen, der absolut gratis arbeitet: der Bürger mit seinen Vorschlägen.

Gericht: Haftverschonung für Gerd Heidemann

Die Staatsanwaltschaft hat Beschwerde angekündigt

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Der frühere „Stern"-Reporter Gerd Heidemann, der am 26. Mai im Zusammenhang mit dem Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher unter Betrugsverdacht festgenommen worden war, ist gestern aus dem Hamburger Untersuchungsgefängnis freigelassen worden. Dieser Entscheidung des Haftrichters Olof Masch war am Montag ein ganztägiger Haftprüfungstermin vorausgegangen. Der Haftbefehl gegen den Journalisten bleibt bestehen; jedoch wurde ihm unter den üblichen Auflagen Haftverschonung gewährt, die seine sofortige Entlassung zur Folge hatte. Die Staatsanwaltschaft kündigte unverzüglich eine Beschwerde dagegen an, über die in den nächsten Tagen eine Große Strafkammer des Hamburger Landgerichts zu befinden haben wird. Der Stuttgarter Militaria-Händler Konrad Kujau, der die Tagebücher nach eigenem Geständnis gefälscht hat, bleibt wegen Fluchtgefahr weiter in Untersuchungshaft.

Die derzeitige Bilanz bei der zivil- und strafrechtlichen Aufarbeitung des größten Presseskandals in der deutschen Nachkriegsgeschichte stellt sich wie folgt dar: Es dürfte ein Betrugsverfahren gegen Kujau vor einer Großen Strafkammer des Hamburger Landgerichts geben – er hat gestanden. Wann dieser Prozeß beginnt, steht bislang nicht fest (die Strafjustiz in der Hansestadt ist chronisch überlastet und soll aus diesem Grunde ab 1. Oktober um zwei weitere Große Strafkammern erweitert werden). Ob die Ermittlungen gegen Heidemann so „dichte" Ergebnisse zeitigen, daß gegen ihn Anklage erhoben werden kann, und ob es zu einem Strafprozeß gegen den Journalisten kommt – darüber sind gegenwärtig angesichts des beharrlichen Schweigens der Staatsanwaltschaft zu diesem Thema nur Spekulationen möglich. Ausgelöst worden ist das Ermittlungsverfahren gegen Heidemann, wie berichtet, durch eine Strafanzeige des „Stern"-Mitherausgebers Henri Nannen.

Im Fall Heidemann ist ferner ein Verfahren vor dem Hamburger Arbeitsgericht anhängig, in dem der nächste Termin auf den 1. Dezember anberaumt worden ist. Es geht in diesem Rechtsstreit einerseits um den Antrag Heidemanns, sein Arbeitsverhältnis mit dem Verlagshaus Gruner + Jahr sei durch die ihm gegenüber ausgesprochene fristlose Kündigung nicht aufgelöst worden, und andererseits um die Widerklage des Verlages, der Reporter solle für alle bisherigen und noch denkbaren Schäden der Tagebuch-Affäre haftbar gemacht werden. Die Rechnung, die der Verlag seinem einstigen Starreporter auf diesem Wege präsentiert hat, umfaßt die 9,34 Millionen Mark, die er für den Ankauf der Tagebücher erhalten hatte, und die 1,5 Millionen Mark Erfolgsprämie, die ihm darüber hinaus gezahlt worden waren.

Die möglicherweise für die Öffentlichkeit interessantesten Tatbestände könnte ein fünfköpfiger Ausschuß der „Stern"-Redaktion unter der Leitung des früheren Hamburger Justizsenators Professor Ulrich Klug (damals FPD) herausgefunden haben, der die redaktions- und verlagsinternen Vorgänge um den Skandal durchleuchtet hat. Das Gremium, das von der Redaktion eingesetzt worden war, hat seine Tätigkeit im wesentlichen abgeschlossen. Das Ergebnis soll dem Redaktionsbeirat zugeleitet werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

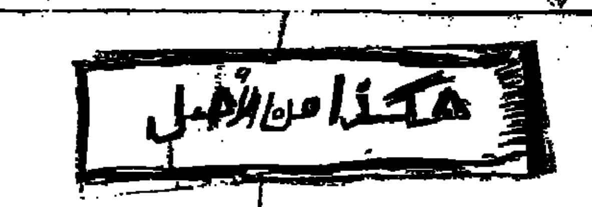
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Der steinige Weg aus dem Busch in die Welt der Weißen

Australiens Ureinwohner, 160 000 Farbige unter 14 Millionen Weißen, leben in einem Zwiespalt. Das Leben in den Reservaten ist ohne Perspektive, das Leben in der Zivilisation voller Probleme. Dennoch: Das Ziel beider Seiten ist Integration.

Von DIETRICH LANGE

Es gibt keinen Weg zurück. Wir würden sterben, weil es keinen Tee, keinen Zucker und kein Mehl für uns gäbe. Unsere Gedanken sind kurzsichtig. Unsere Körper sehen stark aus, aber sie sind es nicht. Indem sie (die Weißen) unsere Namen auf Papier geschrieben haben, haben sie uns gebrochen. Jetzt tragen sie unsere Namen in Büchern mit sich herum. Unsere Seelen sind so unwichtig geworden ..."

Mit diesen Worten beschrieb der bekannte Aboriginal Charlie Tjakamarra den inneren Zwiespalt jener Mitglieder seines Volkes, die nicht aufgehört haben, von einer Wiederkehr des freien Lebens mit der Natur zu träumen, wie es jahrhundertelang vor der Ankunft der Weißen auf dem fünften Kontinent möglich war.

Doch die Zahl dieser in der Vergangenheit verharrenden Urbewohner Australiens geht ständig zurück. Immer mehr nutzen die von kirchlichen, privaten und staatlichen Seiten angebotenen Bildungsmaßnahmen, um dem Leben ohne Zukunftsperspektive in den Reservaten oder Dörfern ihres Volkes ade zu sagen. Die Welt der einst verhaßten Weißen lockt nicht nur mit den Versuchungen der Konsumgesellschaft, mit Wohlfahrtsunterstützung, Schnaps und Zigaretten, sondern auch mit der Chance, sich durch der eigenen Hände Arbeit eine Existenz zu schaffen – so schwer das in der ebenfalls vorurteilsvollen Welt der Weißen auch sein mag.

Doch sogar ohne unterwürfige Anpassung an Wertvorstellungen und Verhaltensweisen sind die höchsten Stufen der Karriereleiter in Politik und Staatsdiensten erreichbar. Wenn auch nur vereinzelte Ausnahmen, so gibt es doch erste Beispiele für solche Erfolge.

„Die Aufnahme von Aboriginals in den diplomatischen Dienst war längst überfällig", erklärten Stephen Hagan und Russ Moore, die als erste Aboriginals den Sprung ins diplomatische Korps schafften. Daß das Außenministerium ihnen diesen Schritt ermöglicht hat, beweist in ihren Augen, daß Australiens Regierung künftig in der Lage sein will und wird, Aboriginal-Angelegenheiten nach außen besser zu vertreten.

Der Aufstieg der beiden Männer bis zu dieser Sprosse der Karriereleiter zeigt völlig unterschiedliche, aber erfolgreiche Wege durch die Welt der Weißen auf. Der 23jährige Stephen Hagan, heute Verwaltungsattaché in der australischen Botschaft von Colombo (Sri Lanka), stammt aus einem Elternhaus, das der westlichen Lebensweise der Australier nahestand. Sein Vater war Präsident des höchsten Rates der australischen Regierung für Aboriginal-Fragen. Hagan wurde groß, ohne richtig zu einer der beiden so gegensätzlichen Welten zu gehören. Auf den Schulen der Weißen erhielt er seine Ausbildung, in den Slums von Sydneys Stadtteil Redfern traf er sich mit anderen gebildeten Aboriginals; in Alice Springs arbeitete er im Gesundheitsdienst für sein Volk, rund um den Ayers Rock besuchte er Siedlungen der Ureinwohner. Doch für die Weißen blieb er ein Farbiger, die Aboriginals sahen in ihm und seiner zivilisierten Lebensweise einen Radikalen aus dem Süden. Das vermochte den ehrgeizigen Mann allerdings nicht zu irritieren. Nach dem Lehrerstudium trat er schließlich in die Dienste des Außenministeriums.

So leicht wurde es Russ Moore nicht gemacht. Sorglos, aber auch ohne Zukunftsaussichten verlief seine Kindheit in einem strandnahen Aboriginal-Dorf. Im nachhinein schien es ihm eher Vegetieren gewesen zu sein. Die nächste höhere Schule war 80 Kilometer entfernt. Russ Moore siedelte nach Sydney um und suchte sich Arbeit. Als Ende der 60er Jahre Unruhe in die dortige Aboriginal-Jugend kam, gehörte er mit zu denen, die Vereinigungen bildeten, Reden hielten, die Weißen auf Probleme aufmerksam machten und eine Neuorientierung der Politik gegenüber ihrem Volk forderten. Daneben half ihm sein Ehrgeiz, ein Studium in Soziologie und Nationalparkfragen zu absolvieren.

Russ Moore profitierte anschließend davon, daß die Regierung Leute benötigte, die der neu orientierten Politik für die Aboriginals zur praktischen Umsetzung verhelfen konnten. 1972 in den öffentlichen Dienst übernommen, umfaßte sein Aufgabenbereich in verschiedenen Positionen immer die Behandlung von Ureinwohner-Angelegenheiten. Minderheitenprobleme konnte er zwischendurch in Skandinavien (Lappen) und Nordamerika (Indianer) studieren. 1977 vertrat er sein Land auf der Generalversammlung des Weltrates der Eingeborenenvölker im schwedischen Kiruna.

Selfmade-Männer wie Russ Moore gibt es nur wenige unter den Aboriginals, aber mit Beispielen wie ihm fällt es den um Integration bemühten Stellen leichter, die zum Teil noch in Lethargie und Frustration lebenden Ureinwohner und besonders die jüngere Generation zu überzeugen, daß in der Welt der Weißen heute auch Platz für die Aboriginals ist.

Das in den letzten Jahren ständig erweiterte und verbesserte Schulangebot zeigt beachtliche Erfolge. Sprunghaft nimmt die Zahl der Studenten zu, rasch steigt der Anteil der Aboriginals in qualifizierten Berufen. Doch hier besteht noch immer ein riesiger Nachholbedarf. Immerhin zählt man heute rund 20 000 Aboriginal-Kinder an den höheren Schulen, mehr als 11 000 studieren an technischen Hochschulen, Universitäten oder speziellen Fachschulen. Aber anschließend eine Stelle zu finden ist für einen Aboriginal erheblich schwieriger als für einen Weißen. Auch was Spitzenpositionen angeht, zeigt sich die Wirtschaft wenig offen gegenüber Aboriginals.

Mit dem ohnehin nicht schnellen Tempo auf dem Weg zur Eingliederung der Ureinwohner hält der Sinneswandel der meisten Australier nicht Schritt. Daß man die Aboriginals im australischen Staatswesen mitversorgen muß, wird nur mehr oder minder zähneknirschend akzeptiert. Zu tief sitzt bei vielen das Bild vom trunksüchtigen nichtsnutzigen Wilden, der lediglich eine Belastung für die zivilisierte Gemeinschaft bedeutet.



Annäherung durch Folklore: Angehörige des Galiwinku-Stammes tanzen vor weißem Publikum FOTO: AIS

Erst kürzlich protestierte die Kommission für ethnische Angelegenheiten von Neusüdwales wieder gegen die stereotype Darstellung von Aboriginals (und Neueinwanderern) als dümmlichen und lächerlichen Zeitgenossen. Die einzige schlagzeilenträchtige Geschichte der letzten Wochen über Aboriginals in den australischen Medien war bezeichnenderweise der Streit zwischen der Regierung von Tasmanien und einigen Demonstranten, die sich als tasmanische Aboriginals ausgaben. Die Regierung verwies darauf, vor über 100 Jahren sei der Tod des letzten tasmanischen Aboriginals registriert worden. Die Demonstranten, Nachkommen von auf diese Insel übergesiedelten Festland-Aboriginals, sehen sich als tasmanische Bürger.

Clyde Holding, zuständiger Minister in Canberra, sprach schließlich ein Machtwort, das allerdings auch nicht für Begriffsklarheit sorgte. Laut Regierungsmeinung aus Canberra gibt es auf Tasmanien rund 4000 Aboriginals. Minister Holding bescheinigte der tasmanischen Regierung schon rassistische Verhaltensweisen gegenüber Aboriginals, als diese ein gewähltes Komitee der Ureinwohner einfach absetzte. Wo es keine Ureinwohner gibt, so denkt man in Tasmanien, braucht man kein Komitee.

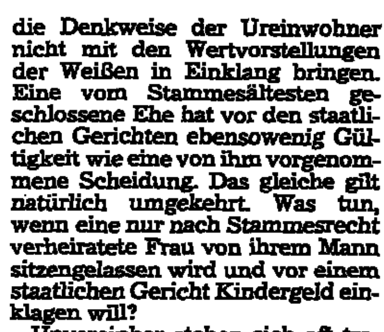
So unterschiedlich wie die Aboriginal-Politik von Bundesregierung und Tasmanien war bisher auch die der übrigen Bundesländer. Da in den meisten aber heute die Labor-Partei regiert, soll künftig ein einheitlicher Kurs gesteuert werden.

In einer Grußadresse an die australische Rechtsreformkommission umriß Minister Holding vor kurzem Fehler der bisherigen Politik gegenüber den Aboriginals. Er nannte als Beispiele:

- Die Mißachtung der Besitzansprüche von Aboriginals auf das Land, auf dem sie leben.
- Die gewaltsame Umsiedlung von Aboriginalgruppen aus angestammten Gebieten in Reservate, die von der Regierung oder von Missionen kontrolliert werden.
- Das gewaltsame Herausnehmen von Kindern aus Familien und Gemeinschaften sowie ihre Verpflanzung in weiße Pflegefamilien oder Wohlfahrtseinrichtungen.
- Die nicht selten herzlose Anwendung der Gesetze auf Aboriginals, was oft zu großem Unrecht führte.

Gerade bei den Gesetzen offenbart sich ein besonderes Problem. Die Ureinwohner haben innerhalb ihrer Stämme eine eigene, vom Staat nicht anerkannte Rechtsprechung. Dieser liegen ganz andere Wertvorstellungen als bei den Weißen zugrunde. Die Folge: Ein vom Staat verurteilter und bestrafter Aboriginal muß sich oft in seinem Stamm noch einmal verantworten. Doppelte Bestrafung birgt das Risiko, zweimal etwas falsch zu machen.

Auch im Familienrecht läßt sich die Denkweise der Ureinwohner nicht mit den Wertvorstellungen der Weißen in Einklang bringen. Eine vom Stammesältesten geschlossene Ehe hat vor den staatlichen Gerichten ebensowenig Gültigkeit wie eine von ihm vorgenommene Scheidung. Das gleiche gilt natürlich umgekehrt. Was tun, wenn eine nur nach Stammesrecht verheiratete Frau von ihrem Mann sitzengelassen wird und vor einem staatlichen Gericht Kindergeld einklagen will?



Unvereinbar stehen sich oft traditionelle Landbesitzansprüche der Aboriginals und Eigentumsrechte der Weißen gegenüber. Hatte man die Ureinwohner schon in Reservate von vermeintlich geringer wirtschaftlicher Bedeutung verdrängt, so fanden sich gerade dort später reiche Lagerstätten wertvoller Bodenschätze. Über deren Ausbeutung einigte man sich durch Zahlung hoher Geldsummen mit den diesmal sogar rechtlich verbrieften Besitzern.

Die gezahlten Gelder sollten den Wohlstand der Ureinwohner mehren und sie für die Störung in ihren Wohngebieten beziehungsweise die Zerstörung heiliger Stätten entschädigen. Als die weltweite Rezession jedoch die Erlöse der Bergbaugesellschaften schrumpfen ließ, ihre Minen nicht mehr mit voller Kapazität arbeiteten, sanken auch die Zahlungen an die Aboriginals.

Von einem Staat im Staat zur Erhaltung der ursprünglichen Lebensweise träumen noch manche der heute gut 160 000 Aboriginals. Doch die Vermischung mit den Weißen und ihrer Kultur geht außerhalb der Reservate unaufhaltsam weiter. Nur noch 40 000 Aboriginals gelten als reinblütig. Laut Regierungsangaben sprechen kaum 2000 von ihnen ausschließlich Stammesdialekt. Etwa 10 000 beherrschen die englische Amtssprache, aber unzureichend. Mit der sprachlichen Eigenständigkeit wird aber auch die ursprüngliche Lebensweise verschwinden. Die 4000 Jahre alte Ureinwohner-Kultur ist in Pilotprojekten schon Teil des allgemeinen Schulunterrichtes geworden.

Nur in dem langsamen Aufgehen seines Volkes in einem allerdings noch in manchem zu ändernden Staat sieht Neville Bonner die Zukunft der Aboriginals. Bonner, 1971 erster Ureinwohner, der einen Sitz im Parlament von Canberra eroberte (Senat), heute nicht mehr Parlamentsmitglied, aber Direktor des staatlichen Rundfunks ABC ist, ruft sein Volk zur Einigkeit und Mitarbeit im australischen Staat auf: „Der einzige gangbare Weg ist, Teil des Systems zu werden, das dieses Land regiert. Wir sind dabei, ein Teil von ihm zu werden, und beginnen, es zu verändern. Wir bringen Änderungen, die nicht nur für uns gut sind, sondern für alle Australier. Das liegt daran, daß wir nicht nur stolze Aboriginals sind, sondern in erster Linie Australier."



Manche Aboriginal-Gemeinden versuchen sich durch strikte Verbote vor dem Alkohol zu schützen. So warnt ein Schild an den Grenzen des Reservats bei Hermannsburg in Zentral-Australien vor der Einfuhr von Alkohol. Ersttätern drohen 1000 Dollar Strafe oder sechs Monate Gefängnis. – Neville Bonner (rechts) war 1971 der erste Aboriginal im Bundesparlament. Heute ist er Direktor des staatlichen Rundfunks ABC. FOTOS: MANFRED ROWOLD/AIS



Schüler auf der Spur einer dunklen Vergangenheit

Lernen durch Forschen ist der Grundgedanke des „Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte". Um den Preis des Bundespräsidenten bewerben sich in diesem Jahr rund 7000 Schüler mit 1200 Arbeiten zum Thema „Alltag im Nationalsozialismus".

Von HERBERT SCHÜTTE

Was haben Sie gedacht, als Sie eingezogen wurden, haben Sie gedacht: Endlich kommt der Krieg? wollten die Amateur-Historiker der Klasse 9 b der Gesamtschule Hamburg-Öjendorf von dem ehemaligen Flakhelfer H. wissen. Die Antwort überraschte sie: „Als der Krieg begann, war ich 12 Jahre alt. Und wie die erste Sirene in Hamburg heulte, da hab' ich zu meinem Vater gesagt: Nun passiert endlich mal was."

Der „Alltag im Nationalsozialismus" – Generalthema des „Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte" – veränderte in einigen tausend Schulen den Geschichtsunterricht: Teams und Einzel-Rechercheure machten sich auf, den Spuren des Dritten Reiches in ihrer unmittelbaren Umgebung zu folgen, um Gewöhnung an die Diktatur, Gleichgültigkeit oder Geschicklichkeit im Anpassen in einem begrenzten Gesichtsfeld kennenzulernen und damit Mosaiksteine zusammenzutragen. Mosaiksteine, die naturgemäß immer nur einen kleinen Ausschnitt des NS-Systems zeigen.

1200 Arbeiten von rund 7000 Teilnehmern (darunter zahlreiche Haupt- und Realschüler) werden gegenwärtig von der Jury, gut einem Dutzend Fachhistorikern, bewertet. Bundespräsident Karl Carstens empfängt die Sieger am 20. September im Schloß Bellevue in Berlin, wo nicht nur die Gewinner, sondern alle Berliner Teilnehmer eingeladen sind; Preise im Werte von 250 000 Mark werden vergeben.

„Nach zehn Jahren Laufzeit (der Wettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten war 1973 von der Hamburger Körber-Stiftung ins Leben gerufen worden) kann man feststellen, daß sich die Methode, in Projektgruppen vorzugehen und vor der eigenen Haustür zu forschen, durchgesetzt hat", zieht Historiker Dieter Galinski, Organisator des Wettbewerbs, eine Bilanz.

Fast 45 000 junge Menschen haben bisher für die Erforschung und Darstellung deutscher Geschichte einen großen Teil ihrer Freizeit geopfert. Keine Epoche hat so viel Recherche-Eifer ausgelöst wie die Erforschung des Nationalsozialismus. Der erste Wettbewerb mit dem Untertitel „Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg" mobilisierte rund 13 000 Schüler.

Bewegende Gespräche mit jüdischen Zeitzeugen

Alltag im Nationalsozialismus – für diese Epoche stehen noch genug Zeugen zur Verfügung. Die „Fahnder" der Gesamtschule Hamburg-Öjendorf – im Schnitt 15, 16 Jahre alt – spürten etwa 50 Interview-Partner auf, die in der 266 Seiten umfassenden Darstellung „Als die Bomben fielen" ausführlich zu Wort kommen.

Die Kinderlandverschickung wird von Zeugen begeistert geschildert. Die mit der Note 1 zensierte Jahresarbeit 1941 der Schülerin Inge S. spricht von der „Freude, das große Werk des Führers, die Kinderlandverschickung, miterleben zu dürfen". Das Mädchen schwärmt: „Bald geht mein Flug hinaus in das Leben, in den Warthegau, in die Koloniale Frauenschule Rendsburg – und hoffentlich dann bald in die Ferne, ins deutsche Imperium, die Kolonien!"

Der Anspruch des Wettbewerbs zielt nicht auf Sensationen. Den Schülern ging es darum, den Alltag zu erfahren, Durchschnittsbürger zu befragen, die nicht direkt belastet waren oder sich damals wie heute als unpolitisch begriffen, Menschen zu interviewen, die „problemlos mitgelaufen" sind. „Viel Mühe kostete es meistens, Überlebende der Verfolgung und des Widerstandes ausfindig zu machen", berichtet Galinski. „Wenn aber Gespräche mit jüdischen Bürgern oder mit Gegnern des Nazi-Regimes zustande kamen, gehörten sie zu den bewegendsten Erlebnissen der Schüler."

Das Mißtrauen wuchs, wenn Akten fehlten

Das „forschende Lernen", wie es dem Hamburger Industriellen Kurt A. Körber bei Gründung des Wettbewerbs vorschwebte, hat manches, was in Archiven, Festschriften, Stadt-, Vereins- und Schulchroniken ausgeblendet oder verharmlost dargestellt ist, aufgedeckt. Die Jungen und Mädchen wurden mißtrauisch, wenn der Jahrgang 1933 einer Stadtchronik verschwunden war, wenn Akten unauffindbar blieben, wenn – um ein Beispiel zu nennen – in einem Wanderführer durch die Fränkische Schweiz die Erschließung der Teufelshöhle mit dem Satz „Der weithin bekannte Karstforscher und Lagerstätten-Geologe Professor Dr.-Ing. Hans B. hat die Teufelshöhle nach 30jähriger Erschließungsarbeit dem Fremdenverkehr dienstbar gemacht", beschrieben wird, ohne – wie eine Schülergruppe kritisch anmerkte – zu erwähnen, daß B. als SS-Standartenführer „KZ-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen einen Tunnel in die Teufelshöhle graben ließ".

Die Amateur-Historiker stießen auf Ereignisse, die nicht in Büchern oder auf dem Bildschirm ins Auge springen. Das Nachbarhaus, das einer jüdischen Familie gehörte; der HJ-Umzug am Sonntagmorgen, der den Gottesdienst stören sollte; das Heim, aus dem angeblich geisteskranke Kinder plötzlich verstarben – das war die Wirklichkeit im Lebensbereich der Großeltern.

„Im Raum Ziegenhain verliert sich die Spur von 995 Jüdinnen", registrierte eine hessische Schülergruppe. „Die jüdische Volksschule in Bonn bestand nur acht Jahre lang", ermittelte ein Team in der Bundeshauptstadt. Die Rechercheure der Gesamtschule Hamburg-Öjendorf registrierten die Beruhigungsversuche offizieller Stellen nach den Bombenangriffen des „Unternehmens Gomorrha". So stießen sie auf die Erklärung des damaligen Gesundheitssenators Ofterdinger nach dem Feuersturm vom Sommer 1943, der 42 000 Menschen das Leben kostete: „Der Befund hat erwiesen, daß der größte Teil (der Opfer, die Red.) an Kohlenoxydvergiftung oder am Hitzschlag in den überhitzten Luftschutzräumen gestorben ist. Zumindestens waren sie bewußtlos, als der Tod an sie herantrat. Nur in einem geringen Teil der Fälle haben die Opfer einen weniger sanften Tod erlitten."

Die bisherigen Geschichts-Wettbewerbe, für die die Hamburger Stiftung rund zwei Millionen Mark an Preisen aufgewendet hat, haben zweifellos zum Verständnis zwischen den Generationen beigetragen. So schrieb ein Schüler: „Nach den Gesprächen mit meinem Großvater habe ich gelernt, wie schwer es ist, moralisch zu urteilen und wie leicht, moralisch zu verurteilen. Und wie schwer es ist, zu differenzieren; wie leicht, zu pauschalisieren. Ich bin vorsichtiger geworden."

46 Prozent für Kürzungen im Sozialbereich

hey, Bonn

Knapp die Hälfte aller Bundesbürger, 46 Prozent, halten die beabsichtigten Kürzungen im Sozialbereich für „gerade richtig". Ein Drittel empfinden sie als zu stark und nur vier Prozent als zu gering. Das geht aus einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 982 Personen hervor, die in der ersten Juli-Hälfte für das ZDF gemacht worden war.

Danach kann die Bundesregierung auch bei der geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechts mit breiter Zustimmung rechnen. Für sie sprachen sich 62 Prozent der Befragten aus. Dabei belief sich der Anteil der CDU/CSU-Wähler auf 63 Prozent und bei den SPD-Wählern war es jeder zweite.

Mit Regierung und Opposition sind die Bürger nach der Umfrage gleichermaßen zufrieden. Beide liegen auf der Skala mit den Werten von plus bis minus fünf zur Zeit bei 0,7 und haben sich damit gegenüber Januar leicht verbessert. Damals kamen die Regierung auf 0,5 und die Opposition auf 0,3.

Positiver sehen die Befragten auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Während Kohl mit 1,5 gegenüber Januar 0,4 zulegen konnte, kommt Genscher mit 0,3 erstmals wieder in die Plus-Zone. Zum Jahresbeginn lag er noch bei minus 0,7. Dagegen mußte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel mit einem Wert von 0,9 einen Rückgang um 0,5 im Vergleichszeitraum hinnehmen.

Weniger Gewalttaten in Berlin

hrk. Berlin

Die Stadt gelangt allmählich wieder in ruhigeres Fahrwasser: Im ersten Halbjahr 1983 ging die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge gegenüber Januar/Juni 1982 um die Hälfte zurück. Sämtliche 70 Demonstrationen verliefen friedlich; lediglich nach drei Aufzügen entwickelten sich Krawalle. Vor allem der Kurfürstendamm dient nicht mehr als Mekka der Demonstranten. Nur jede vierte Demonstration schlug diese Route ein.

Innensenator Heinrich Lummer legte gestern die jüngsten Zahlen aus diesem Bereich vor, der Berlins Erscheinungsbild seit Ende 1980 nachhaltig belastete. Nach den Unterlagen des Senats geschahen im ersten Halbjahr 1983 sechzig Brand- und neun Sprengstoffanschläge mit terroristischem Hintergrund. Die schwerste Explosion ereignete sich in der Wohnungsbaukreditanstalt. Im Vergleichszeitraum registrierte die Polizei noch 130 Brand- und 21 Sprengstoffanschläge. Ereigneten sich in den ersten sechs Monaten 1982 rund 44 Prozent aller entsprechenden Straftaten im gesamten Bundesgebiet in Berlin, ging Berlins Anteil an dieser Bilanz jetzt auf knapp 30 Prozent zurück.

Lummer erklärte gestern, die Anschläge seien „fast ausschließlich dem linksextremistischen Bereich" zuzuordnen. Dieser Anteil liege seit Jahren bei 85 Prozent.

EKD weist Zweifel zurück

AP/epd, Hannover/Frankfurt

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat die Kritik aus dem Bundesverteidigungsministerium an der Haltung der Kirche in der Friedensdiskussion zurückgewiesen. Zweifel an der Stellung der EKD zur Verfassung seien grundlos, sagte Ratssprecher Oberkirchenrat Dietrich Sattler. Demgegenüber erklärte jedoch der Münchner Theologe Trutz Rendtorff, daß die Nachrüstungsgegner in der Evangelischen Kirche die „traditionelle protestantische Demokratieunfähigkeit" zeigten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Staatssekretär äußert Bedenken gegen Hilfsprogramm für Polen

Hennig (CDU): Direkte Hilfe ist nützlich, nicht aber Hilfe an die Regierung

BERNT CONRAD, Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ottfried Hennig hat Bedenken gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an dem von der katholischen Kirche geplanten Programm zur Hilfe für die private Landwirtschaft und das private Handwerk in Polen geäußert. „Wir schütten da Geld in ein Faß ohne Boden. Die Größe des Loches bestimmt der polnische Staat", sagte Hennig, der gleichzeitig Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen ist, gegenüber der WELT.

Das kirchliche Hilfsprogramm, das aus fünf „Pilotprojekten" für die Landwirtschaft mit einem Umfang von schätzungsweise einer Milliarde Mark bestehen soll (die WELT vom 28. 7. 1983) wird von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) nachdrücklich unterstützt. Auch der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Franz Josef Strauß hat sich für die Aktion ausgesprochen.

„Kann die Kirche das?"

Hennig meinte dazu, er habe Verständnis dafür, daß das polnische Episkopat Strauß dieses Programm als Wunsch der Kirche übermittelt habe. „Ich habe auch nichts dagegen, wenn es ein privates Projekt wäre. Es ist sicher vernünftig, daß sich die deutschen Bischöfe daran beteiligen. Nur daß wir dafür Steuergelder zahlen sollen, sehe ich nicht ein. Das Votum von Strauß hält mich von meiner Skepsis nicht ab."

Nach Angaben des CDU-Politikers soll das Hilfsprogramm auf Wunsch der polnischen Bischöfe zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln und zur anderen Hälfte aus kirchlichen Mitteln und privaten Spenden finanziert werden. Der öffentliche Anteil soll von den EG-Mitgliedstaaten und den USA gemeinsam getragen werden.

Woher, so fragte Hennig, solle die Europäische Gemeinschaft rund 500 Millionen Mark nehmen, wenn man an die noch nicht gelösten Beitragsprobleme Großbritanniens, die Belastungen aus dem portugiesischen und spanischen EG-Beitritt und die ungelöste Finanzierung der europäischen Agrarpolitik denke? Was den Bundeshaushalt betreffe, so würde Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg seine Meinung sagen. Wie aber könnte Bonn zu einem Zeitpunkt, da jeder Bundesbürger zu finanziellen Opfern aufgefordert werden müsse, derartig große Beträge für Polen „einfach mal so über den Tisch reichen"?

Der CDU-Abgeordnete betonte: „Fundamental ist für mich, was Leszek Kolakowski, polnischer Philosoph, zur Zeit in Oxford, dazu gesagt hat: ‚Alle humanitäre Hilfe, die den Menschen in Polen in ihrer schrecklichen Lage helfen könnte, ist nützlich – natürlich aber direkte Hilfe, nicht Hilfe an die Regierung, an den Staat. Denn der Staat, wie er jetzt ist in Polen, ist eine Regierung, die von der überwiegenden Mehrheit der Polen als eine fremde Regierung betrachtet wird. Und jede Hilfe, dieser Regierung gegeben, wird zu verschärfter Unterdrückung benutzt werden.'"

Auf den Einwand, das Hilfsprogramm solle doch über die Kirche und nicht über die Regierung laufen, erwiderte Hennig: „Kann das die Kirche eigentlich? Kann sie Gummistiefel verteilen und Landmaschinen verkaufen? Sie hat dafür nicht die Infrastruktur und muß sich deshalb der Hilfe des Staates bedienen."

In Polen bestimmt der Staat nach den Worten des Unionsabgeordneten die Preise und damit die Lage der Landwirtschaft. Er bestimme den Zeitpunkt für die Austeilung von Dünger: erst Kolchosen oder private Bauern? „Damit setzt der Staat Bedingungen. Er hat einen Hahn am Faß und kann den Abfluß völlig regulieren."

Genscher hatte erklärt, die Bundesregierung sei im Interesse der unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte in Polen daran interessiert, daß das Projekt verwirklicht werden könne.

Für weitere Paketsendungen

Weitere Paketsendungen nach Polen bezeichnete der Parlamentarische Staatssekretär dagegen als sinnvoll – allerdings ohne Gebührenermäßigungen, die finanziell nicht mehr tragbar seien.

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu hatte am Vortage Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Auswärtigen Amt kritisiert, weil dieser die Verschärfung der polnischen Strafrechts- und Zensurbestimmungen als einen „schlimmen Schritt in die falsche Richtung" bezeichnet hatte. Strauß, so meinte Wiesheu, habe bekanntlich die Aufhebung des Kriegsrechts einen „richtigen Schritt in die richtige Richtung" genannt. Henning bemerkte dazu, formal sei beides richtig. Auch er begrüße die Aufhebung des Kriegsrechts. Wenn aber gleichzeitig Ähnliches oder noch Schlimmeres verlängert werde, so sei das in der Tat ein schlimmer Schritt in die falsche Richtung.

Stimmt Wiesheus Behauptung, die Ansicht von Mertes stehe im Widerspruch zur Haltung der Bundesregierung? Hennig: „Die Bundesregierung hat kein abweichendes Urteil gefällt. Mertes hat die einzig objektiv richtige Meinung geäußert."

Ein Muster dient als Ziel für neue Kampagne

Bonn weist Kritik am geplanten Personalausweis zurück

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Erika Mustermann, geborene Gabler", muß sich in diesen Tagen allerhand gefallen lassen. Die fiktive Person, abgebildet auf den bisher als Muster zirkulierenden neuen Bundes-Personalausweisen, ist angeblich der erste Bürger der Bundesrepublik Deutschland, an dem zu beweisen ist, daß „der neue Personalausweis für die Bürgerrechte wesentlich gefährlicher ist als die Volkszählung".

So jedenfalls hat Hans Peter Bull, ehemaliger Chef-Datenschützer des Staates, die Auswirkungen des Ausweises beschrieben, der waschmaschinenfest und plastikverschweißt fälschungssicher ab 1. November 1984 eingeführt werden soll. Was Bull bemängelt, hat indes, wie Regierungssprecher Peter Boenisch in Bonn feststellte, einen kleinen Fehler: Er hat seine Bedenken erst mitgeteilt, als er nicht mehr im Amt war und sich seine Kritik eher als eine an der neuen Bundesregierung einordnen ließ.

Die Bedenken des neuen Datenschutzbeauftragten der Bundesregierung, Baumann, der sich wie der Bund deutscher Kriminalbeamter gegen Formulierungen Bulls wandte, richten sich ausschließlich gegen die sogenannte Protokollierung von Kontrollen, das Festhalten von Daten, die bei der Ausweiskontrolle anfallen. Die „Liberalen Demokraten", die sich seinerzeit von der FDP lossagten, haben indes Verfassungsbeschwerde wegen des neuen Ausweises eingelegt.

Nachdem das Berliner Linksblatt „taz" Mitte April dieses Jahres der deutschen „Protestbewegung" empfohlen hatte, sich „schleunigst über den neuen Personalausweis herzumachen", da der Kampf gegen die Volkszählung offenbar als gewonnen gelten konnte, hat es an Angriffen gegen die Neueinführung nicht gefehlt.

Anders als bei der Volkszählung hat daraufhin die Informationspolitik sich rechtzeitig des Bundespersonalausweises angenommen. Alle Argumente, die heute kursieren, sind in dem Text aufgefangen, den das Bundesministerium des Inneren herausgebracht hat, und der mit dem Satz schließt: „Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern haben bei der Formulierung der Datenschutzbestimmungen entscheidend mitgewirkt – die Belange der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und des Datenschutzes sind bei der Schaffung des neuen Ausweissystems in gleicher Weise gewahrt worden."

Daß überhaupt ein neuer Ausweis erforderlich ist, wird mit den zahlreichen Einbrüchen in Personalausweisbehörden in den letzten Jahren erklärt, bei denen eine erhebliche Anzahl von Blanko-Personalausweis-Vordrucken entwendet wurde, dazu die passenden Dienstsiegel.

Außerdem würden heute Lichtbilder von Ausweisinhabern nicht mehr aus Papier, sondern aus Kunststoffmaterial hergestellt. Solche Fotos ließen sich mit vertretbaren Kosten nicht auf dem aus Sicherheitspapier bestehenden Ausweis alter Art befestigen. Die Folge seien Verfälschungen durch Auswechseln der Bilder gewesen.

Angesichts der steigenden Tendenz der Kriminalität müsse sichergestellt werden, daß mit dem neuen Ausweis schneller und sicherer an Grenzen kontrolliert werden könne – durch automatisches Lesen des Ausweises. Heute tippt der Grenzbeamte die Namen in Computer und erhält so seine Auskünfte in Sekundenschnelle. Das Bundesinnenministerium beruft sich außerdem bei der Neueinführung auf die Empfehlung des Ministerrates des Europarats vom September 1977.

Arafat fährt im September nach Moskau

AFP/rtr, Nikosia/Beirut

Der Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, wird seinen erwarteten Besuch in Moskau Anfang September antreten. Wie die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa mitteilte, folge Arafat einer Einladung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow. Die Kreml-Führung hatte bislang im Konflikt zwischen Arafat und den Fatah-Dissidenten keine öffentliche Stellung bezogen.

Trotz heftiger Proteste der christlichen Bevölkerung haben die israelischen Streitkräfte gestern einen Stützpunkt der Phalangisten-Miliz in Südlibanon aufgelöst. Ein Heeressprecher sagte, da der Lagerkommandant den Räumungsbefehl mißachtet habe, sei Militär eingesetzt worden, um das Camp östlich von Sidon zu „evakuieren". Zu Zusammenstößen mit den Milizsoldaten sei es nicht gekommen.

Belgien legt für 1984 Etatentwurf vor

AP, Brüssel

Der vom belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens für 1984 vorgelegte Haushaltsentwurf, übersteigt das Volumen des 83er Etats um 5,3 Prozent, wobei die Ausgaben im Sozialbereich um 135 Milliarden Franc gekürzt werden sollen. Demgegenüber will die Regierung ihre Ausgaben für Investitionen um zehn Prozent erhöhen. Der Ministerpräsident verwies darauf, daß die bisherigen Sparmaßnahmen der Regierung erfolgreich gewesen seien.

Grüne demonstrieren in den USA

AFP, Romulus

Bei einer Demonstration im US-Bundesstaat New York gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa wurden am Montag 200 Personen verhaftet. Zu den rund 2000 Demonstranten gehörten auch Vertreter der deutschen, italienischen und australischen Friedensbewegungen, darunter Marie-Luise Beck-Oberdorf von der Bundestagsfraktion der „Grünen".

Weltkonferenz gegen Rassismus in Genf

AP, Genf

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar hat in Genf die zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung eröffnet, an der rund 100 Länder teilnehmen. Die USA und Israel boykottieren die zwölftägige Konferenz in Genf, weil die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1975 eine Resolution verabschiedet hat, in der der Zionismus dem Rassismus gleichgesetzt wurde.

Gedenken im Zeichen der „Solidarität"

dpa/AFP, Warschau

Zehntausende von Menschen gedachten in Warschau des Aufstandes gegen die deutsche Besatzung, der vor 39 Jahren am 1. August 1944 losbrach. Unübersehbare Menschenmengen drängten sich auf dem Warschauer Powazki-Friedhof, wo die meisten Aufständischen begraben liegen. Einige tausend Menschen sammelten sich um einen Rasenplatz, der den Opfern von Katyn geweiht ist, den mehr als 4000 polnischen Offizieren, die 1939 in sowjetische Hände gefallen waren. Die Menschen sangen Lieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität". Sie legten demonstrativ immer neue Blumen an dieser Stelle nieder.

In Polen sind seit der Verabschiedung des Amnestiegesetzes durch das Parlament am 21. Juli insgesamt 900 Gefangenen freigelassen worden. Davon waren, wie die polnische Nachrichtenagentur PAP unter Berufung auf das Justizministerium meldete, 450 politische Gefangene.

Verkehrsberuhigung muß nicht teurer sein als konventioneller Straßenbau

Bundesbauministerium räumt mit einer Studie Vorurteile der Kommunen aus

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit dem Hinweis „Viel zu teuer!" haben Städte und Gemeinden in der Vergangenheit oft den Wunsch ihrer Bürger nach mehr verkehrsberuhigten Zonen zurückgewiesen. Jetzt will das Bundesbauministerium mit diesem „Vorurteil" aufräumen. Als Nachhilfeunterricht für die Kalkulation hat es „Kostenhinweise zur Verkehrsberuhigung" herausgegeben. Fazit: verkehrsberuhigende Maßnahmen sind nicht teurer als konventioneller kommunaler Straßenbau in Neubaugebieten.

Bei aller Zurückhaltung im Urteil wird im Text des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau doch auch gelegentlich Kritik am Prestigedenken mancher Kommunen geübt. In der Praxis sei bei der Verkehrsberuhigung „vielfach zu kleinteilig und damit kostenintensiv" gearbeitet worden, außerdem sei „die Orientierung an Gestaltungsmustern von Fußgängerzonen unverkennbar". Das bedeutet, Repräsentationsdenken hat sich vor Nützlichkeitsdenken geschoben.

Große Preisunterschiede

Interessant sind in diesem Zusammenhang Zahlenvergleiche bei zwei sonst nicht gerade ähnlichen Städten: St. Augustin bei Bonn und Berlin. Im Zuge von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen hat die alte deutsche Hauptstadt pro Quadratmeter für Beleuchtung 338,40 Mark ausgegeben, St. Augustin 25 Mark. Die „Begrünung" hat in der kleinen Stadt für jeden Quadratmeter 59,– Mark gekostet, in Berlin 841,40 Mark. Und in der Rubrik „Ausstattung" hat St. Augustin 6,10 Mark ausgegeben, Berlin 604,10 Mark.

Welche Preisunterschiede Gemeinden bei der Ausstattung von verkehrsberuhigten Zonen erwarten, wird anhand einer Liste dargestellt, auf der Papierkörbe in einer Größenordnung zwischen 70 und 340 Mark angeboten werden, Poller zwischen 110 und 340 Mark, Bänke zwischen 225 und 1521 Mark. Nachdrücklich wird den Planern empfohlen, ausreichend große Bäume zu pflanzen, deren höhere Kosten sich dadurch relativierten, daß sie „optimale verkehrsberuhigende Wirkung" hätten.

Was die Kritik an punktuellen Maßnahmen der Städte betrifft, so hat Bundesbauminister Oscar Schneider darauf hingewiesen, daß dabei oft Probleme der einen Straße nur auf die nächste weitergeschoben wurden. Erst bei der Ausdehnung der Verkehrsberuhigung auf ganze Stadtteile aber könnten die Wirkungen der Maßnahme auf die Verbesserung des Wohnumfeldes wirklich richtig beurteilt werden. Zur Zeit läßt das Ministerium innerhalb eines Forschungsvorhabens diese Probleme in sechs Modellstädten untersuchen. Dazu gehören, um alle Größenordnungen zu erfassen, wieder Berlin, daneben Buxtehude, Borgentreich (zwischen Paderborn und Kassel), Mainz, Esslingen und Ingolstadt.

Nach den Ermittlungen der „Deutschen Straßenliga" können von Bauinvestitionen für Verkehrsberuhigung die höchsten Beschäftigungseffekte aller Straßenbaumaßnahmen überhaupt erwartet werden. Die Finanzlage der Gemeinden hat hier aber zu einer Blockade geführt, die der Bundesbauminister jetzt aufbrechen will. Er weist dabei auf die Tatsache hin, daß 70 von 100 Haushalten in der Bundesrepublik über Lärmbelästigung klagen. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen seien auch im Hinblick auf die Sicherheit spielender Kinder notwendig, da rund 75 Prozent aller Unfälle im Straßenverkehr, von denen Kinder betroffen würden, im Umkreis von 200 Metern vor der eigenen Haustür geschähen.

Palette von Materialien

Die Vorschläge des Ministeriums zielen auch auf eine größere Palette von Materialien zum Straßenbau. Neben dem üblichen Asphalt, Beton, Betonverbundstein und Natursteinpflaster (für das verlegt 140 Mark pro Quadratmeter angenommen werden), soll auch auf Klinker, Brühsteine und Betonpflastersteine übergegangen werden, sogar „wassergebundene Erd- und Kiesbeläge" werden vorgeschlagen, für wenig befahrene Bereiche auch „Schotterrasen" oder „Rasensteine".

Unterschiedliche Oberflächenbeschaffenheit, so heißt es weiter, sei entscheidender als unterschiedliche Farbgebung der Fahrbahnen, die sowieso im Lauf der Zeit erfahrungsgemäß nachlasse. Ausdrücklich gewarnt wird vor der kostenintensiven „Möblierung" der Straße. Zu kleinteilige und vielleicht sogar verspielte Elemente zeigten kaum Wirkung, und wenn man schon Absperr- oder Ausstattungselemente einsetze, dann sollten sie auch eine Doppelfunktion haben, etwa ein halbkreisförmiges Baumgeländer als Fahrradständer oder Sitzbank.

Nur ein Kostenpunkt, so das Bauministerium, wird bei Befolgung seiner Anregungen steigen: der für Planung. Und hier wird auf einen Planer hingewiesen, der absolut gratis arbeitet: der Bürger mit seinen Vorschlägen.

Gericht: Haftverschonung für Gerd Heidemann

Die Staatsanwaltschaft hat Beschwerde angekündigt

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der frühere „Stern"-Reporter Gerd Heidemann, der am 26. Mai im Zusammenhang mit dem Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher unter Betrugsverdacht festgenommen worden war, ist gestern aus dem Hamburger Untersuchungsgefängnis freigelassen worden. Dieser Entscheidung des Haftrichters Olof Masch war am Montag ein ganztägiger Haftprüfungstermin vorausgegangen. Der Haftbefehl gegen den Journalisten bleibt bestehen; jedoch wurde ihm unter den üblichen Auflagen Haftverschonung gewährt, die seine sofortige Entlassung zur Folge hatte. Die Staatsanwaltschaft kündigte unverzüglich eine Beschwerde dagegen an, über die in den nächsten Tagen eine Große Strafkammer des Hamburger Landgerichts zu befinden haben wird. Der Stuttgarter Militaria-Händler Konrad Kujau, der die Tagebücher nach eigenem Geständnis gefälscht hat, bleibt wegen Fluchtgefahr weiter in Untersuchungshaft.

Die derzeitige Bilanz bei der zivil- und strafrechtlichen Aufarbeitung des größten Presseskandals in der deutschen Nachkriegsgeschichte stellt sich wie folgt dar: Es dürfte ein Betrugsverfahren gegen Kujau vor einer Großen Strafkammer des Hamburger Landgerichts geben – er hat gestanden. Wann dieser Prozeß beginnt, steht bislang nicht fest (die Strafjustiz in der Hansestadt ist chronisch überlastet und soll aus diesem Grunde ab 1. Oktober um zwei weitere Große Strafkammern erweitert werden). Ob die Ermittlungen gegen Heidemann so „dichte" Ergebnisse zeitigen, daß gegen ihn Anklage erhoben werden kann, und ob es zu einem Strafprozeß gegen den Journalisten kommt – darüber sind gegenwärtig angesichts des beharrlichen Schweigens der Staatsanwaltschaft zu diesem Thema nur Spekulationen möglich. Ausgelöst worden ist das Ermittlungsverfahren gegen Heidemann, wie berichtet, durch eine Strafanzeige des „Stern"-Mitherausgebers Henri Nannen.

Im Fall Heidemann ist ferner ein Verfahren vor dem Hamburger Arbeitsgericht anhängig, in dem der nächste Termin auf den 1. Dezember anberaumt worden ist. Es geht in diesem Rechtsstreit einerseits um den Antrag Heidemanns, sein Arbeitsverhältnis mit dem Verlagshaus Gruner + Jahr sei durch die ihm gegenüber ausgesprochene fristlose Kündigung nicht aufgelöst worden, und andererseits um die Widerklage des Verlages, der Reporter solle für alle bisherigen und noch denkbaren Schäden der Tagebuch-Affäre haftbar gemacht werden. Die Rechnung, die der Verlag seinem einstigen Starreporter auf diesem Wege präsentiert hat, umfaßt die 9,34 Millionen Mark, die er für den Ankauf der Tagebücher erhalten hatte, und die 1,5 Millionen Mark Erfolgsprämie, die ihm darüber hinaus gezahlt worden waren.

Die möglicherweise für die Öffentlichkeit interessantesten Tatbestände könnte ein fünfköpfiger Ausschuß der „Stern"-Redaktion unter der Leitung des früheren Hamburger Justizsenators Professor Ulrich Klug (damals FPD) herausgefunden haben, der die redaktions- und verlagsinternen Vorgänge um den Skandal durchleuchtet hat. Das Gremium, das von der Redaktion eingesetzt worden war, hat seine Tätigkeit im wesentlichen abgeschlossen. Das Ergebnis soll dem Redaktionsbeirat zugeleitet werden.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Reagan will Doppelstrategie für Zentralamerika fortsetzen

Militärischer Druck und Diplomatie / Schlüsselrolle für Clark und Kirkpatrick

TH. KIELINGER, **Washington**

Trotz sich verstärkender Anzeichen, daß die Krise in Zentralamerika auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden kann, gehen die Vorbereitungen der USA für umfangreiche See- und Landmanöver in den pazifischen und karibischen Gewässern um den Isthmus planmäßig voran. Die Reagan-Administration ist entschlossen, an ihrer Doppelstrategie festzuhalten: der Demonstration *militärischer* Bereitschaft zur Verteidigung befreundeter Staaten in der Region bei gleichzeitiger Offenheit für diplomatische Lösungen.

Aufgekreuzt vor der pazifischen Küste Nicaraguas und El Salvadors sind bereits der US-Flugzeugträger „Ranger" mit seinem Begleitkonvoi von sieben Schiffen. Der Träger führt 70 Kampfflugzeuge an Bord. Ende dieses Monats stößt zu dieser Flotte das neu hergerüstete Schlachtschiff „New Jersey", das zur Zeit noch in der Gegend der Philippinen kreuzt. Die „New Jersey" ist für den Abschuß von Marschflugkörpern (Cruise Missiles) geeignet.

Von der Karibik her wird die Flotteneinheit um den Flugzeugträger „Coral Sea" herbeigeführt; sie wurde aus dem östlichen Mittelmeer abgezogen und soll in den Küstenbereichen von Honduras und Nicaragua für Manöver bereitstehen. Gemeinsame honduranisch-amerikanische Übungen sollen im November beginnen und sich bis Anfang Januar 1984 hinziehen.

In den Gremien der Reagan-Berater, die die Zentralamerika-Politik der USA ausarbeiten, spielen Sicherheitsberater Clark und UNO-Botschafterin Kirkpatrick eine immer größere Rolle. Außenminister Shultz tritt damit in gewisser *Weise in den Schatten* – *eine* Entwicklung, die auch auf anderen Themenfeldern, wie bei der Abrüstung und der Nahost-Politik zu beobachten ist.

So haben beispielsweise Clark und Kirkpatrick in einer Absprache vom vergangenen Wochenende beschlossen, Möglichkeiten für Kontakte zu Kubas Staatschef Fidel Castro einstweilen ungenutzt zu lassen, jedenfalls so lange, wie die Stone-Mission im Vordergrund des Geschehens steht.

Castro hatte in einem Interview in der vergangenen Woche zugestimmt, daß für eine Friedenslösung in Zentralamerika alle ausländischen Militärberater aus der Region abgezogen und alle geheimen Waffenlieferungen zwischen den betroffenen Staaten eingestellt werden sollten.

*

hey, **Bonn**

Zwischen der Bundesregierung und der SPD-Opposition gibt es nach Einschätzung der Sozialdemokraten „sehr viel Übereinstimmung" in der Mittelamerikapolitik. Trotzdem soll die Regierung im Bundestag möglichst bald ihren Standort „noch einmal klar und eindeutig" darlegen, forderte gestern der SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wischnewski bei der Vorstellung einer Großen Anfrage seiner Fraktion zur Lage in dieser *Region.*

Bonn solle, so der Politiker, auf der Basis der Stuttgarter Erklärung des Europäischen Rates direkt und über die Verbündeten versuchen, Einfluß auf die Politik Washingtons in Zentralamerika zu nehmen. Erreicht werden müsse, daß die USA auf „militärische Pression", auf die Unterstützung der Rechtsrebellen in Nicaragua durch den amerikanischen Geheimdienst und auf einen Wirtschaftsboykott verzichten. Aber auch die Sowjetunion und Kuba müßten ihre Militärberater zurückziehen und Waffenlieferungen einstellen.

In den amerikanischen Großmanövern und der Zusammenarbeit mit Honduras sieht Wischnewski eine „gefährliche Zuspitzung". Sie stehe im Widerspruch zu der Friedensinitiative der sogenannten Contadora-Gruppe.

Neun Comandantes führen Regie

WERNER THOMAS, **Managua**

Früher war alles viel einfacher in Nicaragua. Die Fäden liefen bei einem Mann zusammen, der auch den Namen „el hombre" (der Mann) trug. Anastasio Somoza Debayle bestimmte das Schicksal der Nation. Heute herrscht ein Führungskollektiv von neun Comandantes.

Die neue Nicaragua-Krise brachte den Neuner-Klub ins Rampenlicht der weltpolitischen Bühne. Er wird eine entscheidende Rolle in diesem Drama spielen. Die „Comandantes de la Revolucion", ein politischer Titel, bilden das „nationale Direktorium" der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN).

Das Direktorium, im März 1979, vier Monate vor der Machtübernahme, aus je drei Vertretern der drei sandinistischen Strömungen formiert, hat bisher nach außen hin den Eindruck einer Einheitsfront vermittelt. Nie wurden gravierende Differenzen über die allgemeine Marschrichtung der Revolution bekannt. Das mag damit zusammenhängen, daß dem Kollektiv kein Comandante angehört, der nicht in der einen oder anderen Form marxistisches Gedankengut vertritt. Es ist kein Zufall, daß Eden Pastora, der bekannteste Comandante während des Bürgerkrieges, ausgeschlossen blieb vom Zentrum der Macht. Der erklärte Sozialdemokrat kämpft heute gegen seine früheren Kampfgefährten.

Pastora, als Verräter geschmäht, behauptet, daß es doch einen starken Mann im sandinistischen Nicaragua gibt: Fidel Castro. „Fidel befiehlt." Diplomatische Beobachter wollen nicht ganz so weit gehen.

Humberto Ortega (34) ist der wohl mächtigste Comandante. Er kommandiert die sandinistische Volksarmee und die Milizbrigaden. Insgesamt 60 000 bis 70 000 Waffenträger. Er ging bereits mit 17 Jahren in den politischen Untergrund und zählte zum engsten Vertrautenkreis des FSLN-Gründers Carlos Fonseca, des „Chefkommandanten der Revolution".

Daniel Ortega (37) tritt aufgrund seines exponierten Amtes international am meisten in Erscheinung. Er ist Koordinator der „Junta des nationalen Wiederaufbaus", der noch Sergio Ramirez und Rafael Cordova Rivas angehören. Der ältere Ortega saß länger in Somozas Gefängnissen als alle anderen Comandantes zusammen: sieben Jahre.

Anders **Tomas Borge**, der Innenminister, der die zweite Schlüsselposition der sandinistischen Machtstruktur hält. Der älteste (62) und mit 1,60 Metern kleinste Comandante hat eine hemdsärmelige Art und kann emotionale Reden halten. Diplomaten und Journalisten schätzen ihn als interessanten Gesprächspartner. Obgleich Borge der letzte überlebende Mitgründer der FSLN ist, konnte er sich nie an die Spitze des Comandante-Kollektivs stellen. Sein Innenministerium gleicht jedoch einem „Staat im Staate", wie ein diplomatischer Beobachter meinte.

Borge unterstehen nicht nur der Polizei- und Sicherheitsapparat, 7000 Männer und Frauen. Er kommandiert auch eine eigene Elitegruppe. Seine Leute reden sich mit „Combatiente" (Kämpfer) an. Borge, einst Chef der „Frente"-Fraktion „Verlängerter Volkskrieg", und die Ortega-Brüder haben die einflußreichsten Positionen. Nach ihnen kommt Jaime Wheelock, der Landwirtschaftsminister, der früher die „Proletarier"-Gruppe führte.

Jaime Wheelock (37) ist der einzige Comandante mit einem abgeschlossenen Universitätsstudium. Er studierte in seiner Heimat Jura und im Chile der Allende-Zeit Soziologie. Der Landwirtschaftsminister, Autor theoretischer Schriften wie „Klassenkampf bei den Eingeborenen" und „Imperialismus und Diktatur", fällt auf durch eine attraktive Erscheinung.

Als „Mann Moskaus" galt einst **Henry Ruiz** (40), der Planungsminister, weil er ein einjähriges Studium an der Lumumba-Universität absolvierte. Ruiz ist etwas in den Hintergrund getreten. Je schwieriger die wirtschaftliche Lage wurde, desto öfter pendelte er zwischen Managua und Mexiko.

Carlos Nuñez, der jüngste Comandante (32), führt den Vorsitz des Staatsrates, eine Art Parlament unter straffer Kontrolle der FSLN. **Bayardo Arce** (34) leitet die politische Kommission der sandinistischen Bewegung. Er versucht sich als Chefideologe zu profilieren, kümmert sich um Auslandskontakte und empfängt in Managua wichtige Gäste zu intensiveren Gesprächen.

Luis Carrion und **Victor Tirado** sind die beiden Comandantes, die am wenigsten in Erscheinung treten. Carrion, etwa Ende dreißig, ist stellvertretender Innenminister und zuständig für Jugendfragen. Tirado konzentriert sich auf die Gewerkschaftsarbeit.

Oppositionelle Politiker und diplomatische Beobachter registrieren oft einen Mangel an Regierungserfahrung. „Was kann man von Leuten erwarten, die jahrelang in den Bergen gelebt haben?" fragt ein christdemokratischer Politiker, der besonders die schlimme Wirtschaftssituation beklagt. Viele Vertreter des diplomatischen Korps können nicht so leicht vergessen, daß der Papst Anfang März bei seiner Messe mit revolutionären Slogans („Alle Macht dem Volk") niedergeschrien wurde, als er die linke Volkskirche kritisierte. Man merkt mitunter, daß ein starker Mann fehlt, der klare Entscheidungen fällt.

Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten scheint die Führung jedoch fester denn je zusammenzustehen. Das gemeinsame Interesse der Machterhaltung solidarisiert. (SAD)

Tunesiens ‚oberster Kämpfer' wird 80

Seit der Unabhängigkeit regiert Habib Bourguiba das Land uneingeschränkt

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Habib Bourguiba, Tunesiens Staatspräsident und „oberster Kämpfer" („suprême combattant") und zugleich (dienst-)ältester Staatschef der arabischen Welt, wird heute 80 Jahre alt. Seit er 1934 im damaligen französischen Protektorat Tunesien die nationalistische Partei Neo-Destour gründete, steht er im politischen Leben. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1956 herrscht er uneingeschränkt und unangefochten als Staats- und Parteichef über sechseinhalb Millionen Tunesier.

Der Anwaltssohn aus Monastir am Golf von Hammamet hat in den letzten Jahren selten von sich reden gemacht. Er geht ein wenig steif, seine Arme werden unbeweglich und seit Jahren kursieren Gerüchte über seine Gesundheit. Er hat nicht mehr den zwingenden Blick, sein Kinn, das an Mussolini gemahnt, reckt sich nicht mehr kampfbereit den Massen entgegen, wenn er spricht. Ein hartes, engagiertes Politiker- und Kämpferleben ist nicht spurlos an ihm vorübergegangen.

Zweimal hatten die Franzosen den Führer der Nationalisten vor dem Kriege verhaftet. 1938 wanderte er ins Gefängnis und wurde erst fünf Jahre später von den Deutschen während deren kurzer Besatzungszeit freigesetzt. 1952 wurde Bourguiba erneut verhaftet und diesmal nach Frankreich deportiert; aber als er 1955 wie ein Triumphator zurückkehrte, hatte er das Versprechen des französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendes-France in der Tasche, daß seinem Land die „interne Autonomie" gewährt werde. Ein Jahr später war Bourguiba der erste Ministerpräsident eines unabhängigen Landes, gewählt von 95 Prozent seines Volkes.

1975 ließ sich der Volksheld zum „Präsidenten auf Lebenszeit" wählen. Wieder waren es annähernd 100 Prozent Tunesier, die ihm ihre Stimme gaben. Aus Anhänglichkeit, gewiß aber auch aus Furcht, denn Bourguiba regierte mit harter Hand und duldete nicht die geringste Opposition gegen seine Politik. Politische und gewerkschaftliche Widersacher wurden gnadenlos ins Gefängnis geworfen, zwei Ministerpräsidenten abgesetzt. Als sich angeregt von der iranischen Re-



Habib Bourguiba

volution und bewaffnet vom benachbarten Libyen im Januar 1980 etwa 300 „Fundamentalisten" der Stadt Gafsa bemächtigten, wurde die Revolte (mit französischem Flottenbeistand) blutig niedergeschlagen.

Bourguibas Außenpolitik beschränkte sich auf die immer wieder vergeblichen Bemühungen, einen „großen Maghreb" als einheitliches Ganzes zustande zu bringen. Mal sollten darin nur die drei klassischen Maghreb-Länder Marokko, Algerien und Tunesien aufgehen, mal dachte er daran, auch Libyen und das am äußersten Südwestzipfel Nordafrikas gelegene Mauretanien einzubeziehen. Alle Versuche scheiterten am Mißtrauen der Staatschefs untereinander, vor allem zwischen König Hassan von Marokko und Libyens Khadhafi. Eine eher komisch anmutende Initiative im Jahre 1974, eine Fusion zwischen Tunesien und Libyen herbeizuführen, wurde von dem unberechenbaren Libyer mit einem Komplott gegen Bourguiba im Keim erstickt. Auf der europäischen oder gar Weltszene hat das an Rohstoffen arme, strategisch nicht wichtige Land nie eine Rolle gespielt.

Innenpolitisch ist nicht zuletzt unter der klugen Führung des seit 1980 im Amt befindlichen Premierministers Mohammed Mzali einiges in Bewegung gekommen. Zwar hat die Staatspartei PSD (Parti Socialiste Destourien) seit 27 Jahren ungeteilt die Macht in Händen, aber neben ihr hat sich als ernstzunehmender Faktor die sozialdemokratische MDS (Mouvement des Democraties Socialistes) des früheren Verteidigungsministers Achmed Mestiri etabliert, die in Zukunft durchaus mit einem fortschrittlichen Flügel des Destour eine Regierungsmehrheit bilden könnte. Mzali hat kürzlich laut von „mehr Pluralismus" gesprochen. Es geht das Gerücht, die MDS-Partei könnte anläßlich des Geburtstages des Staatschefs als Partei legalisiert werden und an künftigen Wahlen teilnehmen. Ein Durchbruch zur pluralistischen Demokratie europäischen Musters würde einmal die Front der prowestlichen Anrainer des Mittelmeeres stärken, und er könnte zum anderen einen Damm errichten gegen die auch an tunesischen Universitäten bedrohlich werdende islamische Renaissance.

Unbefristeter Hungerstreik von Jurij Orlow

DW. **Bonn**

Seit dem 12. Juli ist der Gründer der Moskauer Helsinki-Gruppe, Jurij Orlow, in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Wie die Zeitschrift „Kontinent" meldete, will der prominente Physiker und Bürgerrechtler mit seinem Streik auf eine Amnestie für die politischen Gefangenen der Sowjetunion hinwirken. Der Physiker, über dessen Gesundheitszustand keine Informationen erhältlich sind, befindet sich in einem Lagerkrankenhaus im Urallager Nummer 37, nachdem er, wie erst jetzt bekannt wurde, im Frühjahr unter den Augen eines Vertreters der Lagerverwaltung von einem kriminellen Häftling schwer mißhandelt worden war. Orlow trug ein Schädel-Trauma davon. Ursprünglich war ihm gedroht worden, daß gegen ihn wegen „Teilnahme an einer Schlägerei" ein Strafverfahren eingeleitet werde.

USA liefern Tschad Luftabwehrwaffen

AP, **N'Djamena/Washington**

Nach der französischen Regierung versuchen auch die Vereinigten Staaten, den von Rebellengruppen offenbar stark in Bedrängnis gebrachten Streitkräften Tschads Luftabwehrwaffen zu liefern. Der Beschluß sei angesichts des Eingreifens der libyschen Luftwaffe in die Kämpfe um die nordtschadische Oasenstadt Faya Largeau gefallen, verlautete aus dem US-Außenministerium. Die Regierung des Tschad will wegen dieser Luftangriffe den Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen anrufen. Ministeriumssprecherin Anita Stockman teilte mit, zu den von den USA zur Verfügung gestellten Hilfsgütern im Werte von zehn Millionen Dollar (gut 26 Millionen Mark) gehörten neben Militärfahrzeugen und anderen Ausrüstungsgütern jetzt auch Luftabwehrwaffen.

USA: Produktion von Nervengas gebilligt

AP, **Washington**

Der Konferenzausschuß beider Häuser des US-Kongresses, der die von Repräsentantenhaus und Senat in der vergangenen Woche verabschiedeten Verteidigungsvorlagen auf einen Nenner zu bringen versucht, billigte die Produktion chemischer Waffen. Sie sollen demnach erstmals seit 1969 in den USA wieder hergestellt werden. Es wurde die Produktion von 155-mm-Granaten genehmigt. Diese werden mit Chemikalien gefüllt, die sich beim Abschuß vermischen und ein tödliches Nervengas freisetzen.

Will China Hongkong in „Sonderzone" umwandeln?

Optionen für die Zukunft der britischen Kronkolonie

Von OSKAR WEGGEL

„Hongkong ist Teil des chinesischen Territoriums. Die von der Qing (Mandschu)-Dynastie und der britischen Regierung im 19. Jahrhundert abgeschlossenen Verträge sind ungleicher Natur und daher nichtig; das chinesische Volk hat sie nie akzeptiert."

Dies sind die Kernsätze einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums vom 27. September 1982, die direkt im Anschluß an den damaligen Hongkong-Besuch der britischen Premierministerin Margaret Thatcher veröffentlicht wurde. Sie brachte der Sache nach zwar nichts Neues, zerstörte aber eine Illusion, die nicht ohne Zutun der britischen Regierung jahrelang genährt worden war. Neu war allenfalls die Pekinger Absicht, alle drei Teile der Kronkolonie zurückzuverlangen. „Hongkong" besteht ja genaugenommen aus drei Territorien, die durch drei verschiedene Vertragswerke an Großbritannien übertragen worden waren:

- Durch den Vertrag von Nanjing (29. 8. 1842), der dem ersten Opiumkrieg folgte, trat das gedemütigte Qing-China die Insel Hongkong an Großbritannien ab – für immer.
- Durch die „Konvention von Peking" (24. 10. 1860) – Ergebnis des „zweiten Opiumkriegs" von 1856 – ging die Halbinsel Kowloon an Großbritannien ebenfalls ohne zeitliche Beschränkung über.
- 1898 nutzte London die erneute Schwäche Chinas, das gerade einen Krieg gegen Japan verloren hatte, und erreichte die „Verpachtung" der – nördlich an Kowloon anschließenden – „New Territories" auf 99 Jahre – also bis 1997.

Wird also nun die Kronkolonie – Niederlassungsort Tausender von „kapitalistischen" Firmen und Zwischenstation zahlloser Touristen – am 1. Juli 1997 sang- und klanglos hinter dem Bambusvorhang verschwinden?

Mehrmals haben sich Chinesen und Briten zu Gesprächen über die Zukunft Hongkongs getroffen. Eine neue Runde findet gegenwärtig statt. Einzelheiten wurden nicht bekannt. Von den theoretisch denkbaren Zukunftsoptionen scheiden aller Voraussicht nach aus: Eine „Falkland-Lösung" kommt nicht in Betracht. Auch der sozusagen natürlichste Ausweg am Ende des 20. Jahrhunderts, nämlich ein Volksentscheid durch die Hongkonger Bevölkerung, entfällt. Peking hat dies bereits erkennen lassen.

Die dritte Alternative zu einer „rein volksrepublikanischen" Option wäre eine Übergangslösung für die Verwaltung. Auch hier dürften die möglichen Modelle den jeweiligen Interessen zuwiderlaufen.

Verbleibt nur die „volksrepublikanische Lösung", die zwei Hauptelemente enthält, nämlich die Rücknahme der Souveränität über ganz Hongkong durch die Volksrepublik China – wahrscheinlich im Jahre 1997 – und die Erhebung Hongkongs zur „Sonderverwaltungszone" im Sinne des Artikel 30 der neuen chinesischen Verfassung von 1982.

Dies bedeutet im Hinblick auf die Souveränitätsfrage: Der britische Gouverneur wird durch einen chinesischen, die britische Flagge durch eine Hongkonger oder durch die chinesische ersetzt; an die Stelle der britischen Regierungsspitzen tritt eine Mannschaft chinesischer oder Hongkonger Provenienz. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Gesetzen, die nur wenig Abänderungen erfahren sollen. Unter anderem soll die Todesstrafe gegen Schwerverbrecher wieder eingeführt, das Glücksspiel und vielleicht auch das Pferderennen sollen verboten werden.

Weiter bedeutet es, daß Hongkong ein „Sonderverwaltungsgebiet" wird, wie es die drei von der Volksrepublik neu eingerichteten Freihandelszonen von Shenzhen, Zhuhai und Xiamen (Amoy) schon heute sind und wie es künftig auch Taiwan werden soll.

Hongkong bleibt also weitgehend, was es heute schon ist: ein Freihafen, ein separates Währungsgebiet (Hongkong-Dollar gilt weiterhin), eine „weltoffene" Stadt mit Religions-, Presse- und Reisefreiheit, ein Touristen-Mekka, eine Kleinfabrik, eine Wechselstube, eine Kontaktzone, eine Deviseneinnahmequelle, ein Glaszimmer für chinesische Kader, eine Handelsdrehscheibe und ein Makler ausländischer und chinesischer Interessen.

Die Führung in Peking will nicht so recht begreifen, warum zwar zahllose Ausländer voll optimistischer Erwartungen in die neu eingerichteten „Sonderzonen" von Shenzhen und Zhuhai strömen, warum sie aber andererseits Angst vor der Umwandlung Hongkongs in eine solche Zone haben. Notfalls könnte ja die staatliche chinesische Versicherung befürchtete Risiken abdecken. Beim Ziel der Wiedererlangung der Souveränität geht es darum, das Gesicht zu wahren – ein ungemein wichtiger Faktor in der chinesischen Politik. Hier läßt man nicht mit sich handeln. Bei den Modalitäten allerdings wird China wahrscheinlich noch flexibler sein als bei seiner Shenzhen-Politik.

USA liefern Kampfpanzer an Saudi-Arabien

AFP/AP, **Washington**

Die amerikanische Regierung wird Saudi-Arabien 100 Kampfpanzer im Gesamtwert von 176 Millionen Dollar liefern, die mit hochmodernen Zielsuchgeräten ausgerüstet sind. Geplant ist die Lieferung der technisch verbesserten Version M-60A3. Wie das Pentagon gestern weiter mitteilte, soll die Entschlossenheit der USA zum Ausdruck gebracht werden, Saudi-Arabien als wichtiges Element der Mäßigung in diesem Teil der Welt weiterhin zu unterstützen. Die USA wollen damit zum ersten Mal seit Sommer *1980 wieder die Modernisierung der* saudischen Panzertruppe übernehmen.

Das Pentagon versicherte, das militärische Gleichgewicht in der Region werde durch die neuen Panzer nicht beeinträchtigt. Saudi-Arabien soll in nächster Zeit von den Vereinigten Staaten Rüstungsmaterial im Wert von 1,7 Milliarden Dollar erhalten. Gleichzeitig wurde bekannt, daß sich zur Zeit vier der modernsten Panzer der US-Armee vom Typ M-1 zu Vorführzwecken in Saudi-Arabien befinden.

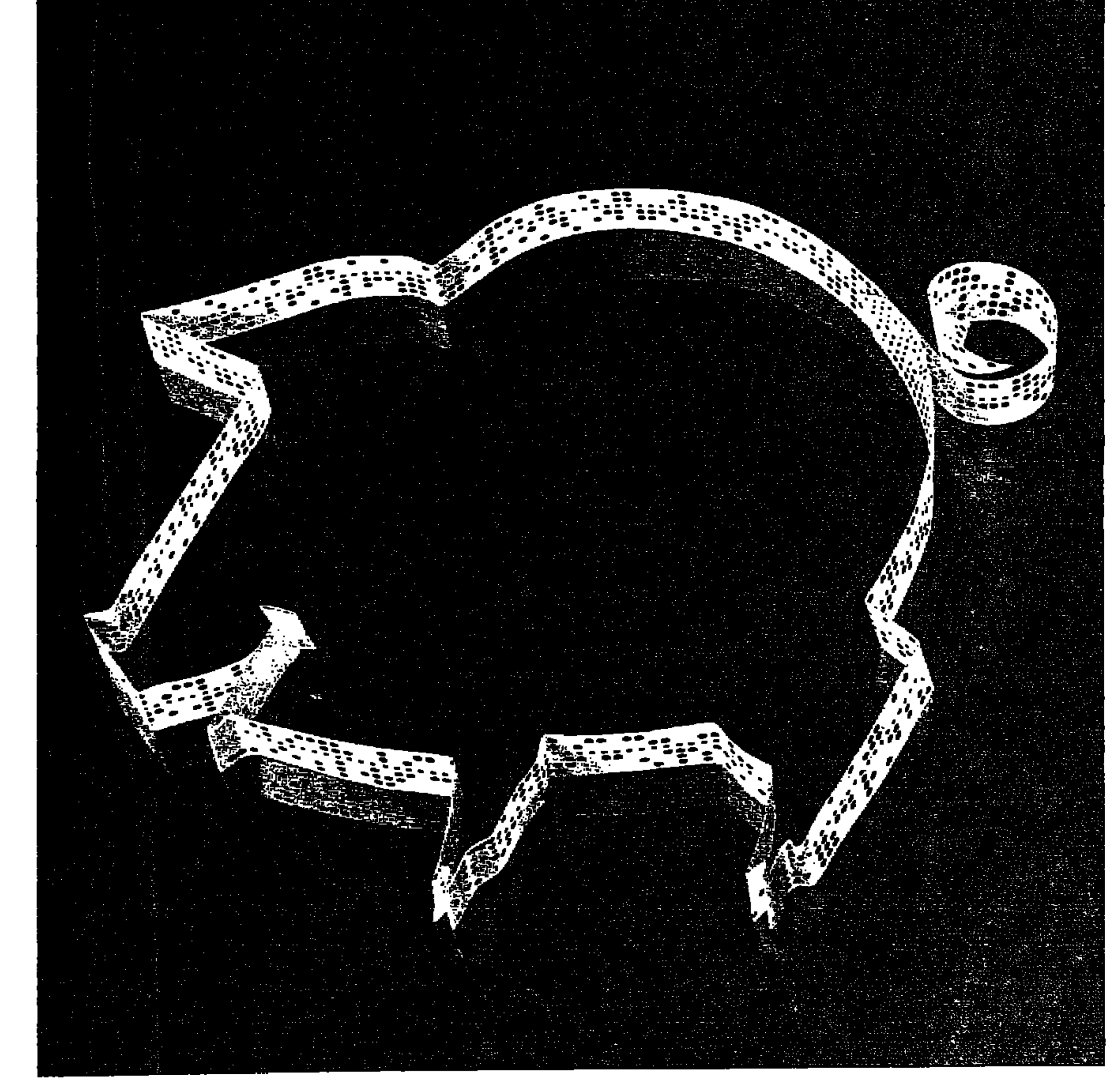
Moskau: Prozeß gegen Hare-Krishna

DW. **Bonn**

Über einen Prozeß gegen Hare-Krishna-Anhänger in der Sowjetunion hat die Regierungszeitung „Iswestija" erstmals berichtet. Wie die „Herold Tribune" gestern meldete, wirft die Zeitung in ihrer Wochenend-Beilage Nedelya in einem groß aufgemachten Artikel dem amerikanischen Geheimdienst CIA vor, über die „pseudo-hinduistische mystische Sekte mit ausgesprochen anti-kommunistischem Charakter" subversive Gehirnwäsche bei der sowjetischen Jugend zu betreiben.

Die Zeitung berichtet über den Prozeß gegen eine Krishna-Gruppe in Moskau. Hauptangeklagte sind der 32jährige Wladimir Kritsky und der 19jährige Sergei Kurkin. Sie werden beschuldigt, neue Mitglieder angeworben und die Krishna-Lehren verbreitet zu haben. In dem Artikel werden die Moskauer Mitglieder der Sekte als Ingenieure, Techniker und Sportler beschrieben. Besonders beunruhigt sind offenbar die Moskauer Behörden, daß sich die Mitglieder aus den Reihen der jungen Intelligenz und Mittelschicht zusammensetzen.

Als Mittelsmann und „Verführer" wird von der Zeitung der Amerikaner Robert Campagnola genannt, der als einer der ersten „elf Jünger" der amerikanischen Krishna-Sekte bezeichnet wird. Campagnola, so die „Iswestija", sei seit langer Zeit „Agent des CIA".



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Warum „gefahrlose" Gewalt?

„Genscher gegen Vermummungsverbot": WELT vom 23. Juli

Die Liberalen, sprich die FDP, beanspruchen das Rechtsdenken besonders zu vertreten.

Aus dieser Auffassung heraus halte ich es für unvorstellbar, daß Herr Genscher als Vorsitzender der FDP sich so heftig gegen das von Innenminister Dr. Zimmermann beabsichtigte Verbot von Vermummung bei Demonstrationen wendet und dies als Angriff auf die Freiheit in der Demokratie ansieht.

Ist Herr Genscher sich eigentlich darüber bewußt, daß er damit Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen bis zu schweren Körperverletzungen ermöglicht und gefahrlos macht? Wie soll ein Schläger noch identifiziert werden können, wenn sein Gesicht unkenntlich ist. (Zur Entschuldigung von Herrn Genscher sei gesagt, daß er die Praxis nicht kennt, weil er umgeben von Sicherheitsbeamten lebt.)

Wer glaubt, sich vermummen zu müssen, führt nach meiner Auffassung Böses, meistens wohl auch Ungesetzliches im Schilde, das wie bei Demonstrationen bis zur schwersten Körperverletzung führen kann. Zieht ein Bankräuber, ehe er das Geld raubt, mit Waffen droht, Geiseln nimmt, sich die Strumpfmaske über sein Gesicht, um damit entsprechend der Würde des Bankinstitutes zu sein oder um nicht erkannt und damit nicht identifiziert zu werden? Vermummungen außerhalb des Karnevals dienen dazu, ungesetzliches Handeln zu ermöglichen.

Herr Dr. Zimmermann hat recht, wenn er die inzwischen üblich gewordenen Vermummungen bei Demonstrationen insgesamt verbieten will.

Ich bin mir mit vielen Bürgern einig, daß wir endlich den inneren Frieden wollen, auch bei Demonstrationen, wenn sie sich gegen irgendeine Handlung des Staates wenden, die mir nicht paßt.

Dr. Karl-Rudolf Jacobi, Marl

Nationen-Fußball

„Leserbrief: Staat im Staat als Ziel": WELT vom 22. Juli

Reinhard Höhn befaßt sich mit ausländischen Fußballvereinen in Deutschland. Er macht sich eine angebliche „Feststellung" zu eigen, wonach nur die Türken eigene („nationale") Fußballvereine hätten, *während sich die anderen Ausländer* wie Italiener oder Jugoslawen deutschen Vereinen anschlössen.

Es ist völlig anders. Eine Broschüre der Stadt Köln weist sechs italienische Fußballvereine nach mit den Namen Licata, Azzurri, Ambrosiana, Trinacria, Akragas, Siciliana. Der beste fehlt noch: Casa Italia. Auch die Griechen haben mehrere Vereine (Galanolefkos, Prometheus), Spanier und Portugiesen mindestens je einen. Sogar Armenier sind vertreten (FC Achtamar).

Bei Casa Italia spielen auch Deutsche, ferner auch andere Ausländer (Tunesier). Aber in deutschen Vereinen spielen auch zahlreiche Ausländer, insbesondere auch Türken. Sie zeichnen sich aus durch Kampfkraft, Härte gegen sich selbst und starkes Ehrgefühl, was manchmal zu Auseinandersetzungen führt, die zuweilen auf Mißverständnissen beruhen. Im Gegensatz zu ihnen glänzen die Griechen mehr durch Artistik. Insgesamt sind diese Ausländer durchaus eine Bereicherung. Ich möchte „meine" Türken und Griechen nicht missen.

In Hamburg werden die Verhältnisse kaum anders sein als in Köln. Herr Höhn mag sich und uns noch etwas genauer informieren. Das Problem der Türken-Integration darf natürlich nicht weggeredet werden, vielleicht ist es unlösbar. Jedenfalls ist es unlösbar, wenn die Realität verzeichnet wird. Eine gute Hilfe ist das schöne, wenn auch etwas unübersichtliche Buch von Peter Scholl-Latour „Allah ist mit den Standhaften". Die schlimmste Verzeichnung der Realität ist das unausrottbare Gerede von „ausländischen Mitbürgern", von dem vor allem die mit Recht als „naiv-optimistisch" bezeichneten deutschen Bischöfe nicht abzubringen sind.

Dr. Günther Krauss, Köln 1

Hineinhorchen genügt

„Wer glaubt, muß schon etwas verrückt sein": GEISTIGE WELT vom 16. Juli

Sehr geehrte Kultur-Redaktion,

Herrn Krämer-Badonis Reflektionen über Glauben entbehren über weite Strecken weder der Durchschaubarkeit (Logik) noch der heutzutage selten gewordenen Satire. Nur: Warum sackt auch er gegen Schluß seiner sehr bedenkenswerten Ausführungen in das zuvor von ihm beklagte Genuschel ab? Wieso hält er die Rückversicherungsklausel von Blaise Pascal für unübertrefflich, und weswegen bemüht er diverse Apostel im Anschluß an seine Meinung über Theologen?

Sind Schöpfer und Schöpfung eine Illusion? Unterliegen z. B. die nachrechenbare Himmelsmechanik und das aus Beobachtungen Erfahrbare nicht ebenso strengen wie sinnvollen Gesetzen? Läßt der für jedermann erkennbare Unterschied zwischen Mensch und sonstiger Kreatur nicht überzeugend den Schluß zu, daß der Mensch (und nur er) vom unsterblichen Geist der Schöpfung (Gottes) beseelt ist? Richtig: Der Einzelmensch wird wieder zu Staub und sollte – wie Herr Krämer-Badoni richtig sagt – „jetzt" bereit sein. Der ihn beseelende Geist aber lebt mit der Schöpfung in einem neuen (anderen, weiteren) Menschen weiter.

Und hieraus ergeben sich sowohl Sinn als auch Glauben auf fester Basis. Nämlich der (bis auf weiteres) kontinuierliche Aufruf der Schöpfung an den Menschen, entwickelnd an diesem Geist mitzuwirken im Sinne von Gestaltung in Richtung auf ein Ziel, das wir zwar nicht erkennen können, das aber der Wertigkeit nach nur die vollkommene Wahrheit sein kann; eben, weil es von der Schöpfung vorgegeben ist. Und ist dies nicht der wesentliche Impuls innerhalb der gegebenen menschlichen Seinslage: Die Suche nach Wahrheit und Vollkommenheit? Über diesen Impuls braucht kaum weiter ausgeführt zu werden, weil individuelles Hineinhorchen genügt.

Wollen Herr Krämer-Badoni und ich nun wirklich nur noch fressen, saufen, ausgreifen, grabschen und sogenannte gemeinsame Orgasmen (welch komplexbeladene Beschreibung für die nebensächlichste Hauptsache menschlicher Erlebnisfähigkeit, die im Laufe der Jahrhunderte allerdings von allen möglichen kompetenten und weniger kompetenten Institutionen ziemlich vermiest worden ist) leichtfertigerweise als fast vollendeten Sinn des Lebens postulieren?

Mit freundlichen Grüßen
Emil Beyer, Wedel

Wort des Tages

„Im Menschen von heute gibt es immer noch die gleiche Quelle der Güte und Großherzigkeit, aber auch der Bösartigkeit wie vor zweitausend Jahren. Jeder Mensch, der auf die Welt kommt, muß wieder von vorn anfangen mit den moralischen und geistigen Anstrengungen, die seine Eltern und Vorfahren schon geleistet hatten. Auf der Ebene der entscheidenden Werte ist nie etwas ein für allemal erworben."

Léon Arthur Elchinger, franz. Theologe (geb. 1908)

Arbeit in Gefahr

„IG Druck: Ab 1986 35-Stunden-Woche": WELT vom 25. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

soweit sind wir also schon: Die IG Druck kündigt im Juni 1983 zum 31. 12. 1983 den Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer in der Druckindustrie, in dem auch die Arbeitszeit festgeschrieben ist, fordert die 35-Stunden-Woche und kündigt zur Durchsetzung dieser Forderung einen Arbeitskampf an. Originalton Ferlemann: „Ich habe eher den Eindruck, daß es ohne Arbeitskampf nicht gehen wird." Wahrlich, so wird mit Sicherheit kein gutes Verhandlungsklima geschaffen.

Die IG Druck dreht im übrigen in Sachen Arbeitszeitverkürzung ihr Fähnchen, wie es ihr gerade paßt. Sollte ursprünglich mit diesem Mittel das Ziel „Verringerung der Arbeitslosigkeit" erreicht werden, so reduziert Ferlemann jetzt auf „Abwehrstrategie" gegen den Verlust von Arbeitsplätzen. Und Präsidiumsmitglied Dr. Detlef Hensche stellt gar einen „Humanisierungsgedanken" in den Vordergrund.

Ganz offensichtlich hat sich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche „verselbständigt". Es geht um eine Prestigefrage: Die Gewerkschaften fordern diese von ihnen jahrelang propagierte Maßnahme, obwohl sie ihre Wirkungslosigkeit selbst erkannt haben und wissen, daß die 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze vernichten würde. Denn:

- die Verkürzung der Arbeitszeit um nur eine Stunde auf 39 Stunden würde die deutsche Wirtschaft mit 23 Mrd. Mark belasten – unvorstellbar;
- käme es dennoch zur Arbeitszeitverkürzung, müßte Personal eingespart werden, weil es zu teuer ist. Wer die Arbeitszeit verkürzen will, rationalisiert also Arbeitsplätze weg. Beispiel: Frankreich!

Darum sagen die Arbeitgeber „Nein" zur Arbeitszeitverkürzung.

Mit freundlichen Grüßen
Hubertus Loß, Hauptgeschäftsführer, Bundesverband Druck e. V., Wiesbaden

Personalien

GEBURTSTAGE

In der Fachwelt feiert man ihn auch heute als „Automobilprofessor". Professor Dr. **Fritz Nallinger**, langjähriger Chefingenieur der Daimler-Benz AG, feiert am 6. August seinen 85. Geburtstag. Der gebürtige Esslinger ist technisch „vorbelastet". Sein Vater Dr. **Friedrich Nallinger** war Baurat und saß ebenfalls im Vorstand der Daimler-Motorengesellschaft, der Benz-Werke und der Daimler-Benz AG. Fritz Nallinger war im Ersten Weltkrieg zunächst Flieger. In den zwanziger Jahren wurde er Rennfahrer und gewann 1924 auf einem Mercedes-Benz die Schweizerische Alpenfahrt. Der Konstrukteur wurde 1924 erster Versuchsingenieur in Stuttgart-Untertürkheim. 1935 rückte er zum Technischen Direktor auf. 1940 wurde er Gesamtleiter von Konstruktion, Versuch und Entwicklung, 1941 Vorstandsmitglied. Im Zweiten Weltkrieg baute er Flugmotoren für Jagdflugzeuge. Er konstruierte für seine Firma den Rennwagen „Silberpfeil" und nach dem Zweiten Weltkrieg die Wagentypen von 180 bis 600. Auf ihn geht auch die Entwicklung von Diesel-Personenwagen zurück. Ihm ist es mitzuverdanken, daß sich die Firma für Solidität und konservativen Zuschnitt bei ihren Wagen entschied und keine „Straßenkreuzer" schuf. Fritz Nallinger wurde im Laufe seiner Arbeitsjahre mit vielen Auszeichnungen geehrt. So erhielt er neben dem Professoren-Titel auch die Goldene Diesel-Medaille des Erfinderverbandes. Schon in früheren Jahren war ihm die Lilienthal-Gedenkmünze zuerkannt worden. Fritz Nallinger lebt auch heute in Stuttgart.

*

Der Münchner Dirigent **Kurt Eichhorn**, nach dem Krieg zunächst Kapellmeister bei den Münchner Philharmonikern, von 1956 bis 1967 musikalischer Chef des Staatstheaters am Gärtnerplatz und schließlich Leiter des Münchner Rundfunkorchesters von 1967 bis 1975, wird am 4. August 75 Jahre alt. Eichhorn arbeitete auch als Professor an der Musikhochschule. Besonders populär wurden seine Münchner Funkkonzerte und seine Münchner Sonntagskonzerte. Seine besondere Vorliebe galt **Carl Orff**, dessen Bühnenwerke er auf Schallplatte aufnahm.

ERNENNUNGEN

„Herodes" aus Oberammergau, seit 1960 treues und aktives CSU-Mitglied, hat die größten Chancen, neuer Landrat im Kreis Garmisch-Partenkirchen zu werden. Der „Herodes" der Oberammergauer Passionsspiele, der Garmischer Rechtsanwalt Dr. **Helmut Fischer**, wurde dieser Tage ganz klar *gegen fünf* weitere Mitbewerber um den Landratsposten als Landratskandidat aufgestellt. Die nächsten Kommunalwahlen finden im März 1984 statt. Bei seiner jetzigen Nominierung setzte sich Dr. Fischer unter anderem gegen **Hans Neumeier** durch, den persönlichen Referenten von Bayerns Finanzminister **Max Streibl**. Übrigens bestehen kaum Zweifel, daß der bekannte Laiendarsteller und profilierte Anwalt die Wahlen auch mit erheblichen Mehrheiten gewinnt. Wird er Landrat, will Helmut Fischer jedoch seinen Beruf als Anwalt aufgeben, um sich ganz dem neuen Amt zu widmen.

Helmut Fischer als Christus
FOTO: AP

Die nächsten Oberammergauer Festspiele, die von Mitte Mai bis Ende September nächsten Jahres gehen, laufen bereits in ihren Proben an. Dr. Fischer glaubt, daß er im nächsten Jahr mindestens 50mal in der doppelt besetzten Rolle des Herodes auf der Bühne stehen wird. Der Garmischer Anwalt, in Oberammergau geboren, ist bereits 1950 „im Volk mitgelaufen" bei den Passionsspielen. 1960 war er Ersatzmann in der Rolle des Christus. Zehn Jahre später spielte er den Christus, den er jetzt gegen *die Herodes-Rolle* eintauschte. Mit der Kommunalpolitik ist er ebenfalls seit langen Jahren verbunden. Helmut Fischer ist seit 1960 Gemeinderatsmitglied, war von 1972 bis 1978 zweiter Bürgermeister in Garmisch und gehört dem Kreistag von Garmisch-Partenkirchen an. Zwei Töchter sind in die Fußstapfen des Vaters getreten. Tochter **Caroline** (18) singt in Oberammergau bei den Passionsspielen im Chor mit, Tochter **Martina** (16) gehört bei den Spielen zum „Volk".

*

Äthiopien schickt einen neuen Botschafter in die Bundesrepublik Deutschland. Bundespräsident **Karl Carstens** hat **Tadesse Terrefe** das Agrément erteilt. Der Diplomat war in den letzten fünf Jahren Chef der Delegation seines Landes bei den UN-Vertretungen in Genf. Sein Bonner Vorgänger Dr. **Haile Gabriel Dagne**, Historiker, will wieder als Universitätsprofessor arbeiten, hieß es in Bonn.

*

Thyssen-Chef Dr. **Dieter Spethmann** bleibt Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie. Der Vorstand bestätigte ihn in diesem Amt für weitere zwei Jahre. Seine Stellvertreter sind Salzgitter-Chef **Ernst Pieper** und Krupp-Chef **Wilhelm Scheider**.

VERANSTALTUNG

Erhard Thomas, Korrespondent im Bonner ARD-Studio, hat im Heckel-Zimmer des Bonner Kanzleramtes, in dem alle Kanzlerbesucher empfangen werden, das inzwischen schon geschichtsträchtige Besuchersofa gefilmt. Leer allerdings, da Kanzler Helmut Kohl auf Urlaub weilt. Zum Thema „Die Welt im Wohnzimmer" wird das Kanzlerbesuchssofa Bestandteil der 10 000. Sendung der „Tagesschau" der ARD am 14. August.

ABSCHIED

Pfarrer Dr. **Helmut Risch**, 70 Jahre alt, seit 24 Jahren geschäftsführender Direktor des Evangelischen Vereins für Innere Mission in Nassau, ging in den Ruhestand. Der Berliner leitete auch zehn Jahre lang als Geschäftsführer das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit 1960 ist er Präsident des Verbands Christlicher Hospize.

*

Im Alter von 78 Jahren starb in Münster **Franz Steber**, Mitbegründer und Deutschlandbeauftragter der „Katholischen jungen Mannschaft" in München nach dem Krieg sowie Direktor des bayerischen Jugendsozialwerkes und Mitinitiator der bayerischen CSU. Steber hatte bereits in den dreißiger Jahren in Münster die „Katholische junge Mannschaft", später „Bund katholischer Männer und Frauen" ins Leben gerufen sowie die katholische Wochenzeitung „Junge Front", später „Michael".

Für uns alle unfaßbar verstarb am 23. Juli 1983
nach schwerem Leiden

Margot Gassen

Frau Gassen hat unser Unternehmen
1963 in Deutschland gegründet und bis 1978 als
Geschäftsführer geleitet.
Ihr beispielloser Einsatz und ihre unerschöpfliche
Kreativität, gepaart mit Begeisterungsfähigkeit und
herausragendem fachlichen Können
haben den Grundstein gelegt für unsere heutige
Marktbedeutung. Über den Rahmen unseres
Unternehmens hinaus war Frau Gassen in der Kosmetik-
Branche eine hoch respektierte Persönlichkeit,
deren Rat und Meinung geschätzt waren.
Unsere Mitarbeiter bewunderten sie besonders als
berufliches Vorbild und wegen ihres
sozialen Engagements.

Wir trauern um eine außergewöhnliche Persönlichkeit,
die in unserer Erinnerung
stets einen ehrenden Platz haben wird.

In Dankbarkeit und tiefer Betroffenheit
nehmen wir Abschied.

ESTÉE LAUDER COSMETICS GmbH
Aramis GmbH
Linique Cosmetics GmbH
Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Auf Wunsch der Verstorbenen hat die Beisetzung im engsten Kreis stattgefunden.

Am 23. Juli 1983 verstarb nach langer, schwerer Krankheit

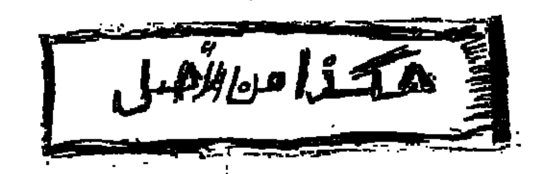
Margot Gassen

Mit ihr geht eine Persönlichkeit von uns,
die unsere deutsche Gesellschaft 1963 gegründet
und bis 1978 als Geschäftsführer
mit großem Erfolg geführt hat.

Frau Gassen hat das Unternehmen durch
ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten, Ideenreichtum,
große Überzeugungskraft und überragendes Engagement
zu Aufstieg und Bedeutung gebracht.
Ihre einmalige persönliche Ausstrahlung
hat alle beeindruckt,
die mit ihr zusammengearbeitet haben.

Wir werden Frau Gassen in Verehrung gedenken
und verabschieden uns von ihr
mit großem Respekt und Dank.

ESTÉE LAUDER COMPANIES
Estée Lauder
Leonard und Evelyn Lauder
Ronald und Jo-Carol Lauder



Machte vor 25 Jahren Furore: „Bitterer Honig" von Shelagh Delaney

Zorn, der schon längst verraucht ist

„Angry", zornig, nannte man jene jungen Männer, die in den 50er Jahren neue Maßstäbe für die englische Literatur setzten. Der Begriff von den „angry young men", den ein Rezensent in seiner Kritik zu John Osbornes „Blick zurück im Zorn" prägte, avancierte in der Literaturwissenschaft ebenso schnell zum griffigen Schlagwort wie die von Gertrude Stein so bezeichnete „lost generation" um Hemingway, Fitzgerald und Dos Passos oder die „beat generation" um Allen Ginsberg und Jack Kerouac.

Die Kategorisierung unterschiedlicher Autoren als zornige junge Männer, schreibt der Literaturwissenschaftler Robert Weimann, täusche jedoch eine literarische Einheitlichkeit vor, die niemals gegeben war. Nicht alle, die in den 50er Jahren zur Feder griffen, waren „zornig" im Sinne von Osborne, Alan Sillitoe oder John Braine. Einige übten Protest gegen „die Gesellschaft" in durchaus humorvoller Form wie Kingsley Amis oder Keith Waterhouse. Nichtsdestoweniger ist ihnen allen eine Geisteshaltung gemein: Die Abwendung vom überkommenen kulturellen Establishment, die Revolte gegen Romane und Dramen, die die Vorkriegsrituale der Mittelschicht über den Weltkrieg hinweg retten wollten. Die Helden der neuen Literatur waren sehr viel jünger, hatten weder Geld noch gesellschaftlichen Status, und das Geschehen fand vorwiegend in der Provinz statt: London als literarisches Zentrum hatte ausgedient.

Bitterer Honig – ARD, 20.15 Uhr

Einer einzigen Frau ist es gelungen, im Protestchor der Zornigen ihre Stimme zu erheben: Shelagh Delaney. Siebzehnjährig, als Arbeiterin in einer Maschinenfabrik im Manchester-nahen Salford, erlebte sie die Aufführung eines Terence-Rattigan-Dramas. Der Autor, Verfasser von nicht sonderlich aufregenden Konversationsstücken, die gewöhnlich im gehobenen Mittelstand spielen, erschien der jungen Frau so weltfremd, daß sie innerhalb von zwei Wochen ein „aus dem Leben gegriffenes Drama" schrieb. Sie schickte „A Taste of Honey" an Joan Littlewood, Chefin des Londoner „Theatre Workshops", eines der ersten modernen Experimentiertheater. Die verfertigte aus der noch ungelenken Vorlage jenes Drama, das seine Autorin 1958 schlagartig berühmt machte, und dem sie bis heute kein erfolgreicheres zur Seite stellen konnte.



Shelagh Delaney als 20jährige Erfolgsautorin FOTO: ULLSTEIN

In „Bitterer Honig" kamen jene Menschen zu Wort, die bis zu jenem Zeitpunkt kein Thema für Londoner Bühnen waren: Fließbandarbeiter, Außenseiter der Gesellschaft, im Leben zu kurz Gekommene. Die leichtlebige, alkoholsüchtige Mutter, die für einen kurzlebigen Schwarm ihre Tochter verläßt, während diese sich in die Arme eines schwarzen Matrosen flüchtet, der sie schwängert und sitzenläßt; der homosexuelle George, der dem Mädchen die Ehe anbietet – Welten trennten dieses Stück beispielsweise von den Versdramen eines T. S. Eliot oder Christopher Fry, die in den Theatern des Londoner Westend in derselben Dekade aufgeführt wurden. Doch trotz aller Verzweiflung gibt es Momente von großer Zärtlichkeit, blitzt zynischer, aggressiver Humor auf, der vom (Über-)Lebenswillen dieses Menschenschlags Zeugnis ablegt.

Shelagh Delaney will ihr Stück nicht autobiographisch verstanden wissen. Dennoch haben die Erfahrungen der Jugendlichen „A Taste of Honey" entscheidend geprägt: Die Atmosphäre des Dramas, gibt sie zu, stimme mit der in ihrer Heimatstadt überein, und der bissige, oft bösartige Witz sei typisch für die Bewohner von Salford. Heute lebt die 44jährige in London. Nachdem sie den Erfolg ihres Erstlingswerkes nicht wiederholen konnte, hat sie sich anderen Medien zugewandt. Sie schreibt Filmdrehbücher, oft mit dokumentarischem Charakter, hat bereits zwei Hörspiele verfaßt und beendet gerade ein drittes.

Shelagh Delaney teilt das Schicksal der anderen „angry people": Über die Autoren, die mit einem Werk in aller Munde waren, wird kaum noch gesprochen. Manche vielversprechende Karriere endete, ehe sie kaum richtig begonnen hatte. Die treibende Kraft, der Zorn, ist längst verraucht. Was bleibt, ist die Forderung an den Regisseur, aus den einst bühnenwirksamen Zeitstücken keine theatralischen Museumsstücke zu machen.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Und der Kaiser sieht aus wie Fürbringer

Der Kostümfundus des Bayerischen Rundfunks ist unerschöpflich. Nun haben wir schon zwei lange Folgen der Fugger-Story gesehen, und noch vier gleich lange stehen uns ins müde Haus, aber Pracht und Opulenz der historisch kreierten Textilien bleiben beachtenswert: **Vom Webstuhl zur Weltmacht** (ARD).

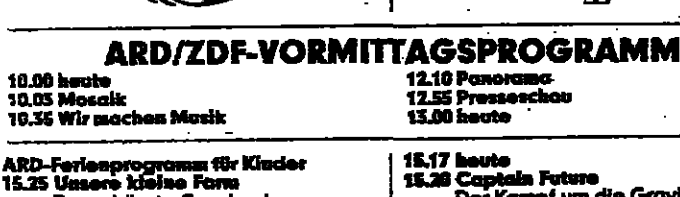
Die Kostüme also. Nun ja, und die Darstellerei, die mit den besten Namen prunkt, die wir zur Zeit aufzubieten haben: Ernst Jacobi und Rolf Becker, Ernst-Fritz Fürbringer und Klausjürgen Wussow mögen für ein erlesenes Ensemble stehen. Aber sind wir gekommen, um die Garderoben zu loben und uns an erlauchten Namen zu delektieren? Wir sind gekommen, um ein Spiel von dem erstaunlichen Aufstieg der Familie Fugger zu sehen, und just das versagte man uns.

Es gab kein Spiel zu sehen, sondern nur historisch anfechtbare, starre Bilderbögen, die immer wieder an irgendwelche Schloßfestspiele von Krottenbrunn oder an Jubiläen erinnern, für die der emeritierte Rektor ein Dialogstück geschrieben hat. Nur, daß solche Provinzialfeste zumeist im gehobenen Oberlehrerpathos zu laufen pflegen, während dies hier in der Sprache des für Krottenbrunn zuständigen Lokalreporters geboten wurde. Nun, beides ist von Übel.

Das freilich wäre zu ertragen, gäbe das Stück nur einige dramatische Entwicklungslinien her. Da werden kleine Weber zu großen Kaufherren, da kaufen sich Pfeffersäcke gewissermaßen einen eigenen Kaiser, aber sie entwickeln sich nicht. Das, was ein dramatisches Stück definiert, nämlich die Entwicklung der Protagonisten, findet ums Verrecken nicht statt. Badeszenen mit brustfrohen Maiden und blutig und in Großaufnahme vorgeführte Fußamputationen sind keine dramatischen Elemente. Das sind Blendwerke, die der Hohlheit der Gesamtveranstaltung wie ein Paravent vorgeschoben werden.

Manche werden trotz alledem ihren Spaß an dem schönen Verkleidungsspektakel haben. Sie haben recht: Warum sollte man nicht sein Vergnügen finden in solcherlei Langzeitunterhaltung? Nur, mit allem Respekt zu sagen, muß da gleich Geschichte vorgetäuscht werden? Guck mal, guck mal, mag es dann wohl heißen, der Kaiser – sieht aus wie unser Fürbringer.

VALENTIN POLCUCH





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Mosaik
10.35 Wir machen Musik
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.25 Unsere kleine Farm
Das schönste Geschenk
16.10 Tagesschau
16.15 Marjons Opernführer (1)
Humorvolle „Nachhilfe" in zwei Lektionen
17.00 Das Raubtier (2)
17.30 Der Schlangenprinz
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bitterer Honig
Schauspiel von Shelagh Delaney
Deutsch von Elisabeth Gilbert
Mit Karin Baal und Sabina Trooger
Inszenierung: Herbert Kreppel
Fernsehregie: Rüdiger Graf
Aufführung des Dune-Tournee-Theaters
21.45 Bilder aus der Wissenschaft
Themen: Plastination / Genmanipulation / Hohlglasfaser als künstliche Membrane / Neuartiges Konservierungsverfahren bei Fleischprodukten
22.30 Tagesthemen
23.00 Sri Lanka: Notstand auf der Trauminsel
Eine neue Welle von Gewalt überschwemmt zur Zeit Sri Lanka, „das strahlend schöne Land", wie die Ceylonesen seit 1972 ihre Insel nennen. Der alte Kampf zwischen den beiden unversöhnlichen Bevölkerungsgruppen, den etwa zwölf Millionen buddhistischen oder christlichen Singhalesen und den rund drei Millionen hinduistischen Tamilen, steigerte sich zu blutigen Ausschreitungen mit Toten, Flüchtlingen, Obdachlosen und Verwüstungen.
24.00 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
15.20 Captain Future
Der Kampf um die Gravium-Minen
15.45 Die Brücke von Adam Rush
US-Jugendfilm, 1974
16.25 Ferienkalender
16.50 Mork vom Ork
Ein feiner Hauswirt
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Das weiße Gift von Seveso
19.00 heute
19.30 Konsul Möllers Erben
20.15 Bilanz
Themen: Ibiza – wer sahnt ab? / Monopoly um Lehrstellen / Lebensversicherung: Weh' dem, der's erlebt / Abschlachtprämie für Subventionen
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Familienzuwachs
21.10 Pfarrer Kuhn antwortet
22.40 Show Paradox
oder Eine Idee setzt sich durch
Das Tempodrom in Berlin
Film von Frank Ripploh
Seit zwei Jahren ist das Tempodrom, ein Zirkuszelt im Niemandsland an der Berliner Mauer, ein Geheimtip für Theaterenthusiasten. Die Geschichte über die Entstehung des Tempodroms hört sich an, als sei sie eine Erfindung der Schlagzeilenpresse: Junge Krankenschwester erbt unverhofft Vermögen und verwirklicht den Traum ihrer Kindheit – sie gründet einen Zirkus.
00.05 heute

III.

WEST
17.00 Aus Warendorf
27. Weltmeisterschaft im Modernen Fünfkampf
18.00 Im Tal der Adler
Aus der Reihe „Fauna Iberica"
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Emm wie Meikel
18.30 Fauna Iberica
Im Tal der Adler
19.00 Rockpalast
John Watts

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live-Sendung zum Thema: Spiel mit der Schrift
Mit Graphologen, interessanten Gästen und Publikum
Von und mit Hermann P. Reiser
21.45 Auslandsreporter
Willy Millowitsch: Mein Elba
22.15 Marokko
Amerik. Spielfilm, 1930
Mit Marlene Dietrich, Gary Cooper u. a.
Regie: Josef von Sternberg
„Marokko" war der erste Film, den der Regisseur Josef von Sternberg mit Marlene Dietrich in den USA drehte. Nach dem Tingel-Tangel-Mädchen aus „Der blaue Engel" spielte sie diesmal eine Nachtclubsängerin in Marokko.

SÜDWEST
18.00 Wunder der Prärie
Amerik. Spielfilm, 1954
Regie: James Algar
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Aerobic-Dance (7)
20.00 Wohin mit der Angst
Ulrich Hommes im Gespräch mit Bischof Georg Moser
20.15 Schauplatz der Geschichte:
Toledo
21.00 Colossus
Amerik. Spielfilm, 1969
Regie: Joseph Sargent
22.35 Dallas für Nachzügler
Kampf um das Kind

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Sorge in der Nachbarschaft
19.45 Poldark (16)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Mrs. Miniver
Amerik. Spielfilm, 1942
Mit Greer Garson, Walter Pidgeon
Regie: William Wyler
23.50 Rundschau



Volker Eckstein, Bernd Stephan, Karin Baal und Sabina Trooger in dem Stück „Bitterer Honig", 20.15 Uhr in der ARD FOTO: KÖVESDI

MODERNER FÜNFKAMPF / Weltmeisterschaft beginnt heute in Warendorf

Kneift Titelverteidiger Masala vor den verschärften Doping-Kontrollen?

KLAUS BLUME, Bonn

Heute beginnen in Warendorf die Weltmeisterschaften im Modernen Fünfkampf – ohne den Titelverteidiger Daniele Masala aus Italien. Der 28jährige Polizist aus Rom könne in Westfalen seinen Titel wegen einer Magenverstimmung oder einer fiebrigen Erkältung – so genau will man sich im italienischen Verband nicht festlegen – nicht verteidigen. Der Beste fehlt also, *und schon wuchern die Gerüchte*: Hat Masala eventuell Angst vor den verschärften Dopingkontrollen, die bei den 27. Weltmeisterschaften angewandt werden sollen?

Denn so ganz mit legalen Mitteln sei der Italiener schließlich 1981 in Polen nicht Vize-Weltmeister und ein Jahr später in Rom gar Weltmeister geworden. Das erzählt man sich jedenfalls in den Mannschaften aus Ost und West. Da wäre erst einmal das Beispiel 1981 in Zielona Gora (Polen): In den abschließenden Geländelauf sei Masala mit verbotenen Aufputschmitteln gegangen. Ein früheres Mitglied der deutschen Nationalmannschaft zur WELT: „Ein Vertreter des internationalen Verbandes versprach dem italienischen Delegationsleiter: Wir drücken bei der Doping-Analyse beide Augen zu, schließlich veranstaltet ihr im nächsten Jahr in Rom eine schöne Weltmeisterschaft."

In Rom 1982 hätte man dann beim Reiten die ausgelosten Pferde von Masala und dem damaligen Titelverteidiger Janusz Peciak (Polen) gedopt. Masalas Pferd, eher zweitklasig, sei danach im Stile eines Weltklasse-Springpferdes über den Parcours gejagt, Während das des Polen prompt ein Hindernis verweigerte. Damit war Janusz Peciak bereits im ersten Wettbewerb seinen Titel los.

Nun stehen nicht nur Daniele Masala und der italienische Verband im Zwielicht. Auch der veranstaltende Deutsche Verband für Modernen Fünfkampf ist erheblich *in die Schußlinie geraten. Eine* „Initiative Sauberer Fünfkampf" wirft Bundestrainer Herbert Rieden Manipulationen vor. Rieden – so berichtete bereits die WELT – habe sich für seine Athleten bei den Radprofis nach den besten Beruhigungs- und Aufputschmitteln umgesehen. Rieden habe ebenso wie der Berliner Trainer Rudi Trost auch so manches Degengefecht bei osteuropäischen Mannschaften, besonders gern bei den Ungarn, gekauft. Als die WELT den Vorwürfen nachging, wurde sowohl von Aktiven, als auch von Funktionären und früheren Aktiven dies bestätigt. Es wurden auch Beispiele genannt: Bei einem früheren Olympiateilnehmer gibt es ein schriftliches Dokument des ungarischen Verbandes darüber, daß bei einem internationalen Wettbewerb Fechtsiege für westliche Devisen an den deutschen Verband verkauft worden sind.

Das Wissen um solche Dinge hat offenbar auch den dreimaligen deutschen Meister Norbert Kühn (32) zu Fall gebracht. Obwohl der arbeitslose Lehrer aus Lorsbach im Taunus immer noch einer der Besten im Lande ist, nominierte ihn Bundestrainer Herbert Rieden nicht. Der Grund: Es fehle die Vertrauensbasis. Und Verbandspräsident Walter Grein sagt: „Norbert Kühn paßt von der inneren Harmonie her nicht in die Mannschaft."

Kühn wird – hinter vorgehaltener Hand – vorgeworfen, er habe Gegnern angeboten, Zug um Zug Siege zurückzuerstatten, die er vorher *geschenkt bekommen habe*. Klaus Schormann, der Vorsitzende des hessischen Verbandes, dazu: 9Kühn hat solche Gespräche nur geführt, um herauszubekommen, was eigentlich gespielt wird."

Offiziell äußert sich niemand im Verband zu all' diesen Vorwürfen und Erkenntnissen. Bis zum Ende der Weltmeisterschaft, so ein deutscher Verbandssprecher, brauche man erst 'mal Ruhe. Im Klartext: Nach den Weltmeisterschaften interessieren die Vorgänge in der nicht allzu publikumswirksamen Sportart Moderner Fünfkampf ohnehin kaum jemanden. Dann kann in aller Stille bereinigt werden. Und Bundestrainer Herbert Rieden, der ebenso auf Kühn wie auf den Berliner Michael Rehbeim (Internationaler deutscher Meister 1982), verzichtet, sagt dazu: „Alle Vorwürfe sehe ich nicht als Belastung an. Sie haben auch innerhalb der Mannschaft zu keinerlei Resonanz geführt. Bei der Nominierung zählten nur fachliche Gründe, die Leistungsentwicklung."

Was so nicht stimmt und der weiteren Klärung bedarf.

STAND ● PUNKT

Und immer neuer Ärger

Es gehörte wirklich nicht viel Talent zur Hellseherei, um den nächsten Streit zwischen Harald Schumacher und seinem Trainer Rinus Michels vorauszusagen. Schumacher, der Michels als Trainer ablehnte und gleich den Vorstand („Manager Löhr muß weg, und Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen darf nicht Präsident werden") sprengen wollte, hatte die Machtprobe verloren: Alle Herren sind noch im Amt. Nun betreibt der Trainer seine Machtpolitik. Weil sich Schumacher nach überstandener Meniskusoperation nicht beim Trainer ordnungsgemäß zum Training zurückmeldete, verzichtete Michels auf die Dienste seines Torwarts. Gestern sollen sie sich versöhnt haben, nachdem Schumacher einen Anwalt einschalten wollte.

Es ist typisch für ihn, daß er gleich in Extremen denkt. Wenn gleich alle Leute, die von Schumacher angeschrieen, beleidigt oder als Nichtskönner bezeichnet wurden, zum Anwalt gerannt wären, die Gerichte hätten viel zu tun bekommen.

Zum ersten Mal hat sich jetzt nach langer Zeit mal irgendeiner gegen ihn gestellt, hat ihn gemaßregelt, so wie er gerne maßregelt, hat ihm seine Grenzen aufgezeigt, schon reagiert er wie eine Mimose. Beim 1. FC Köln braucht sich niemand darüber zu wundern. Schon seit Jahren besitzt der Torwart in Köln einen Status, der nicht mehr vertretbar ist. Schumacher darf tun und lassen, was er will – niemand war da, der ihn zurechtwies. Seine Verfehlungen sind hinreichend bekannt, *doch der gesamte Kölner* Vorstand – und dabei ist niemand ausgenommen – hatte nicht den Mut, Schumacher in die Schranken zu weisen. Daß der immer mehr vom Boden der Tatsachen abheben mußte, war nur allzu logisch.

Erschwerend kam für Schumacher hinzu, daß sein Manager ebenfalls den Durchblick verlor. Der Fußball beschere ihm ein Leben in Luxus, meinte jüngst Rüdiger Schmitz in einem Interview mit der WELT am SONNTAG, und wenn er mit Bundeskanzler Kohl und CDU-Politiker Bernhard Worms essen gehe, dann würde das seine Persönlichkeit prägen. In welcher Welt lebt dieser Mensch?

Der Scherbenhaufen, vor dem die Kölner jetzt stehen, ist das Produkt eigenen Versagens.

ULRICH DOST

LEICHTATHLETIK / Coe startet nicht

Drüsenfieber – wie nach Niederlage gegen Ferner

MARCUS BERG, London

Bestleistungen lieferte er ab, als seien sie Dutzendware – seit 1979 stellte er zwölf Weltrekorde auf. „Nurmi der Mittelstrecken" wurde er genannt, und in der französischen Sportzeitung „L'Equipe" stand über ihn: „Sebastian Coe scheint unaufhaltsam von Rekorden angezogen zu werden. Er ist der Mann der dauernden Herausforderung." Die Herausforderung, in der nächsten Woche in Helsinki Weltmeister über 800 m zu werden, besteht für ihn nicht mehr. Sebastian Coe, der die Weltrekorde über 800 m (1:41,73), 1000 m (2:12,18) und im Lauf über eine Meile (3:47,33) hält, hat in der Nacht zum Dienstag seine Teilnahme an der Weltmeisterschaft abgesagt.

Ein Wunderläufer, über den sich während dieser Saison, oder besser: seit seiner Niederlage bei den Europameisterschaften 1982 von Athen gegen Hans-Peter Ferner, gewundert werden darf: Verliert er, weil er krank ist – oder wird er durch Niederlagen krank?

Peter Coe, Vater und Trainer des Läufers, teilte dem britischen Leichtathletik-Verband gestern morgen mit: „Sebastian leidet an einem Lymphdrüsenfieber." Diese Erkrankung tauchte bei ihm schon einmal im September letzten Jahres in Athen auf – nachdem Hans-Peter Ferner, darüber selbst verdutzt, Coe auf den letzten 60 Metern des 800-m-Laufes überspurtet hatte. Coe danach: „Nur diese Erkrankung kann die Erklärung für meine Niederlage sein."

Am letzten Sonntag redete er nach einer Niederlage noch ganz anders. Bei einem Sportfest in Gateshead erlebte er das schmerzlichste Debakel seit langer Zeit: Zum ersten Mal seit sieben Jahren kam er in einem Rennen nur auf den vierten Platz. Steve Cram, Europameister über 1500 m, wollte in diesem 800-m-Lauf nur seine Spurtfähigkeit testen. Er siegte leicht in 1:45,03 und sagte: „Wenn Seb in Helsinki so läuft, gewinnt er bestimmt kein Gold." Wie denn auch, wenn man selbst noch von dem Venezolaner Wuyke (1:45,07) und dem Landsmann Elliott (1:45,25) besiegt wird. Coe (seine Zeit: 1:45,31) sprach da aber noch nicht von Krankheit oder Startverzicht: „Ich kann tatsächlich nicht viel dazu sagen. Alles, was ich jetzt sage, ist ohnehin witzlos' Ich werde in Helsinki starten, und ich werde gewinnen."

Steve Ovett, sein großer Rivale, kommentierte Coes Rennen aber schon so, als sollte er einen sportlichen Nachruf auf den Mann halten, mit dem er zusammen (aber meist getrennt laufend) Startgagen bis zu 25 000 Mark steigerte: „Wir waren große Rivalen und oft so dicht beieinander, daß ich mich jetzt so fühle, als hätte auch ich verloren." Der Hinweis darauf, daß es keine Duelle der beiden mehr geben wird, weil einer seine Laufbahn beendet?

In der Tat sprechen einige Anzeichen dafür, daß die Ära des Sebastian Coe beendet ist. Das englische Fernsehen BBC kommentierte gestern die Meldung vom Startverzicht mit der Feststellung: „Es würde niemanden mehr überraschen, wenn Coe in der nächsten Zeit auch gleich seinen Rücktritt erklärt." Steve Ovetts Meinung: „Ich kann keine Schadenfreude darüber empfinden, daß Seb offensichtlich einen falschen Weg eingeschlagen hat."

Die mysteriöse Lymphdrüsen-Erkrankung spielt als Erklärung dabei nur eine Nebenrolle. Aber was ist der von Ovett zitierte „falsche Weg"? Schon lange wurde gemunkelt, auch Coe baue seinen Körper in der Trainingsphase des Winters mit Hilfe von Hormonen auf, die auf der Dopingliste stehen. Deshalb seine Anfälligkeit für Entzündungen der Leber – und jetzt der Lymphdrüsen? Oder ist es der Raubbau, den Coe mit seinen Kräften trieb, als er zusammen mit Ovett besonders im Jahre 1981, ein Jahr nach seinem Olympiasieg über 1500 m, in Fernduellen mit Ovett Weltrekorde vom Fließband vermarktete. 250 000 Mark soll er in dieser Saison verdient haben, erst Ende letzten Jahres kam der Rückzug: „Mit den Taschen voller Geld kann man nicht gut laufen. Ich lasse mir nicht mehr vorschreiben: Du läufst da und dort. Du machst Duelle gegen Ovett. Ab sofort will ich wieder ein freier Mann sein, der startet, wo er will."

Eine Erkenntnis, die zu spät kam? In diesem Jahr lief er zwar noch eine Hallenbestzeit über 800 m (1:44,92) und steht mit 1:43,80 auch noch an der Spitze der Jahresweltbestenliste. Aber die Niederlagen *häuften sich*: gegen den Spanier José Abascal und den Jugoslawen Dragan Zdravkovic über 1500 m, gegen den Amerikaner Steve Scott über eine Meile. Ende einer Karriere?

NACHRICHTEN

Gummersbach: Brandt bleibt

Gummersbach (sid) – Der 31 Jahre alte Handball-Nationalspieler Heiner Brand will noch eine Saison beim Europapokalsieger VfL Gummersbach spielen. Brand spielt seit 1959 für die Gummersbacher und wird im nächsten Jahr endgültig nach 25jähriger aktiver Zugehörigkeit seine Karriere beenden.

Fillol will aufhören

Buenos Aires (sid) – Ubaldo Fillol, Torwart der argentinischen Weltmeistermannschaft von 1978, hat vor der bevorstehenden fristlosen Kündigung durch seinen Klub River Plate Buenos Aires seine Karriere beendet.

Günter Mast bürgte

Braunschweig (sid) – Dem Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig drohte am 20. Juni der Lizenzentzug. Die Braunschweiger waren der Auflage des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) nicht nachgekommen, Spieler für eine Million Mark zu verkaufen. Erst eine Bürgschaft von Sponsor Günter Mast über die gleiche Höhe ermöglichte eine Fortsetzung des Spielbetriebs.

TENNIS

70. Nationale Deutsche Meisterschaften in Braunschweig, erste Runde, Herren-Einzel: Gehring (Berlin) – Popp (Neuss) 0:6, 7:5, 7:6, Engert (Mannheim) – Maurer (Neuss) 7:6, 6:3, Scheller (Backnang) – Vestweber (Frankfurt) 7:6, 7:5, Beermann (Weiden) – Rens (Stuttgart) 6:4, 6:0, Eberhard (Hannover) – Hipp (Bamberg) 6:3, 6:2, Fassbender (Karlsruhe) – Krammen-Schneider (Bielefeld) 6:3, 3:6, 6:2, Theissen (Karlsruhe) – Vogel (Hannover) 6:1, 5:7, 6:0, Elter (Essen) – Sadowski (Stuttgart) 6:4, 6:3, Westphal (Neuss) – Wünschig (Amberg) 6:0, 6:1, Schwaier (München) – Pinner (Neuss) 6:4, 6:4, Jelen (Neunkirchen) – Zirngibl (Amberg) 6:4, 6:4, Keretic (Stuttgart) – Settelmayer (Essen) 6:3, 6:3, Hermann (Karlsruhe) – Riglewski (Heidelberg) 7:6, 6:2, Becker (Heidelberg) – Freund (Osnabrück) 6:3, 6:4. – Damen-Einzel: Kohde (Saarbrücken) – Loleit (Osnabrück) 6:4, 6:1, Schropp – Reinhardt (beide Heidelberg) 6:1, 6:1, Dinu (Essen) – Schönherr (Amberg) 7:5, 6:1, Pfaff (Frankfurt) – Reuter (Reutlingen) 6:4, 6:3, Lechner (Aschaffenburg) – Boesser (Berlin) 6:1, 7:6, Betzner (Hannover) – Kistner (Heidelberg) 6:3, 6:2, Dries (Düsseldorf) – Kehl (Amberg) 6:4, 6:0, Lütten (Hamburg) – Müller (Neuss) 6:3, 2:6, 6:1, Wieser (Wolfsburg) – Liudinant (Regensburg) 6:0, 6:2, Keppeler (Augsburg) – Müller (Weiden) 6:4, 6:4, Cueto (Stuttgart) – Druen (Hannover) 6:2, 6:3, Schönig (Krefeld) – Haas (Heidelberg) 7:5, 7:6, Lippodt (Kiel) – Kubsch (Hamburg) 6:1, 6:3, Meier (Kaiserslautern) – Eisterlehner (Reutlingen) 6:1, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 3 000 000,00.– Mark, 2: 229 713,50, 3: 10 015,40, 4: 137,50, 5: 9,70. – **Toto**, Elferwette: 1: 532,50, 2: 40,90, 3: 7,00.–. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 5492,00.–, 4: 99,00.–, 5. 8,20. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 105,80, 2: 31,60. Rennen B: 1: 67,40, 2: 21,70. – Kombinationsgewinn: 360 012,20 Mark.
(Ohne Gewähr)

TENNIS / Deutsche Meisterschaften in Braunschweig: Das Niveau ist gestiegen

Junge Talente verhöhnen die alte Rangliste

H.-J. POHMANN, Braunschweig

Erfolg ist das beste Mittel, um auf sich aufmerksam zu machen. Nach diesem Motto verfahren seit einigen Monaten die deutschen Tennisspieler. Durch überraschende Siege der besten Herren auf Grand-Prix- und ATP-Turnieren in Stuttgart, Kitzbühel, Hilversum, Travemünde, Essen und dem Davis-Cup-Sieg über Israel sind sie auf dem Weg, ihr ramponiertes sportliches Image wieder aufzubessern. Die Zuschauer, die in diesen Tagen die deutschen Meisterschaften in Braunschweig besuchen, kommen aus dem Staunen nicht heraus. Selten war das Teilnehmerfeld so ausgeglichen besetzt.

Die derzeitige Konstellation unter den deutschen Spitzenspielern erscheint ideal, um auch international wieder Anschluß zu finden. Schon die Jüngsten haben die Spielstärke, um mehr als nur mitzuspielen. Das sind die beiden 15 Jahre alten Jungprofis Boris Bekker und Tore Meinecke. Becker gewann sein erstes Spiel, während Meinecke dem Vorjahressieger Hans-Dieter Beutel ein großes Match bot und erst im Tiebreak im dritten Satz unterlag. Fast übergangslos stehen vor diesen beiden die 17- bis 19jährigen Eric Jelen, Hansjörg Schwaier und Michael Westphal. Bei Westphal und Schwaier wäre es schon keine Überraschung mehr, wenn sie am Jahresende nach ihren letzten internationalen Erfolgen die deutsche Rangliste anführten. Beutel, Zipf und Keretic bilden da mit ihren 21 Jahren schon die mittlere Generation, während die Mittzwanziger Elter, Pinner, Maurer und Gehring in Braunschweig zu den Alten zählen. Ein gesunder Konkurrenzkampf ist ausgebrochen.

Dieser neuen Entwicklung hat sich der Deutsche Tennisbund (DTB) nicht angepaßt. Während auf internationalen Turnieren nach aktuellen Ranglisten gesetzt wird (die Computer-Rangliste der Berufsspieler erscheint alle 14 Tage), richtet sich der Verband bei den Titelkämpfen in Braunschweig nach der deutschen Rangliste vom Oktober des letzten Jahres. So wurden Westphal, Schwaier und Gehring erst gar nicht gesetzt, während zum Beispiel Helmut Beermann (Weiden), der nach einem Bänderriß vor neun Monaten erst zwei Turniere bestritt, an siebter Stelle plaziert wurde. Der Kommentar von Bundestrainer Hofsäß: „Die Rangliste ist so alt, sie stinkt schon."

Noch konzeptionsloser geschah die Auslosung für die im Hinblick auf den Davis-Cup so wichtige Doppelkonkurrenz. Nachdem Maurer/Popp als Titelverteidiger (berechtigt) an die erste Stelle gesetzt wurden, setzte man die anderen Paare frei nach Schnauze. Ohne auf internationale Erfolge von Zipf/Beutel (Endspiel beim Cologne Cup) Rücksicht zu nehmen, kamen sie zusammen mit drei anderen Paaren in den Lostopf. Einem Bundeswehrsoldaten, der zufällig bei der Turnierleitung herumstand, blieb es dann vorbehalten, die Glücksfee zum spielen. Was dabei herauskam, mutet wie ein Witz an: Die beiden besten Doppel spielen in einer Hälfte und treffen wahrscheinlich schon im Halbfinale aufeinander.

Die Damen-Konkurrenz ist in den ersten Tagen der Titelkämpfe lediglich ein Anhängsel der Herrenspiele. Zu überlegen sind Claudia Kohde und Eva Pfaff. Hier ist nur die Frage interessant, ob die 14- bis 16jährigen den Durchbruch ins Viertel- oder sogar ins Halbfinale schaffen.

Genscher bringt Waffenmix wieder in das Gespräch

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mehr als zwei Wochen nach seinem Interview mit der Deutschen Welle, in dem Bundesaußenminister Genscher befürwortete, bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen die Formen des „Waldspaziergangs" energisch zu verfolgen, hat er sich jetzt erstmals wieder eindeutig auch zur Notwendigkeit des sogenannten Waffenmix geäußert. In Bonn wurde daraus geschlossen, daß der Außenminister seinen offensichtlichen Versuch, die Pershing-2-Raketen aus dem westlichen Verhandlungspaket für Genf herauszunehmen, inzwischen wieder aufgegeben hat.

Genscher sagte jetzt im österreichischen Fernsehen, die Frage des Waffenmixes habe in den vergangenen Tagen eine größere Rolle gespielt, als ihr in Wahrheit zukomme. Die Bundesregierung habe nie einen Zweifel daran gelassen, fuhr der Minister fort, „daß bei einem Notwendigwerden von Nachrüstung im November selbstverständlich in dem Umfange und in der Substanz, also auch in dem Waffenmix nachgerüstet werden würde, wie das 1979 entschieden worden ist".

Realschulen fürchten um Anerkennung

dpa, Bonn

Der Realschullehrerverband von Nordrhein-Westfalen fürchtet, daß der mittlere Bildungsabschluß des Landes künftig in anderen Bundesländern nicht mehr anerkannt werden könnte. Mit Hinweis auf den Entwurf einer neuen Ausbildungsordnung des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums für die Sekundarstufe I sagte der Landesvorsitzende des Verbandes, Hansjoachim Kraus, gestern: „Der Versuch, die Anforderungen des nach Schulformen gegliederten Schulwesens den Anforderungen an den Gesamtschulen zu unterwerfen, ist geeignet, das Vertrauen in die Vereinbarungen der Kultusminister-Konferenz zu untergraben." Als entscheidend für die ablehnende Beurteilung bezeichnete Kraus „die Negativkataloge für die Versetzungsordnungen der einzelnen Schulformen und die Umrechnung der Bewertungstabellen für die Gesamtschulen in Notenstufen für die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium". Auch der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Hans-Josef Holtappels, kritisierte den Entwurf der Ausbildungsordnung.

Werden die hessischen Verhältnisse bestätigt?

Landtag löst sich mit kontroverser Debatte selbst auf

M. BACKHAUS, Wiesbaden

Wenn die 110 Abgeordneten des 10. Hessischen Landtags morgen zusammenkommen, um erstmals in der Geschichte des Landes die Selbstauflösung des Parlaments zu beschließen, liegt vor ihnen die „heiße Phase" eines Wahlkampfes, der wegen des hohen Anteils unentschlossener Wähler spannend zu werden verspricht. Wenn aber am Abend des 25. September das Wahlergebnis vorliegt, könnte sich die ganze Kraftanstrengung als kostspielige Fehlspekulation auf ein Wählervotum nach Maß erweisen. Eine Neuauflage der vielbeschworenen „hessischen Verhältnisse", wie sie sich bei der letzten Wahl am 26. September 1982 ergeben hatten, erscheint nach den vorliegenden Meinungsumfragen nämlich mehr als möglich.

Die Sondersitzung des Landtags wird trotz der Interessenallianz zwischen SPD und CDU, das Parlament aufzulösen, nicht von Harmonie, sondern von polemischer Auseinandersetzung geprägt sein. Ministerpräsident Börner will nämlich vor der Abstimmung gegen den Willen der CDU und eine entsprechende Bitte des Ältestenrates eine Regierungserklärung abgeben. Die Christdemokraten, die am liebsten ohne Debatte abgestimmt hätten, wollen daber mit einer jüngsten Anzeigenserie der Staatskanzlei kräftig ins Gericht gehen. Pikant für die Sozialdemokraten dürfte auch ein Dringlichkeitsantrag der Grünen werden, noch eine Novelle zum Personalvertretungsgesetz zu beraten.

Der Antrag hat zwar keine Chancen, doch legte erst vergangene Woche die Gewerkschaft ÖTV mit ihrer an die Genossen gerichteten Forderung den Finger in die Wunde, mit einer Zustimmung zu dem Antrag „langjährige Forderungen des DGB und der SPD zu realisieren". Die Grünen haben die Vorstellungen der Gewerkschaften zum Teil wörtlich übernommen.

In der Zeit zwischen Auflösung des alten und Konstituierung des neuen Landtags – voraussichtlich am 13. Oktober – dient der Hauptausschuß als Notparlament, in dem die von der SPD erhofften neuen Verhältnisse bereits herrschen. Aufgrund einer Abstimmungspanne verfügt die CDU dort nur über vier und die SPD über fünf Stimmen, obwohl die Christdemokraten die größte Fraktion stellen. Wichtige Entscheidungen des Gremiums sind nicht zu erwarten. Mit Spannung sieht man jedoch der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die von den Grünen beantragte einstweilige Verfügung entgegen, mit der die Umweltpartei ihren Einzug in den Ausschuß erzwingen will. (rtr)

Kohl will keinen Disput mit Strauß

● Fortsetzung von Seite 1

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), bezeichnete es gestern als für „unsere Verhandlungsposition nicht förderlich, wenn Zahlen aus geheimen Verhandlungen öffentlich behandelt werden. Auf der Gegenseite sitzen uns höchst erfahrene und zentral gesteuerte Gesprächspartner gegenüber, die aus einer solchen Behandlung Nutzen ziehen können: Ich rate daher dazu, an unserem besonnenen Kurs der diskreten Gespräche im Interesse der Menschen festzuhalten", sagte der Unionspolitiker.

Hennig wies darauf hin, daß sich das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen „in manchen Diskussionen der letzten Tage bewußt zurückgehalten und öffentliche Erklärungen vermieden" habe. Dies sei geschehen, weil es Bereiche der Deutschlandpolitik gebe, die für eine öffentliche Diskussion nicht geeignet seien.

Das gilt nach den Worten des Staatssekretärs auch „für die höchst diffizile und empfindliche Problematik der Einzelschicksale von Menschen. Es muß dabei bleiben, daß diese Fälle ausschließlich von der zuständigen Abteilung unseres Hauses mit der anderen Seite besprochen werden". Hennig bezog sich damit offensichtlich auf Bemühungen von Strauß um die Freilassung und die Ausreise von „DDR"-Bewohnern.

Ließ Italien Agenten auf Druck Moskaus laufen?

„L'Espresso": Sowjetische Justiz drohte mit Vergeltung

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die Sowjets sollen in einer Spionageaffäre Italien erpreßt haben, heißt es in einem Bericht der linksliberalen Wochenzeitung „L'Espresso". Nach Darstellung des Blattes, der von den zuständigen italienischen Stellen bisher nicht widersprochen wurde, mußten die zwei in Rom auf frischer Tat ertappten und verhafteten Sowjetspione Pronin und Konaiev freigelassen werden, weil die sowjetische Justiz drei Italiener in der Sowjetunion festhielt und mit Strafprozessen bedrohte.

Viktor Pronin, ein als Aeroflot-Funktionär getarnter KGB-Oberst, und Viktor Konaiev, Vizedirektor der Handelsabteilung der Mineralölgesellschaft „Nafta Italia", waren im Februar dieses Jahres verhaftet und unter Spionageanklage gestellt worden, weil sie sich über einen ebenfalls festgenommenen geständigen italienischen Mittelsmann Mikrofilme mit militärischem Geheimmaterial besorgt hatten.

Die Sowjets stellten daraufhin den vorübergehend in Moskau weilenden Falck-Angestellten Mazzarelli und den im Ural wissenschaftlich arbeitenden Professor Odifredi von der Universität Turin unter die Anklage des schwarzen Devisentausches und verweigerten ihnen die Ausreise. Anklage und Ausreiseverbot wurden aufrechterhalten, obwohl die italienischen Behörden am 7. April Konaiev gegen Kaution auf freien Fuß setzten. Den Sowjets ging es offensichtlich in erster Linie um KGB-Oberst Pronin.

Nach der Freilassung Konaievs lud ein Moskauer Untersuchungsrichter laut „L'Espresso" den Moskauer „Giorno"-Korrespondenten Luigi Vismara vor und konfrontierte ihn mit einer Anzeige eines jungen russischen Arbeiters. Darin wurde behauptet, der Journalist habe den Arbeiter mehrmals nach Hause eingeladen und „wiederholt verführt". Der Richter bedeutete Vismara, daß er bis zu dem fälligen Prozeß in der Sowjetunion zu bleiben habe.

Wie der „Espresso" weiter berichtet, soll es dann zu Geheimverhandlungen über einen Austausch Pronin/Vismara gekommen sein. Sowohl Pertini als auch Außenminister Colombo und BNL-Präsident Reviglio seien dabei tätig geworden. Eines Tages sei der gegen Pronin ermittelnde Untersuchungsrichter Cudillo in den Quirinal zitiert worden. Anschließend habe er sofort die Haftentlassung Pronins gegen Kaution angeordnet. Am nächsten Tag hätten die Sowjets mitgeteilt, daß die drei Italiener die Sowjetunion innerhalb von zwei Tagen verlassen könnten.

Rom: Craxi stellt sein Kabinett zusammen

dpa, Rom

Nach Abschluß der Beratungen über Sachthemen hat der designierte italienische Ministerpräsident Bettino Craxi gestern begonnen, seine Kabinettsliste zusammenzustellen. Für den ganzen Tag waren Gespräche mit Spitzenvertretern der vier Parteien angesetzt, die mit Craxis Sozialisten die neue Regierungskoalition bilden wollen.

Wie es gestern schien, will Craxi alle einflußreichen Politiker der vier anderen Parteien in die Kabinettsdisziplin einbinden. Als Ministerkandidaten galten die Chefs von Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen, Giovanni Spadolini, Pietro Longo und Valerio Zanone, sowie die vier früheren christdemokratischen Ministerpräsidenten, Armintore Fanfani, Giulio Andreotti, Emilio Colombo und Arnoldo Forlani. In Rom wurde erwartet, daß Craxi seine Mannschaft bis spätestens morgen zusammen hat. Danach kann die Debatte über seine Regierungserklärung in beiden Kammern des Parlaments beginnen. Die Vertrauensabstimmungen im Senat und Abgeordnetenhaus über die Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten würden nach diesem Zeitplan Ende nächster Woche stattfinden.

Fährt Strauß nach Moskau?

AP/DW. Düsseldorf/München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß will angeblich noch in diesem Jahr zu einem Besuch in die Sowjetunion reisen. Dies wurde gestern in Bankkreisen in Düsseldorf bekannt. Wie verlautete, soll Strauß bereits eine entsprechende Einladung aus Moskau erhalten haben. Ob der geplante Besuch privaten oder offiziellen Charakter haben werde, sei noch offen. CSU-Sprecher Godel Rosenberg dagegen bestritt, daß Strauß noch in diesem Jahr nach Moskau reisen werde. Allerdings war in München lange Zeit auch dementiert worden, daß Strauß mit SED-Chef Honecker zusammentreffen wolle. Die sowjetische Botschaft in Bonn wollte die angeblich geplante Moskau-Reise gestern weder dementieren noch bestätigen und verwies auf die Staatskanzlei in München.

Strauß war in der vergangenen Woche von einer privaten Reise nach der Tschechoslowakei, Polen und der „DDR" zurückgekehrt. Er war mit führenden politischen Vertretern in Warschau, Prag und Ost-Berlin zusammengetroffen.

Deutschland kein Thema?

Mangelhafte Kenntnisse über die „DDR" bei Schülern

Co. Bonn

„In den Schulen der Bundesrepublik Deutschland muß mehr als bisher von ganz Deutschland die Rede sein." Diese Schlußfolgerung zog der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, aus einer Infratest-Umfrage, die ergeben hatte, daß 43 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland die „DDR" als Ausland ansehen.

Die noch im Auftrag der früheren Bundesregierung durchgeführte Untersuchung zeigt, daß die Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland außerordentlich wenig über die „DDR" wissen. 77 Prozent der Befragten gaben an, daß „DDR"-Themen im Schulunterricht zu wenig oder gar nicht behandelt würden. Nach der Umfrage verfolgen 19 Prozent der Jugendlichen die Entwicklung in der „DDR" mit großer Aufmerksamkeit; 66 Prozent haben weniger und 15 Prozent kein Interesse daran.

„Das sind bestürzende Ergebnisse einer sehr sorgfältigen Untersuchung", sagte Hennig dazu im Gespräch mit der WELT. „Dies ist eine Aufforderung zum Handeln an die elf Kultusminister der Länder." Es gebe in der Deutschlandpolitik konkrete Projekte, die nur zusammen mit der „DDR" behandelt werden könnten, fuhr Hennig fort. „Aber es gibt einen ebenso wichtigen Bereich, in dem wir selber handeln können und müssen. Das ist die Aufgabe, das gesamtdeutsche Bewußtsein lebendig zu erhalten. Da kann uns kein Honecker hineinreden."

Fragen zum Kredit für Ost-Berlin

Im Haushaltsausschuß wird auf „Widersprüche" zu Strauß-Erklärungen verwiesen

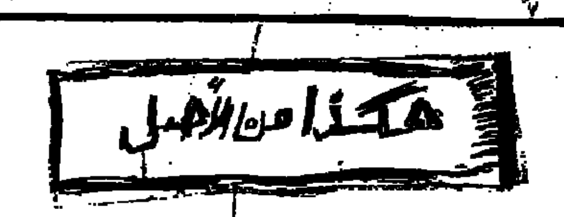
STEFAN HEYDECK, Bonn

Beim Zustandekommen des Milliarden-Kredits für Ost-Berlin, bei dem der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß eine wesentliche Rolle gespielt hatte, hat es offensichtlich mehr Ungereimtheiten gegeben als bisher bekannt wurde. Zwar wird die Kreditgewährung grundsätzlich als deutschlandpolitisch richtige Maßnahme bewertet. Dennoch wurde aber inzwischen im Haushaltsausschuß auf einen „Widerspruch" zwischen einer Vorlage des Bundesfinanzministeriums und Äußerungen von Strauß hingewiesen. Dabei geht es um die Frage, ob die Bundesregierung zur Absicherung des Kredits eine Garantie gegeben hat.

In einem Brief vom 21. Juli an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss, bezieht sich der Ausschußvorsitzende Rudi Walther (SPD) einerseits auf die Erklärung von Strauß vor dem CSU-Parteitag Mitte letzten Monats, nach der es für den Kredit „keinen Pfennig Bundesbürgschaft" gebe. Andererseits weist Walther mit der Bitte „um Aufklärung des Widerspruchs" auf eine Mitteilung des Ministeriums vom 7. Juli hin, in der von einer Bundesgarantie für den Eine-Milliarde-Mark-Kredit die Rede ist.

Diese Bürgschaft fällt aber nach Expertenmeinung nicht in den mit dem Haushaltsgesetz verabschiedeten Ermächtigungsrahmen. Sie kann deshalb nur als „außerplanmäßige Garantieerklärung" gegeben werden, wenn entsprechend dem Gesetz eine „unvorhergesehene und unabweisbare" Notwendigkeit besteht. Dafür würden aber die Voraussetzungen fehlen, wenn eine Regierungsbürgschaft und ein wirtschaftliches Risiko in Abrede gestellt würden.

Verwunderung hat auch ausgelöst, wie die Kreditgewährung im Kabinett behandelt worden war. Nach WELT-Informationen war der Präsident der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, dessen Institut derartige Aktionen vorher genehmigen muß, auf der Sitzung von den Plänen überrascht worden. Er soll sie erst kurz vorher aus der Zeitung erfahren haben. Pöhl hatte dann jedoch die Zustimmung zugesichert, wenn die Regierung einen Antrag stellen würde. In der jüngsten „Spiegel"-Ausgabe erklärte Strauß allerdings, die Bundesbank sei „eingeschaltet" gewesen.



Benzin-Prozession

Bm. – Es ist der zehnte Anlauf, den die deutsche Mineralölindustrie seit April nimmt, um ihre Benzinpreise ein wenig aufzupäppeln, um aus den Verlusten aus der Rohölverarbeitung herauszukommen, um danach vielleicht einmal sogar die aufgelaufenen Verluste von gut zwölf Milliarden Mark wieder abzubauen.

Doch die Raffineure tun sich schwer. Von allen Preisaufschlägen, die sie bisher wagten, *mußten* sie rund die Hälfte dem Markt wieder opfern, auf dem um jeden Tropfen Benzin gekämpft wird. Sollte jemand in der Bundesrepublik nach dem suchen, was die offizielle Wirtschaftspolitik ständig auf den Lippen führt, dann kann er es dort finden, wo es gerade die Politik in den vergangenen Jahrzehnten eigentlich am wenigsten gesucht hat: in der Ölindustrie.

Der Benzinmarkt ist es, der für lange Zeit noch der größte Markt der internationalen Ölindustrie sein wird. Am Wärmemarkt hat man bereits Halbmast geflaggt und die Chemie wird neue Rohstoffquellen finden, wenn ihr die Preise des Rohstoffs Öl über den Kopf wachsen sollten.

Daher die Springprozession am Benzinmarkt: Zwei Pfennig rauf, ein Pfennig runter. Die Philosophie dahinter ist simpel: Es genügt, wenn man schon nichts am Produkt verdient, das aus den Raffinerien kommt. Verzichtet man dann auch noch auf die Mengen, dann kann man sich leicht ausrechnen, wann man sich vom Markt der Bundesrepublik verabschieden kann.

Chevron hat sein Valet bereits verkündet. Andere werden folgen, so sicher, wie der Autofahrer diszipliniert fährt und tankt. Merke: Wettbewerb ist jene Rarität, bei der sich Angebot und Nachfrage in den Haaren liegen.

Formelkram

HH – Was dem ehemaligen Bundeskanzler und – immerhin – Weltökonomen nicht gelang, schafft rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung mühelos. Jedenfalls behauptet der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) aufgrund einer Umfrage zur Lesbarkeit der Strom-, Gas- und Wasserrechnungen, 50 Prozent der Bürger werteten sie „ausdrücklich als klar und verständlich". Wer diese Abrechnungen zur Hand nimmt, dem mögen bei solchen Zahlen Zweifel kommen – Zweifel, die wiederum durch andere Untersuchungen bestätigt werden. So hat jetzt der Bund der Steuerzahler berichtet, daß für eine große Mehrheit einer anderen Befragung die Steuerformulare „den Eindruck der Unübersichtlichkeit und des Durcheinanders" vermitteln und daß die darin gewählte Sprache „für den Normalbürger nicht verständlich ist". Der Bund der Steuerzahler hat daraus die richtige Konsequenz gezogen und Verbesserungsvorschläge gemacht. Vielleicht tut das der VKU auch einmal; die andere Hälfte seiner Rechnungsempfänger wird es ihm zu danken wissen.

MINERALÖL / Shell leitet in diesem Jahr die zehnte Benzinpreiserhöhung ein

Die Branche ist sicher, daß sich zwei Pfennig mehr durchsetzen lassen

HANS BAUMANN, Essen

Zum zehnten Mal in diesem Jahr versucht die deutsche Mineralölwirtschaft seit Beginn der Woche Preise für Vergaserkraftstoffe und für Diesel zu erhöhen. Die neue Runde hat Shell eingeleitet mit einem Aufschlag von zwei Pfennig je Liter; inzwischen teilten Esso, Aral, Texaco und BP mit, daß sie dem Schritt von Shell folgen. Die Branche ist sicher, daß sich die zwei Pfennig am Markt durchsetzen lassen.

Befragt man die Statistik, so signalisiert die *Zweifel*. Bei der ersten Benzinpreiserhöhung Anfang April lag der Benzinpreis im Durchschnitt bei 125 Pfennig je Liter. Heute beträgt dieser Preis 138 Pfennig. Zehn Preiserhöhungen zwischen zwei und drei Pfennig brachten also einen Erlösaufbau bis heute von 13 Pfennig. Das heißt: Nur die Hälfte der Benzinpreisaufschläge haben am Markt durchgehalten werden können. Und da der Markt nach wie vor heiß umstritten ist und die Autofahrer im Urlaub – und dann besonders bei heißem Wetter – weniger Auto fahren als während ihrer Arbeitszeit und Freizeit, ist durchaus nicht gesichert, daß die zwei Pfennig der nächsten Tage doch nicht wieder zu einem Pfennig abschmelzen.

Festgehalten werden muß auch, daß der Benzinpreis in dieser Feriensaison günstiger liegt als in der des vorigen Jahres – und zwar um sechs Pfennig. Da ein Pfennig Benzinpreis für die Autofahrer der Bundesrepublik aber einen Mehr- oder Minderaufwand von 830 000 Mark pro Tag bedeutet, spüren die deutschen Autofahrer bei sechs Pfennig Preisvorteil gegenüber Sommer 1982 zur Zeit am Tag 4,98 Millionen Mark.

Die Mineralölindustrie geht davon aus, daß der heiße Wettbewerb um den Autokunden noch längere Zeit anhalten wird. Obwohl sich der Kfz-Bestand weiter erhöhen wird (bei Pkw 1982 um rund ein Prozent), rechnet man 1983 mit einem Absatz von Vergaserkraftstoffen von unverändert rund 22,7 Millionen Tonnen. Das erste Halbjahr bestätigt diese Schätzung: Mit 11,1 Millionen Tonnen wurden 0,2 Prozent mehr Benzin abgesetzt als in den ersten sechs Monaten 1982. Diesel kam mit 6,5 Millionen Tonnen um 0,8 Prozent voran.

Ging man bisher davon aus, daß die Mineralölindustrie ihre Verluste aus nicht kostendeckenden Preisen für Produkte am Inlandsmarkt wenigstens zu einem geringen Teil durch günstigere Rohöleinstandspreise wettmachen konnte, so ist dieser Vorteil mit dem Höhenflug des Dollar (in dem weltweit Öl fakturiert wird) dahingeschmolzen. Seit Januar hat sich der Dollar gegenüber der D-Mark um 12 Prozent befestigt. In der gleichen Zeit ging der Rohöleinstandspreis um 13 Prozent zurück. Die Rohölpreissenkung wurde also praktisch kompensiert.

Obwohl der Benzinpreis in Rotterdam noch immer um zwei bis drei Pfennig je Liter unter den Raffinerieabgabepreisen in der Bundesrepublik liegt, gilt Rotterdam als ruhig, aber fest. Die deutsche Raffinerieindustrie verspricht sich von hier eine festere Tendenz und nach Urlaubsende eine Belebung der Nachfrage.

Super hat mit 836 Mark und Normalbenzin mit 790 Mark je Tonne in Rotterdam den höchsten Preisstand in diesem Jahr erreicht. Doch die Erfahrung lehrt, daß gerade nach Urlaubsende – wie übrigens auch vor Weihnachten – die Supermärkte versuchen werden, mit preisgünstigem Benzin die Kundschaft wieder in ihre Häuser zu ziehen. Höheren Benzinpreisen und damit der Hoffnung auf Abbau der Verluste kommen die sehr niedrigen internationalen Beständen entgegen. Jede Tonne Mehrbedarf schlägt bereits direkt auf die Förderung durch. Damit wird zumindest das internationale Preisniveau stabilisiert – zu dem die Opec offensichtlich beizutragen gedenkt.

Wie tot liegt der Markt für leichtes Heizöl, obwohl die Preise relativ hoch liegen. Aber selbst wenn sie fielen, würde keine Nachfrage entstehen, da die privaten Tanks bis zu 60 Prozent gefüllt sind. Schweres Heizöl hat im ersten Halbjahr einen Einbruch um 5,9 Prozent auf 17,4 Millionen Tonnen hinnehmen müssen. Doch sein Preis ist mit (gestern) 454 Mark je Tonne ungewöhnlich hoch. Die Dollarentwicklung spielt dabei gewiß eine Rolle, aber auch die Tatsache, daß schweres Heizöl bei zunehmender Konversionskapazität zum kostengünstigen „Rohöl" geworden ist.

VERMÖGENSBILDUNG

Die FDP-Fraktion meldet noch Änderungswünsche an

HEINZ HECK, Bonn

Die Einbeziehung von Bausparleistungen in die dritte Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes hat im Parlament keine Chance. Das wurde gestern bei einer Pressekonferenz von Wirtschaftsstaatssekretär Martin Grüner (FDP) und des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Vermögensbildung in der FDP-Bundestagsfraktion, Josef Grünbeck, deutlich. Während Grünbeck sich in einer „persönlichen Auffassung" für die Einbeziehung aussprach, erklärte Grüner, sein Haus habe sich „in Übereinstimmung mit den übrigen Ressorts" vor allem deshalb gegen die Einbeziehung der Bausparleistungen bei der Erhöhung des Förderungsbetrages von 624 auf 936 Mark ausgesprochen, weil eine solche Maßnahme nicht zu finanzieren sei.

Anderen „weiterführenden Vorschlägen", über die die beiden Parlamentarier gestern berichteten, werden dagegen größere Durchsetzungschancen in der parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfes gegeben. So plädiert die FDP dafür, bei der Ausdehnung der Steuerermäßigung für kleine Unternehmen, die vermögenswirksame Leistungen für ihre Arbeitnehmer erbringen (bisher nicht mehr als 50, in Zukunft nicht mehr als 60 Arbeitnehmer), auch Schwerbehinderte bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl auszuklammern.

Die FDP will die Einkommensgrenzen, die laut Gesetzentwurf für alle Anlageformen gelten sollen, für Produktivkapitalbeteiligungen aufheben. Grüner bezeichnete diese Einkommensgrenzen als „grundsätzlich falsch". Man brauche den Besserverdienenden als „Schrittmacher" gerade für risikoreiche Anlagen.

Für die bei den Arbeitnehmerdarlehen erforderliche Insolvenzsicherung schlägt die FDP eine rein privatwirtschaftliche Lösung vor. Grünbeck meinte, es könne nicht zwei Kapitalarten geben: eine mit und eine ohne Risiko. Angesichts der steuerlichen Vergünstigungen sei dem Anleger diese Absicherung zuzumuten.

Ferner sollten nach Meinung der FDP die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungsvorschriften bei Arbeitnehmerdarlehen, stillen Beteiligungen und Mitarbeiterguthaben aufgehoben werden. Hier handele es sich um Lohn- und Gehaltsbestandteile, die, würden sie bar ausgezahlt, auch nicht in die Berechnung der Gewerbeertragsteuer eingingen.

Die Bundesregierung soll auf Antrag der FDP-Fraktion prüfen, wie die steuertechnischen Hindernisse überwunden werden können, die zur Zeit einer Einbeziehung der GmbH-Anteile in den Anlagekatalog entgegenstehen. Die FDP ist zuversichtlich, daß sich die Bewertungsschwierigkeiten bewältigen lassen.

Den rund 800 Betrieben mit eigenen Kapitalbeteiligungsmodellen soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Bestimmungen rückwirkend für 1984 den Bestimmungen des noch in diesem Jahr zu verabschiedenden Vermögensbeteiligungsgesetzes anzupassen.

Mit dem Rücken zur Wand

Von HEINZ HILDEBRANDT

Die Bilanzen der Werkzeugmaschinenhersteller haben so etwas wie eine Barometer-Funktion. An ihnen läßt sich nämlich sehr deutlich ablesen, wie es mit der Investitionsbereitschaft in der Wirtschaft steht, was wiederum Rückschlüsse auf die Entwicklung der Gesamtwetterlage zuläßt. Daß die Schönwetterperiode beendet ist, wiesen schon die Ergebnisse von 1981 aus, als der Produktionswert an Werkzeugmaschinen weltweit erstmalig stagnierte. Inzwischen zeig das Bilanz-Barometer jedoch eindeutig ein Tief an, denn 1982 sank dieser Produktionswert von 26 auf 22,7 Milliarden Dollar.

Betroffen davon waren alle Hersteller, auch die großen vier: Japan, die USA, die Bundesrepublik und die Sowjetunion. Ihr Anteil an der Weltproduktion beträgt 61 Prozent; sie sind mit 59 Prozent am Verbrauch beteiligt. Dabei hat es eine durchaus spektakuläre Verschiebung in der Rangfolge gegeben. Japan, im Vorjahr noch die Nummer zwei, hat sich auf den ersten Platz setzen können, knapp vor den USA, die diese Position noch im Vorjahr hielten.

Die Bundesrepublik, schon 1981 von Japan überflügelt, nimmt weiterhin den dritten Rang ein, unangefochten vor der Sowjetunion. Daß die Bäume aber auch nicht beim Aufsteiger Japan in den Himmel wachsen, zeigen die erheblichen Umsatzeinbrüche an, die der fernöstliche Hersteller im zweiten Halbjahr 1982 zu verzeichnen hatte. Hier gingen die Inlandsumsätze um 14 Prozent, die Exporterlöse sogar um 25 Prozent zurück.

Die Entwicklung der Werkzeugmaschinenindustrie in der Bundesrepublik spiegelt die weltweit zu beobachtenden Tendenzen nahezu in allen Details wider. Der Höhepunkt der Produktion, 1981 mit 10,3 Milliarden Mark ausgewiesen, ist überschritten; dieser Wert ging 1982 auf 9,8 Milliarden Mark zurück. Nominell war das zwar nur ein Minus von 5 Prozent, real jedoch 11 Prozent.

Überdurchschnittlich sank dabei der Inlandumsatz, und zwar von 6,7 auf 6,3 Milliarden Mark, was real einen Rückgang von 13 Prozent bedeutet. Nicht ganz so hoch waren die Exporteinbußen. Da hier die Umsätze nahezu bei 3,5 Milliarden Mark gehalten werden konnten, gab es nur ein reales Minus von 7 Prozent. Gleichzeitig gingen jedoch auch die Importe zurück, von 1,8 auf 1,5 Milliarden Mark und somit real um beachtliche 20 Prozent – ein nicht zu übersehender Hinweis auf die Nachfrageschwäche des deutschen Marktes.

Daß es sich dabei nicht nur um eine vorübergehende Entwicklung handelte, ist am Auftragseingang abzulesen. Dieser ging bereits 1981 zurück, eine Tendenz, die sich 1982 fortsetzte, denn die Aufträge aus dem Ausland sanken nochmals real um 17 Prozent, konkret von 5,2 auf 4,6 Milliarden Mark. Für einen gewissen Ausgleich sorgte die Auftragssteigerung aus dem Inland von 4,2 auf 4,5 Milliarden Mark. Aber dieser bescheidene Zuwachs war nicht mehr als ein Strohfeuer; er wurde vor allem zum Jahresende erzielt, fast ausschließlich als Folge der auslaufenden Investitionszulage.

Unter den ausländischen Abnehmern rangierte auch 1982 die Sowjetunion auf dem ersten Platz, mit einem Anteil von gut zehn Prozent ein stabiler Markt, jedoch ohne aus dem Rahmen fallende Großaufträge. Nicht so problemlos war Frankreich, der zweitgrößte Abnehmer. Hier drosselte die wirtschaftliche Situation die Nachfrage, was auch für Italien gilt. Erfreulich mit leichtem Umsatzplus entwickelte sich der britische Markt, und auch bei den USA gab es kaum Einbußen.

Auf allen anderen überseeischen Märkten, Südafrika beispielsweise und besonders im pazifischen Raum, wurde Boden an die Japaner verloren, wobei der Wettbewerb zumeist über den Preis entschieden wurde und nicht durch bessere technische Leistungen. Diese Wettbewerbssituation hält auch gegenwärtig an.

In Südamerika und in den Ostblockstaaten behindern Finanzierungsschwierigkeiten die Nachfrage, in den Ölstaaten ging die Kaufkraft zurück, so daß sich die deutschen Anbieter vor allem auf die westlichen Industriestaaten und die USA konzentrieren. Belebung kann aber auch hier nur eine nachhaltige Verbesserung der Konjunktur bringen. Diese ist aber vorerst weder in Sicht noch wird sie von den realistischen deutschen Werkzeugmaschinenherstellern für die nähere Zukunft erwartet. Das gilt ganz besonders auch für die Nachfrage aus dem Inland.

So wird denn dieser Industriezweig, der derzeit noch nahezu 100 000 Mitarbeiter beschäftigt, weiterhin seine Kapazitäten der geringer gewordenen Nachfrage anpassen müssen. Daß man bei der technologischen Weiterentwicklung mithalten kann, steht außer Frage: Gefahren liegen nach wie vor mehr auf der Kostenseite.

AUF EIN WORT



„Subventionen lösen die in vielen Ländern bestehenden Probleme der Papierindustrie nicht. Der Zustand der europäischen Stahlindustrie sollte uns ein warnendes Beispiel sein. Subventionen machen süchtig. Vor allem aber geht von ihnen eine Ansteckungsgefahr für gesunde Unternehmen aus."

Dr. Hartwig Geginat, Vorstandsvorsitzender der Feldmühle AG, Düsseldorf. FOTO: STUDIO DAMM

Bund erhöht Rendite

dpa/VWD, Frankfurt

Das Bundesfinanzministerium erhöht die Rendite für die fünfjährige Bundesobligation mit Wirkung von heute auf acht (7,85) Prozent. Wie die Deutsche Bundesbank am Dienstag mitteilte, wird bei dieser Daueremission mit acht Prozent Nominalzins der Ausgabekurs auf 100 (100,60) Prozent zurückgenommen, wodurch sich die Rendite von acht Prozent ergibt.

Marktbeobachter sehen in dieser Renditeerhöhung eine Anpassung an den jüngsten Kursrückgang auf dem Rentenmarkt, aber auch eine Vorbereitung auf die Ausstattung der neuen Bundesanleihe am Mittwoch. Hier wird zumindest ein Nominalzins von 8,25 Prozent erwartet.

GEMEINDEFINANZEN

Mehreinnahmen durch Bonner Steuerbeschlüsse

CHRISTIAN SCHÜTTE, Bonn

Die Gemeinden in der Bundesrepublik profitieren per saldo von den steuerpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung. Dies ist jedenfalls die Einschätzung, die Finanzstaatssekretär Friedrich Voss (CSU) auf Fragen des SPD-Bundestagsabgeordneten Joachim Poss gegeben hat. Danach führt eine Gegenüberstellung aller direkten und indirekten Be- und Entlastungswirkungen zu einem positiven Saldo von schätzungsweise 1,22 Milliarden 1984 und 1,54 Milliarden Mark 1985.

Durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 und die geplanten Maßnahmen zur Vermögensbildung betragen die direkten und indirekten Steuermindereinnahmen der Gemeinden in den beiden kommenden Jahren 543 und 948 Millionen Mark. In der nach Bundesländern aufgeschlüsselten Schätzung schneiden Nordrhein-Westfalen (167 und 280) und Baden-Württemberg (95 und 154 Millionen Mark) am schlechtesten ab. Eine grobe Schätzung können diese Zahlen nur deshalb sein, weil – so Voss – „die Entlastungsmaßnahmen vor allem auf die Betriebsvermögen zielen, die in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedliche Anteile an der als Regionalisierungsschlüssel verwendeten Gesamtbemessungsgrenze der Vermögensteuer haben können".

Die Summe der indirekten Steuermehreinnahmen der Gemeinden schätzt Bonn auf 286 Millionen 1984 und 304 Millionen Mark 1985. Hinzu kommen Mehreinnahmen aus dem zugesagten Bundesausgleich über die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder um einen Prozentpunkt (entspricht etwa 1,1 bis 1,2 Milliarden Mark) für 1984 und 1985. Daneben bringen die Bonner Haushaltsbeschlüsse 1984 auch „erhebliche Entlastungen" für die Gemeinden, vor allem bei den Personalausgaben.

ÖL- UND GASAUSRÜSTUNGEN

Werden Exporte in die UdSSR wieder freigegeben?

rtr, New York

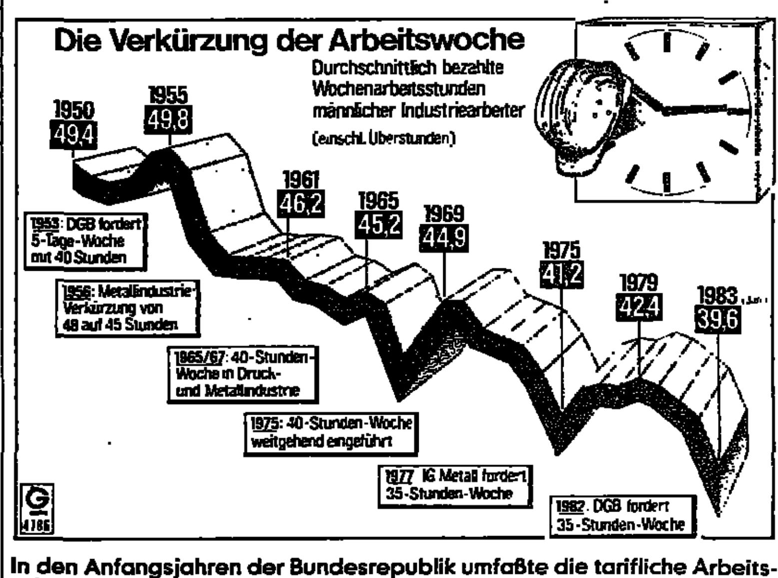
US-Außenminister Shultz und Handelsminister Malcolm Baldrige haben Präsident Reagan nach Angaben der „New York Times" aufgefordert, die Beschränkungen beim Export amerikanischer Öl- und Gasausrüstungen in die Sowjetunion aufzuheben oder abzumildern. Die „New York Times" berief sich auf Regierungsbeamte. Der Vorschlag sei Reagan Ende vergangener Woche unterbreitet worden, und er werde ihn voraussichtlich – zumindest teilweise – annehmen, berichtet das Blatt.

Shultz und Baldrige hätten vorgeschlagen, Exportbeschränkungen für diese Ausrüstungen entweder völlig zu beseitigen oder so zu modifizieren, daß der Verkauf von Rohrlegern, die die Sowjetunion zum Bau der sibirischen Erdgas-Pipeline erwerben wollte, ermöglicht wird. Laut „New York Times" ist die Sowjetunion in diesem Jahr am Kauf von 200 Rohrlegern des US-Unternehmens Caterpillar Tractor Co. interessiert. Dem Bericht zufolge rechnen Beamte damit, daß Reagan die Beschränkungen für Rohrleger mildert, nicht jedoch für andere Ausrüstungen wie etwa Elektronenstrahl-Schweißgeräte oder bestimmte Bohrausrüstungen.

Weiter schreibt die „Times", US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger habe sich gegen den Vorschlag ausgesprochen. Auch Beamte des Außenministeriums stünden dem Plan ablehnend gegenüber, weil sie den Zeitpunkt für ungünstig hielten, heißt es weiter. Eine offizielle Stellungnahme zu dem Bericht blieb zunächst aus.

Am vergangenen Donnerstag hatten die USA und die Sowjetunion ein neues langfristiges Getreideabkommen angekündigt. Dieses sieht vor, daß die Sowjetunion ihre jährlichen Mindestkäufe von US-Getreide in den nächsten fünf Jahren um 50 Prozent steigert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In den Anfangsjahren der Bundesrepublik umfaßte die tarifliche Arbeitszeit 48 Stunden, tatsächlich arbeiteten Industriearbeiter im Durchschnitt mehr als eine Stunde länger. Bis sich die 1953 erstmals vom DGB geforderte Fünf-Tage-Woche mit täglich achtstündiger Arbeitszeit überall durchgesetzt hatte, dauerte es mehr als zwei Jahrzehnte. Aber auch in den letzten Jahren wurde aufgrund von Überstunden mehr als 40 Stunden wöchentlich gearbeitet. QUELLE: GLOBUS

„An Arbeitszeitverkürzung führt kein Weg vorbei"

Dortmund (dpa) – An der Verkürzung der Arbeitszeit führt nach Ansicht von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) „kein Weg vorbei", wenn die zur Verfügung stehende Arbeit gerecht verteilt werden soll. Arbeitszeitverkürzung sei ebenso wie Teilzeitarbeit, Flexibilisierung der Arbeitszeit und ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben eine Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Arbeitsplätzen, sagte der Minister bei der Einführung des neuen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, Wolfram Jeiter, in Dortmund.

Kosten verdreifacht

Bonn (HH) – Für die Verkabelung in der Bundesrepublik werden Tatsachen geschaffen, ohne daß zuvor eine umfassende Aufklärung über die Kosten für die Bürger sowie über die Problematik der Umlage auf die Mieten stattfindet. Diese Befürchtungen haben die wohnungswirtschaftlichen Spitzenverbände in einem gemeinsamen Schreiben an Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) zum Ausdruck gebracht. Durch die Änderung der Gebührenordnung würden die mit dem Betrieb von Kabelfernsehen verbundenen Kosten je Wohnung von derzeit etwa 5,40 Mark auf demnächst 16,34 Mark und bei Abnahme eines Zusatzprogramms auf 19,34 Mark je Wohneinheit ansteigen.

Ohne Mangelklausel

Washington (AFP) – Das neue amerikanisch-sowjetische Getreideabkommen wird im Gegensatz zum bisherigen Vertrag keine Klausel enthalten, die Washington im Falle von Weizen- oder Maismangel im eigenen Land eine Drosselung oder Unterbrechung der Lieferungen an die Sowjetunion erlaubt. Dieser wichtige Punkt des in der vergangenen Woche in Wien abgeschlossenen Fünfjahresvertrages wurde vor dem Agrarausschuß des Senats von den beiden amerikanischen Verhandlungsteilnehmern enthüllt.

Neues Abkommen mit Uruguay

New York (dpa/VWD) – Uruguay hat mit 80 ausländischen Gläubigerbanken ein neues Umschuldungs- und Kreditabkommen vereinbart. Es sieht Neukredite von 240 Millionen Dollar und eine Umschuldung von 629 Millionen Dollar für sechs Jahre vor. Für die Rückzahlung der ursprünglich bis Ende 1984 fälligen Schulden erhält das Land zwei Jahre Frist, in der nur Zinsen gezahlt werden müssen. Das lateinamerikanische Land hat vier Milliarden Dollar Auslandsschulden.

Industrieproduktion gestiegen

Brüssel (dpa/VWD) – Die Industrieproduktion in der EG ist im Mai im vierten aufeinanderfolgenden Monat leicht gestiegen. Das Ergebnis liegt aber noch deutlich unter dem Vorjahresniveau. Nach Angaben des statistischen Amtes der EG erreichte der Index im Mai 114,5 Punkte, 2,8 Prozent weniger als im Mai 1982.

Hitze lähmte Kauflust

Bonn (HH) – Der Hitzerekord lähmte die Kauflust der Verbraucher nach einem vielversprechenden Start am ersten Tag des Sommerschlußverkaufs. Trotz Preisabschlägen zwischen 30 und 60 Prozent prüfen die Verbraucher kritisch die Qualität der Ware, schreibt die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Der Handel setzt jetzt bei langsam sinkenden Temperaturen auf ein günstigeres Ergebnis in der zweiten Hälfte, zumal noch genügend Ware vorhanden sei.

EG-Hilfe für Griechenland

Brüssel (rtr) – Die EG-Kommission hat Hilfsprogramme für Griechenland über mehr als 100 Millionen Dollar angekündigt. Damit soll die soziale Entwicklung in dem Mittelmeerstaat gefördert werden. Allein 60 Millionen Ecu (137 Millionen Mark) soll Griechenland für die Finanzierung von Ausbildungsprogrammen erhalten. Die EG-Förderung soll ab 1984 über fünf Jahre laufen.

Airport-Expreß bleibt

Bonn (HH) – Der Lufthansa-Airport-Expreß bleibt Zubringer für die Flughäfen Frankfurt und Düsseldorf mindestens bis Ende März nächsten Jahres, hat die Deutsche Bundesbahn jetzt bestätigt. Damit werde er das zwischen Lufthansa und Bundesbahn vereinbarte zweite Testjahr „ohne Einschränkung durchlaufen", heißt es. Die elektrischen Schnelltriebwagen fahren viermal täglich in jeder Richtung zwischen Düsseldorf und Frankfurt.

CARL-DUISBERG-GESELLSCHAFT

Auslandsaustausch für junge Berufstätige vorgeschlagen

H. G. STÜWE, Bonn

Die Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG), Köln, möchte die für Studenten und Akademiker bestehenden Auslandsaustauschprogramme ergänzen und auch jungen Arbeitnehmern eine berufsbezogene Fortbildung im Ausland ermöglichen. In ein solches Programm sollten, wie das geschäftsführende Vorstandsmitglied Rudolf Schuster erklärte, auch Arbeitslose einbezogen werden. Für Auszubildende im Alter von 16 bis 25 Jahren denkt die CDG beispielsweise an einen Auslandsaufenthalt von sechs Wochen, der – in den Ausbildungsgang integriert – betriebliche Praktika und Schulbesuch beinhalten sollte. Für entsprechende Modellprogramme hofft die CDG auf die finanzielle Unterstützung des Bundes.

Im vergangenen Jahr betreute die CDG, die finanziell zu über 90 Prozent von der öffentlichen Hand getragen wird, insgesamt 9500 Fortbildungsgäste, von denen zwei Drittel aus dem nichteuropäischen Raum kamen. Für die Bildungsmaßnahmen der CDG blieb die weltweite Konjunkturschwäche nicht ohne Folgen. Die Teilnehmerzahlen an den Fortbildungsprogrammen gingen überwiegend zurück. Zum anderen „fiel es zunehmend schwer, Praktikantenplätze in der Wirtschaft zu vermitteln" (Schuster).

Trotz dieser Schwierigkeiten wurden 1982 neue Programme angeboten, beispielsweise Arbeits- und Studienaufenthalte für deutsche Studenten in der Dritten Welt. Das große Interesse an Auslandsaufenthalten gerade auch bei Berufstätigen sehen die CDG-Experten als Beweis dafür, daß von einer Auslandsmüdigkeit der jungen Deutschen nicht die Rede sein könne.

EG / Olivenbauern erschwindeln Beihilfen von mehreren 100 Millionen Mark

Viele Bäume blühen nur auf dem Papier

WILHELM HADLER, Brüssel

Lange Zeit hat die EG-Kommission die Betrügereien heruntergespielt, die seit der Berechnung der Erzeugerbeihilfen für italienisches Olivenöl entstanden sind. Nachdem ein vertraulicher Expertenbericht in die Öffentlichkeit gelangt ist, gibt sie jetzt „gewisse Schwächen beim Funktionieren des gegenwärtigen Kontrollsystems" zu.

Der Bericht, der vor allem in der britischen Presse Aufsehen erregt hatte, bestätigt, daß in großem Umfang Beihilfen für Olivenbäume beansprucht sind, die nur auf dem Papier bestanden. Allein im vergangenen Jahr sollen der EG-Kasse dadurch mehrere 100 Millionen DM Schaden entstanden sein.

So haben die italienischen Behörden 1982 Anträge auf Erzeugersubventionen für 800 000 Tonnen Öl gestellt, gleichzeitig jedoch nur über den Verbrauch und Export von 450 000 Tonnen Auskunft geben können. Als die EG-Behörde ein Team von Kontrolleuren schickte, korrigierten die Ölbauern ihre Angaben plötzlich auf 650 000 Tonnen. Noch immer fehlt also der Verbleib von rund 200 000 Tonnen, für die eine Beihilfe von 0,56 Ecu je Liter beansprucht wird (ein Ecu entspricht gegenwärtig 2,27 DM).

Der Sachverständigen-Bericht macht deutlich, daß es bisher praktisch unmöglich ist, eine genaue Übersicht über die erzeugten Mengen zu bekommen. Tatsächlich gibt es nämlich in Italien eine Million Olivenbauern, an die 200 Millionen Bäume und etwa 8000 Ölmühlen. Die Bauern sind in vier Erzeugerorganisationen gruppiert, die miteinander im Wettbewerb stehen. Die Prüfer kommen zu dem Schluß, daß die Genossenschaften ihren von der Regierung übertragenen Kontrollaufgaben nur unzureichend nachkommen. „Was hauptsächlich fehlt, ist die effektive Anwendung (der Bestimmungen), *die nicht nur in der* Nachprüfung von Formalitäten bestehen sollte." Vor allem gebe es keinerlei Nachprüfung der Angaben über die Zahl der Ölbäume.

Um Abhilfe zu schaffen, hat die Kommission jetzt ein wirksameres Kontrollsystem vorgeschlagen. Danach soll in Italien und Griechenland auf Gemeinschaftskosten ein unabhängiger Expertenstab gegründet werden, der für regelmäßige Stichproben bei den Genossenschaften sorgt. Erstmals regt die Kommission auch ein System gemeinschaftlicher Strafen für Betrugsfälle an.

Die von den Brüsseler Experten aufgemachte Rechnung ist einfach, aber für die betroffenen Regierungen vermutlich nicht leicht zu akzeptieren: 80 Beamte, so schreiben sie in ihrem Bericht, könnten jährlich 1200 Ölmühlen kontrollieren. Allein die Aufdeckung von 15 Prozent der bisherigen Betrugsfälle würde ihren Job für die Steuerzah*ler mehr* als bezahlt machen.

ÄGYPTEN / Eine Fülle subventionierter Preise

Deviseneinnahmen schrumpften

PETER M. RANKE, Kairo

Trotz einer geringfügigen Erhöhung des Rohöl-Export-Preises um 0,25 bis 0,50 Dollar pro Barrel auf höchstens 28,25 Dollar pro Barrel wird Ägypten im Finanzjahr 1983/84, das am 1. Juli begann, rund 500 Millionen Dollar weniger aus seiner Erdöl-Produktion einnehmen, schätzt Ölminister Hilal. Er erwartet Einnahmen von 1,8 Milliarden Dollar. Die Produktion soll auf 48 Millionen Tonnen nach 40 Millionen Tonnen 1982/83 gesteigert werden.

Das Mißverhältnis zwischen Produktionssteigerung und Einnahmeverlusten wird nicht nur durch die internationale Ölschwemme verursacht, sondern vor allem durch die subventionierten Öl- und Benzin-Preise und den steigenden Eigenbedarf in Ägypten. Von der täglichen Förderung von 700 000 Barrel gehen rund 45 Prozent in den Eigenverbrauch.

Trotz der Warnungen internationaler Experten ist die Regierung bisher nicht bereit, die Energie-Preise für Öl, Benzin, Elektrizität und Gas zu erhöhen. Im Durchschnitt betragen sie nur ein Fünftel des Weltmarkt-Preises, aber die Regierung glaubt, nicht auf die indirekte Subvention verzichten zu können, weil sie sonst innere Unruhen befürchtet.

Zwar wurde der Zoll auf importierte Pkw auf 165 bis 180 Prozent des Listenpreises erhöht, auch die Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden um rund 400 Millionen Dollar auf 2,08 Milliarden Dollar (17 Prozent) gesenkt, aber Fachleute klagen: Die Subsidien sind noch immer zu hoch. Solange der enorme Bevölkerungszuwachs (jetzt 45 Millionen Ägypter) anhält, solange die Staatswirtschaft viel zu hohe Kosten hat und praktisch ebenfalls subventioniert wird und solange die Landwirtschaft stagniert und höchstens 40 Prozent des Eigenverbrauchs produziert, kann Ägypten wirtschaftlich nicht vorankommen.

Negativ fällt ins Gewicht, daß die Devisen-Einnahmen aus dem Fremdenverkehr wegen der hohen Preise in Ägypten und wegen des Schwarzumtauschs der Touristen zurückgehen, 1982 um 13 Prozent. Die Zahl der Touristen hat zwar leicht zugenommen, aber die Höhe ihrer Ausgaben und die Aufenthaltsdauer nehmen ab. Der Tourismus brachte 1982/83 Devisen-Einnahmen von 853 Millionen Dollar.

Das Devisenloch in der Zahlungsbilanz wird für das Finanzjahr 1983/84 daher auf mindestens 2,4 Milliarden Dollar geschätzt. Das liegt nicht zuletzt an den um 22 Prozent erhöhten Rüstungsausgaben, von 1,49 Milliarden Dollar auf 2,13 Milliarden. Da die Gesamtverschuldung bei 16 Milliarden Dollar liegt, halten es Fachleute für wahrscheinlich, daß Ägypten trotz mittel- und langfristiger Kredite in den Kreis der „Umschuldner" aufgenommen werden muß. (SAD)

FRANKREICH / Stromverbrauch bleibt hinter den Kraftwerkskapazitäten zurück

Paris empfiehlt „aktive" Tarifpolitik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die erneute Kürzung des französischen Kernenergieprogramms durch die sozialistische Regierung ist von den Oppositionsparteien als Rückschritt auf dem Wege zur Verminderung der Ölimportabhängigkeit des Landes kritisiert worden. Andererseits hält man in Kreisen der Regierungsparteien das Programm immer noch für zu ehrgeizig. Angesichts des schwachen Stromverbrauchs könnte es zu sehr kostspieligen nuklearen Überkapazitäten kommen.

Die Regierung selbst ist sich dieser Gefahr bewußt. Unter Berücksichtigung der fünf Kernkraftwerksblöcke von je 1300 MN Leistung, zu deren Bestellung die Electricité de France (EDF) jetzt ermächtigt worden ist – dabei je zwei 1983 und 1984 und (zunächst) eins 1985 – würden sämtliche Kraftwerke Frankreichs im Jahre 1990 über eine Produktionskapazität von 420 Milliarden kWh verfügen. Gegenwärtig ist an ihrer Stromproduktion die Kernenergie mit 44 Prozent beteiligt.

Andererseits erwartet man, daß sich der französische Stromverbrauch von 260 Milliarden kWh 1982 auf 320 bis 340 Milliarden kWh 1990 erhöht. Danach verblieben Überkapazitäten von 100 bis 120 Milliarden kWh. Hierbei ist ein mäßiges Wirtschaftswachstum von um die 2 Prozent jahresdurchschnittlich unterstellt – eine Hypothese, die von der Regierung als zu pessimistisch angesehen wird. Außerdem weist man beim Energieministerium darauf hin, daß die Kernkraftwerkskapazitäten wegen des Austauschs von nuklearen Brennelementen und der oft langwierigen technischen Revisionen niemals voll zur Verfügung stehen.

Um dem Entstehen von Überkapazitäten entgegenzuwirken, soll die EDF die Stillegung ihrer alten thermischen Kraftwerke beschleunigen. Sie hatte bereits kürzlich beschlossen, bis 1985 insgesamt 26 kleinere öl- und kohlebefeuerte Kraftwerke mit einer Leistung von zusammen 3000 MW, die vor 25 bis 30 Jahren in Dienst gestellt wurden, abzureißen oder einzumotten. Dadurch wird die Kapazität von zwei neuen Kernkraftwerksblökken kompensiert.

Vor allem aber hat die Regierung des EDF zur Entwicklung des industriellen Stromverbrauchs eine „aktive Handels- und Tarifpolitik" empfohlen. Zu diesem Zweck soll sich das hochverschuldete Staatsunternehmen an der Finanzierung entsprechender industrieller Investitionen beteiligen und langfristige Lieferverträge (zu Vorzugsbedingungen) abschließen. Ein derartiger Vertrag wurde kürzlich bereits mit dem französischen Aluminium-Produzenten Pechiney (PUK) getroffen. Die Gesellschaft erhält jährlich 5 Milliarden kWh – das ist die Hälfte ihres Verbrauchs – zu geheimgehaltenen Bedingungen, die Gerüchten zufolge unter dem Kostenpreis der EDF liegen sollen.

Auch soll die EDF den Stromverbrauch der privaten Haushalte dadurch fördern, daß sie sich an der Entwicklung einer nationalen Industrie für elektrische Haushaltsgeräte beteiligt – mit dem Nebenziel, die in diesem Sektor sehr bedeutenden Importe zu begrenzen. Diese Initiative steht allerdings im Widerspruch zum französischen Energiesparprogramm.

Durch diese beiden Aktionen verspricht sich die Regierung einen zusätzlichen Stromverbrauch, der 1990 rund 50 Milliarden kWh erreichen könnte. Die danach noch bestehenden Überkapazitäten (theoretisch 50 bis 70 Milliarden kWh) sollen durch eine Verstärkung der französischen Stromexporte abgebaut werden. Das waren 13,3 Milliarden kWh 1982, denen 9,5 Milliarden kWh Stromimporte gegenüberstanden. Angestrebt wird eine Erhöhung des Exportüberschusses von 3,8 auf rund 10 Milliarden kWh.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll die EDF eine „aggressive" Exportpreispolitik betreiben, durch die aber der inländische Verbraucher nicht benachteiligt werden dürfe. Zusätzliche Lieferungen verspricht man sich insbesondere in die Bundesrepublik, die Schweiz, nach Holland und nach Großbritannien, wohin gegenwärtig das erste französische Stromleitungskabel verlegt wird.

GROSSBRITANNIEN / Umfrage des Industrieverbands

Investitionsneigung wächst

WILHELM FURLER, London

In der britischen Wirtschaft nimmt der Optimismus über die Konjunkturentwicklung weiterhin zu. Das machen die Ergebnisse der jüngsten Quartalsumfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1600 Mitgliedsunternehmen deutlich. Diese Umfragen gelten als zuverlässigstes Konjunktur-Barometer in Großbritannien.

Sowohl Nachfrage als auch Produktion in der verarbeitenden Industrie haben auch im zweiten Quartal dieses Jahres angezogen. Mit einer Verbesserung wird der Umfrage zufolge auch für die kommenden vier Monate gerechnet. Getrübt wird das Umfrageergebnis allerdings durch die Tatsache, daß sich die Lageverbesserung noch nicht auf alle Bereiche der britischen Industrie ausgedehnt hat und daß der Optimismus im Exportbereich einen gewissen Rückschlag erlitten hat.

So wächst die Zahl der Unternehmen, die mit einer Beschränkung der Auftragseingänge aus dem Ausland aufgrund zu hoher Preise rechnen. Nach Angaben des CBI dürfte hinter dieser Befürchtung der Anstieg des Pfundkurses seit der letzten Quartals-Umfrage im April stehen. Zwischen Anfang April und heute hat das Pfund gegenüber der D-Mark von weniger als 3,70 auf 4,03 DM angezogen.

In seinem Kommentar zu dem jüngsten Umfrageergebnis betont der stellvertretende CBI-Präsident Sir James Cleminson, er sei durch den wachsenden Optimismus ermutigt; die Ergebnisse bestätigten, daß sich die Konjunkturerholung aus einem allerdings sehr tiefen Tal heraus unbestreitbar fortsetze. Er verwies aber auch darauf, daß der Aufschwung noch nicht alle Bereiche der verarbeitenden Industrie erreicht habe. So hat die Kapitalgüter-Branche bislang kaum eine Lage-Verbesserung erfahren.

Insgesamt ist die Kapazitätsauslastung bei den befragten Unternehmen auf ihr höchstes Niveau seit Anfang 1980 gestiegen. Elf Prozent berichten von zu geringen Produktions-Kapazitäten. Die Investitionsneigung hat sich weiter verstärkt.

FORMULARE / Kritik vom Bund der Steuerzahler

Eigenen Entwurf vorgestellt

HEINZ HECK, Bonn

Der Bund der Steuerzahler ist überzeugt, daß die Ministerialbürokratie unfähig ist, bürgerfreundliche Steuerformulare zu erstellen. Er hat daher einen eigenen Entwurf für das Formular der Einkommensteuererklärung und des Antrags auf Lohnsteuerjahresausgleich (den sogenannten Mantelbogen) erarbeitet. Damit will der Verein, wie sein Präsident Armin Feit vor Journalisten erläuterte, „den Anstoß für die durchgreifende Vereinfachung der Steuerformulare geben, die trotz wiederholter Veränderungen am Formular immer noch aussteht".

Die wichtigsten Änderungen, die der Bund der Steuerzahler gegenüber dem amtlichen Formular eingeführt hat, sind die Verringerung der Kennziffern von 43 auf fünf und der Verarbeitungsfelder der Verwaltung auf ein Minimum, eine übersichtlichere und praktikablere Anordnung der verbleibenden Kennzahlen und der Verarbeitungsfelder, sowie eine verbesserte Ordnung der einzelnen Formularteile und stärkere Abgrenzung dieser Bereiche.

Der Bund der Steuerzahler weist auf die Notwendigkeit für eine Verbesserung des Formularwesens auch mit folgender Begründung hin: Eine auf Veranlassung des Finanzministeriums vom Sinus-Institut angestellte Untersuchung ergab, daß für die Mehrzahl der Befragten (86 Prozent) die Formulare den „Eindruck der Unübersichtlichkeit und des Durcheinanders" vermittelten. Die meisten der Befragten (63 Prozent) waren auch der Meinung, daß die Sprache der Formulare „nicht verständlich ist".

Konkurs nach Bilanzfälschungen

JB. Hamburg

Die Firma „Fördertechnik Hamburg" Harry Lässig, Schenefeld bei Hamburg, hat Konkurs angemeldet. Die Rettung des Unternehmens, das der ideenreiche Elektroingenieur Harry Lässig 1957 gegründet hatte, war gescheitert, nachdem Übernahme-Interessenten abgesprungen sind.

Entscheidend dürften in diesem Zusammenhang Bilanzfälschungen gewesen sein, die erst in letzter Minute aufgedeckt worden sind. Statt des für 1982 ausgewiesenen Gewinns von 1 Mill. DM erlitt das Unternehmen 4 Mill. DM Verlust. Nach Aufdeckung der Bilanzmanipulationen hatte der Firmengründer den geschäftsführenden Gesellschafter, seinen Sohn Arndt Lässig, und den für Finanzen zuständigen Geschäftsführer Dietrich Schwarz entlassen.

Westeuropa steigert Ölförderung

dpa/VWD, Hamburg

Die Rohölförderung der Welt verminderte sich im ersten Halbjahr 1983 um rund vier Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 1,27 Milliarden Tonnen. Dieser Rückgang ist die Folge der gesunkenen Nachfrage und des drastischen Lagerabbaus. Die Reichweite der kommerziellen Lagerbestände wird in der internationalen Ölindustrie auf gegenwärtig nur noch zehn Tage geschätzt, verglichen mit bis zu 30 Tagen in der Vergangenheit. Die stärkste Produktionsdrosselung weist nach einer Statistik der amerikanischen Fachzeitschrift „Oil and Gas Journal" die Opec auf. Die Länder dieses Ölkartells förderten in den ersten sechs Monaten mit 380 Millionen Tonnen 18 Prozent weniger als im Vorjahr. Den größten Förderzuwachs verzeichnete Westeuropa, wo mit 81 Millionen Tonnen 15 Prozent mehr Öl gewonnen wurden als im letzten Halbjahr 1982.

Devisen nur für wichtige Importgüter

dpa/UPI, Brasilia

Die Regierung von Brasilien hat sämtliche privaten Wechselkursgeschäfte unterbunden, um das mit rund 90 Milliarden Dollar höchstverschuldete Land der Erde vor dem Bankrott zu bewahren. Auslandsgeschäfte dürfen künftig nur noch über die brasilianische Zentralbank und nicht mehr über private Geschäftsbanken abgewickelt werden. Finanzminister Ernano Galveas kündigte an, daß die von der brasilianischen Zentralbank gehaltenen Dollarreserven an erster Stelle für Ölimporte und die Einfuhr weiterer wichtiger Rohstoffe verwendet werden sollen. Auch seien Befürchtungen unbegründet, daß wegen dieser „vorläufigen" Maßnahme ausländische Banken ihre verzinslichen Guthaben vom brasilianischen Bankenplatz abziehen.

Nach Angaben von Galveas sollen mit den bei der Zentralbank gehaltenen Devisen auch ausländische Zahlungsanweisungen und Dienstleistungen beglichen sowie militärische Ausrüstung, Maschinen, Bücher, Druckpapier und Medikamente gekauft werden. Ein monatelanger Zahlungsverzug bei weniger wichtigen Importen und Gewinnabführung und Dividendenzahlung von international tätigen brasilianischen Unternehmen wird jedoch von Experten befürchtet.

Zusammenarbeit beim Öl vereinbart

rtr. Puerto La Cruz

Die Energieminister der lateinamerikanischen Ölförderstaaten Mexiko, Venezuela, Ecuador, Trinidad und Tobago haben sich nach eigenen Angaben auf eine Zusammenarbeit zur Förderung der Ölindustrie in ihren Ländern verständigt. Die Minister vereinbarten, sich gegenseitig über Stand und Entwicklung ihrer Ölindustrien und die Lage auf dem Weltmarkt zu informieren.

Belgien legt für 1984 Etatentwurf vor

AP, Brüssel

Der vom belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens für 1984 vorgelegte Haushaltsentwurf übersteigt das Volumen des 83er Etats um 5,3 Prozent, wobei die Ausgaben im Sozialbereich um 135 Milliarden Franc gekürzt werden sollen. Demgegenüber will die Regierung ihre Ausgaben für Investitionen um zehn Prozent erhöhen. Der Ministerpräsident verwies darauf, daß die bisherigen Sparmaßnahmen der Regierung erfolgreich gewesen seien. Die belgischen Unternehmen seien wieder wettbewerbsfähig geworden.

UdSSR–ARGENTINIEN / Handel einseitig

Sowjetisches Defizit wächst

MANFRED NEUBER, Bonn

Die Sowjetunion, größter Abnehmer der Agrarüberschüsse Argentiniens, dringt in Buenos Aires darauf, daß die Argentinier mehr sowjetische Industriegüter kaufen und den Überschuß im bilateralen Handel abbauen.

Moskau nimmt in diesem Jahr rund 72 Prozent der zur Ausfuhr vorgesehenen Getreidemenge der Ernte 1982/83 ab. Nach den ersten Lieferungen reklamierten die Sowjets den geringen Protein-Gehalt des argentinischen Getreides.

Als die USA im Jahre 1980 ein Embargo gegen die Sowjetunion verhängten, schloß sich Argentinien diesem Schritt nicht an, sondern konnte sein Kontingent erheblich erhöhen. Seitdem blieb Moskau der wichtigste Handelspartner.

Auf der Basis hoher Weltmarktpreise 1980 wurde damals vereinbart, daß Argentinien fünf Jahre lang jährlich vier Millionen Tonnen Mais und Sorghum sowie 0,5 Millionen Tonnen Sojabohnen liefern soll. Dieselbe Laufzeit hat eine Vereinbarung über die Abnahme von jährlich mindestens 60 000 Tonnen Rindfleisch.

Während Argentinien im Jahre 1979 Agrarprodukte im Werte von 444,2 Millionen US-Dollar verschiffte, nahm es nur sowjetische Waren für 38,2 Millionen Dollar ab. Im folgenden Jahr öffnete sich die Schere in der Handelsbilanz noch weiter: 1,614 Milliarden Dollar zu 14 Millionen Dollar.

In dem Ausnahmejahr (des US-Embargos) lag also das Volumen der sowjetischen Aufträge um 110mal höher als der Wert der argentinischen Bestellungen. Auch 1981 betrug das Verhältnis noch 91:1. Für dieses Jahr wollen die Funktionäre des Moskauer Außenhandels eine Relation von 8:1 anstreben.

Bisher konnten die Sowjets nur schwere Ausrüstungen für den Bau von Wasserkraftwerken am La Plata absetzen, so 14 Turbinen für das argentinisch-uruguayische Gemeinschaftsprojekt Salto Grande. Der Auftrag belief sich auf 66,8 Millionen Dollar.

Sowjetische Angebote gingen auch für das Yacyretá- und das Paraná-Medio-Projekt ein. Vor dem Abschluß soll ein Kontrakt über eine sowjetische Beteiligung am Wasserkraftwerk Piedra del Aguila stehen, und zwar für zwei der vier Turbinen.

Für das argentinische Atomenergie-Programm lieferten die Sowjets fünf Tonnen Schweres Wasser, das bei dem KWU-Reaktor Atucha I benötigt wird, und halfen bei der Herstellung von Zirkalloy-Stäben für die Wiederaufbereitungsanlage in Ezeiza.

Beide Staaten gestanden sich schon im Handelsabkommen von 1971 die Meistbegünstigung zu. Ein Vertrag über die wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten wurde 1974 abgeschlossen. Eine gemeinsame Kommission berät über Kooperation der Industrie, Landwirtschaft, der Fischerei und dem Schiffbau.

Im selben Jahr wurde ein Austausch von Informationen über neue Technologien vereinbart. Es folgten Abkommen über die Doppelbesteuerung, den Fischfang und die Schiffahrt. Das letztere sieht vor, daß beide Länder je zur Hälfte am Transport des bilateralen Warenverkehrs beteiligt werden. Wenn ein Partner seine Quote nicht ausnutzt, hat der andere das Vorrecht vor dritten Flaggen.

DEUTSCHER PAKET DIENST

Privater Versand gefragt

JAN BRECH, Hamburg

Die 1976 gegründete Deutsche Paket Dienst GmbH (DPD), in der sich 17 namhafte deutsche Speditionen zusammengeschlossen haben, befindet sich zur Zeit in einer starken Phase der Expansion. Nach Angaben des Aufsichtsratsvorsitzenden Joachim Hellmann und des Geschäftsführers Dieter Seegers-Krückeberg sind von der Organisation im vergangenen Jahr 13,5 Mill. Pakete befördert worden; das Aufkommen werde in diesem Jahr fast 20 Mill. Stück erreichen.

Das Wachstum begründet Hellmann damit, daß sich die privaten Paketdienste einen neuen Markt geschaffen hätten. Aufgrund ihres Angebots habe sich das Bestellverhalten der gewerblichen Versender geändert. Von der Post, mit der man preislich kaum konkurrieren könne, sei dagegen nur ein kleiner Teil abgezweigt worden.

Von dem gesamten deutschen Paketaufkommen dürfte die Post rund 270 Mill. Einheiten befördern, die privaten Dienste wie United Parcel und der Deutsche Paket Dienst zusammen rund 40 Mill. Stück. Mit einiger Sorge betrachten die privaten Dienste das Auftauchen von Unternehmen, die in diesem Markt das schnelle Glück suchten. Diese „Exoten", so Seegers-Krückeberg, gefährdeten den Ruf der etablierten Firmen.

Die Kundschaft der DPD rekrutiert sich unverändert und überwiegend aus der mittelständischen Wirtschaft mit einem Paketaufkommen von 5 bis 10 Stück pro Tag. Mit einem Fuhrpark von 1500 Fahrzeugen werden täglich rund 10 000 Versender und etwa 80 000 Empfänger angefahren. Nahezu 80 Prozent der beförderten Pakete werden in der Bundesrepublik innerhalb von 24 Stunden zugestellt. Die Organisation verfügt über 41 Depots, die den jeweiligen Gesellschaftern gehören, und 5 Hauptdepots.

Abgeschlossen ist nach Aussage von Hellmann die Phase der Anlaufsverluste für die Gesellschafter, bei denen sich 1976 vorsichtig geschätzt 20 Mill. DM angesammelt haben dürften.

DEUTSCHE BANK / Höherer Ertrag, aber auch mehr Risikovorsorge

Betriebsergebnis stieg um ein Achtel

C. DERTINGER, Frankfurt

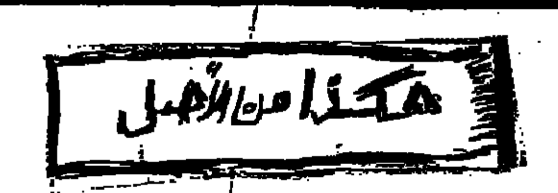
Die Deutsche Bank AG, Frankfurt, präsentiert zur Jahresmitte ein hervorragendes Ergebnis. Ihr gesamtes Betriebsergebnis, also der Überschuß aus dem laufenden Geschäft und dem Eigenhandel, übertraf die Hälfte des gesamten vorjährigen Ergebnisses um 12,4 Prozent und dürfte damit eine Größenordnung von mehr als 1,4 Mrd. DM erreicht haben. Aber gleichzeitig wird die Bank, wie sie in ihrem Zwischenbericht betont, ihre Vorsorge nochmals verstärken müssen, um der zum Teil weiter verschlechterten Risikosituation im In- und Ausland ausreichend Rechnung zu tragen. Unter dem Strich erwartet der Vorstand dennoch ein zufriedenstellendes Gesamtergebnis für 1983.

Die weitere Ertragssteigerung resultiert bei der größten deutschen Bank vor allem aus dem laufenden Geschäft, in dem ein Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand) von 1,043 Mrd. DM erwirtschaftet wurde, das sind 15,9 Prozent mehr als das zeitanteilige Vorjahresergebnis. Dazu steuerten der Zinsüberschuß 2039 Mill. DM (plus 7,3 Prozent) und der Provisionsüberschuß 533 Mill. DM (plus 13,3 Prozent) bei. Dieser Zunahme der regulären Erträge um 8,5 Prozent auf 2572 Mill. DM stand eine Begrenzung des Verwaltungskostenanstiegs auf nur 4 Prozent (1530 Mill. DM) gegenüber. Im Dienstleistungsgeschäft profitierte die Deutsche Bank vor allem von der 26prozentigen Zunahme der Aktienumsätze.

Die Bilanzentwicklung spiegelt die nach wie vor verhaltene Konjunktur. Das Geschäftsvolumen ging um 2 Prozent auf 117,7 Mrd. DM zurück und die Bilanzsumme um 2,5 Prozent auf 112,6 Mrd. DM. Die in den ersten Monaten saisonübliche Abnahme konnte also bis zur Jahresmitte nicht aufgeholt werden.

Das Kreditvolumen verharrte mit 69,8 Mrd. DM auf dem Niveau vom Jahresende (69,9 Mrd. DM), wobei freilich auch das Ausweichen auf günstigere Finanzierungsmöglichkeiten bei der Luxemburger Eurotochter eine Rolle spielte. Im Gegensatz zu den um jeweils eine halbe Milliarde gesunkenen Forderungen an Banken und Kunden haben die Wechselkredite um 900 Mill. DM und die Ausleihungen an Privatpersonen um 600 Mill. DM zugenommen. Angesichts des flauen Kreditgeschäfts konnte die Bank die Termineinlagen von Kunden und Banken um zusammen 5,3 auf knapp 50 Mrd. DM zurückführen. Gleichzeitig wuchsen die Sichteinlagen von Kunden und Banken um gut 2,5 auf 26,7 Mrd. DM, was auch zur Ertragssteigerung beitrug.

Im Konzern stellte sich eine Steigerung des Geschäftsvolumens um 5,8 auf 209,9 Mrd. DM ein, die auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die European Asian Bank AG, Hamburg, zurückzuführen ist. Die Zunahme des Kreditvolumens um 7,2 auf 152 Mrd. DM stammt je zur Hälfte von den Hypobanken und der Luxemburg-Tochter sowie von der Eurasbank.



DV-BANK

Zinsüberschuß gesteigert

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank AG, Frankfurt, konnte im 1. Halbjahr 1983 den Zinsüberschuß gegenüber dem Vorjahreswert um 12 Prozent steigern. Wie Franz Schlossnikl vom Vorstand der 100prozentigen Tochter der Deutschen Bundesbahn sagte, lag das Bruttoergebnis aus dem laufenden Geschäft mit 39 (33) Mill. DM um 17 Prozent über der Vorjahreszeit. Für das Gesamtjahr 1983 zeigte sich Schlossnikl zuversichtlich für Dividendenzahlung und Reservenstärkung. Bilanz- und Geschäftsvolumen lagen im Sechs-Monats-Zeitraum mit 5,2 (Ende 1982: 5,5) Mrd. und 5,8 (5,5) Mrd. DM um rund 4 Prozent niedriger als Ende 1982.

Im Geschäftsjahr 1982 lag der Zinsüberschuß mit 101,3 (70,9) Mill. DM um 42,9 Prozent höher als im Vorjahr. Der Provisionsüberschuß blieb mit 42,7 Mill. DM unverändert. Die Bilanzsumme stieg um 11,5 Prozent auf 5,5 (4,93) Mrd. DM. An der Plazierung der drei Bahnanleihen über 2,6 Mrd. DM war die Hausbank mit 238 Mill. DM beteiligt. Im Frachtstundungsgeschäft gingen die Umsätze um 3,5 Prozent auf 9,07 Mrd. DM zurück. Das Grundkapital von 65 Mill. DM wird aus 14,8 (12,8) Mill. DM Jahresüberschuß wieder mit zwölf Prozent Dividende bedient. Am Jahresende beschäftigte die Bank in 13 Zweigniederlassungen und 51 Wechselstuben 863 (835) Mitarbeiter.

ABR-REISEBÜRO

Noch leichtes Buchungsplus

DANKWARD SEITZ, **München**

Die noch schlechte Wirtschaftslage veranlaßt immer mehr Urlauber, das eigene Auto zu benutzen und auf Campingfreizeit auszuweichen. Diese Entwicklung hat auch die ABR-Amtliches Bayerisches Reisebüro GmbH, München, zu spüren bekommen, mit einem Buchungsplus von 3,7 (7,3) Prozent im ersten Halbjahr aber noch besser als die Branche (plus 0,7 Prozent) abgeschnitten. Auch im Fluggeschäft liegt das Plus von 2 Prozent über dem Durchschnitt (1,5).

Sorgenkind bleibt, wie ABR-Geschäftsführer Manfred Strobel mitteilte, die Bahn mit einem Rückgang von 7,7 (Branche 5,3) Prozent. Bis Ende Juni konnte das ABR seinen Umsatz (ohne Bahn) um 2 Prozent steigern. Gewinner unter den Ländern ist in dieser Saison Italien (plus 9,8 Prozent). Jugoslawien büßte 19 Prozent und Österreich sogar 27 Prozent ein.

Mit dem Umsatz 1982 von 550,2 Mill. DM ist Strobel nicht ganz zufrieden, obwohl noch ein Zuwachs von 2,6 (Branche: 2,4) Prozent erzielt wurde. Davon entfielen auf die Touristik 156,7 Mill. DM (plus 3,8 Prozent), das Fluggeschäft 212,8 Mill. DM (plus 1,7) und die Bahn 160,5 Mill. DM (plus 2,1). Bei einem Leistungsergebnis von unverändert 5,5 Mill. DM wurde eine Nettorendite von 1,01 (Branche: 0,9) Prozent erreicht. Aus dem Bilanzgewinn von 4,8 (3,6) Mill. DM wurden 3,8 (3,1) Mill. DM als Dividende ausgeschüttet.

HORTEN / Seit Januar 1983 in Umsatz und Ertrag endlich die Wende erreicht – Substanz gestärkt

Das Warenhaus holt sich Marktanteile zurück

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Erstmals seit langem „spüren wir mit wieder steigenden Marktanteilen einen anhaltenden Aufwind". Zwar bestehe weiterhin aller Anlaß, vor übertriebenem Optimismus im Einzelhandel zu warnen. Eine Dividendenprognose gar verbiete sich, wie in der Branche üblich, schon wegen des für jedes Geschäftsjahr entscheidenden Weihnachtsgeschäfts. Doch laufe die Entwicklung weiter wie bisher, „könnten wir eine sichere Ausschüttung ankündigen".

Bernd Nebbering, Vorstandssprecher der Horten AG, Düsseldorf, stellt solchen Ausblick betont in den Mittelpunkt seines Kommentars zu den Horten-Abschlüssen für 1982 und für das Rumpfgeschäftsjahr Januar/Februar 1983, die der Hauptversammlung am 31. August vorgelegt werden. Denn erstmals, seit Gründer Helmut Horten 1969 alle seine Akien ins Publikum verkaufte, kann der jüngste und kleinste der vier deutschen Warenhauskonzerne keine Dividende (für 1981 noch 2,50 DM nach 4,50 DM) mehr zahlen.

Eine bittere Pille zumal für die 60 000 Streubesitzer, die noch mit etwa 38 Prozent an 250 Mill. DM Grundkapital beteiligt sind. Großaktionäre sind mit 25 Prozent eine Gemeinschaftsholding von Deutsche Bank/Commerzbank und vor allem mit (bisher bekannten) 37 Prozent die Hamburger Interversa-Zwischenholding des BAT-Konzerns. Deren Vorstandsvorsitzender Harald Erichsen wird nun auch das pensionierte Deutsche-Bank-Vorstandsmitglied Andreas Kleffel im Aufsichtsratsvorsitz ablösen.

Der Blick zurück auf 1982, „das schlimmste Nachkriegsjahr des deutschen Einzelhandels", ist für den Vorstand nicht ganz so schauerlich, wie es der Dividendenausfall vermuten läßt. Zwar läßt sich aus fast halbiertem Betriebsergebnis von 46,8 (85,3) Mill. DM bei gleichzeitigem Anstieg der Mieteinnahmen auf 51,6 (47,3) Mill. DM (ohne Kostenerstattungen der Kooperationspartner in den Horten-Häusern) unschwer ablesen, daß das reine Warenhausgeschäft in den 57 (56) Filialen erstmals leicht in die roten Zahlen geriet.

Aber dem stellt der Vorstand denn doch die Tatsache entgegen, daß der aus den Kraftakten der Rationalisierung und Umstrukturierung des letzten halben Jahrzehnts gewonnene „Ertragssockel" trotz Rückgangs von Umsatz und Handelsspanne einigermaßen stabil geblieben sei: Der Cash-flow (nach Steuern und vor 1981er Ausschüttung) habe sich nur auf 89 (92) Mill. DM vermindert. Mit rechtlich möglicher Manipulation am Sachanlage-Abschreibungsvolumen, das mit 89 (92) Mill. DM seinen Gipfel erreichte, hätte man durchaus annähernd den Vorjahresgewinn ausweisen können.

Dieser Versuchung zum Ausfüllen eines Ertragslochs („da beginnt ein Teufelskreis") habe man widerstanden. Und obendrein die Substanz auch aus Buchgewinnen bei Immobilienverkäufen so gestärkt, daß nun 507 (465) Mill. DM Eigenmittel die ansehnliche Bilanzquote von 36,8 (32,9) Prozent erreichen.

Dies ist Stärkung für eine bessere Zukunft, die Hebbering nun seit Anfang 1983 im Umsatz und Ertrag mit der lang erwarteten Wende anbrechen sieht. Im Rumpfjahr 1983 wurde bei 7,7 Prozent Umsatzplus ein deutlich positives Ergebnis erzielt, das aus steuerlichen Gründen durch 17,6 Mill. DM Abschreibungen auf einen kleinen Gewinnausweis von 1,2 Mill. DM reduziert wurde. Bestes Indiz für die gestärkte Ertragskraft: Der Cash-flow lag bei 17,2 Mill. DM. „Rechnet man das vergröbernd auf ein volles Jahr hoch, so ergibt sich nahezu der Cash-flow von 1980, als wir eine Dividende von 9 Prozent zahlten."

Anlaß zu solcher positiven Hochrechnung gibt dem Vorstand der Verlauf der ersten fünf Monate dieses Jahres. Ein Umsatzplus von 2,4 Prozent, das über dem des gesamten Einzelhandels und besonders des Fachhandels lag, verbesserte Handelsspanne bei Senkung der Personal- und Sachkosten um 3 Prozent und (bis Ende Juni) eine Verbesserung des Betriebsergebnisses um 24 Mill. DM.

Positives erwartet der Vorstand, der im laufenden Jahr nur 44 Mill. DM investieren will, auch in der Finanzierungsrechnung mit weiterhin deutlicher Senkung des 1982 mit 36,8 (42,3) Mill. DM noch relativ hohen Zinsaufwandsaldos. Man sehe die Zukunft der Horten-Häuser bei der betonten Herausstellung der weniger preissensiblen Sortimente mit breiter Angebotspalette in Marktnischen und Trendwarengruppen, „die andere Großanbieter vernachlässigen". Dies auch als Antwort auf die sich immer mehr zusammenballende Einkaufsmacht von Handelsriesen – ein Prozeß, durch den Hebbering nachgerade auch den Bestand unserer Wirtschaftsordnung in Gefahr kommen sieht.

Horten AG	1982	+/–%
Umsatz (Mill. DM)[1]	3 650	– 0,9
in DM/m[2]	6 100	– 3,2
in DM/Kopf[2]	154 600	+ 3,8
Beschäftigte[2,3]	20 346	– 4,4
Gesamtinvestitionen	72	–45,0
Netto-Cash-flow	89	+12,4
Nettoergebnis[4]	1,0	(17,0)
Jahresüberschuß	1,6	(12,5)
Ausschüttung	–	(12,5)

[1] Einzelhandelsumsatz mit MwSt. und 809 (815) Mill. DM bei Kooperationspartnern; [2] ohne Kooperationspartner; [3] umgerechnet auf Vollbeschäftigte, Jahresdurchschnitt; [4] Vorstandsangabe nach DVFA-Formel 0,20 (3,40) DM je Aktie.

PHILIPS

Joint venture offen für Dritte

dpa/VWD, **Eindhoven**

Der niederländische Philips-Konzern wird seinen gesamten Produktbereich öffentliche Telekommunikationssysteme in das Ende Juli vereinbarte Gemeinschaftsunternehmen mit der American Telephone and Telegraph Company (AT + T) einbringen. Wie Philips-Präsident Wisse Dekker in Eindhoven bekanntgab, wird das Unternehmen mit über 5000 Beschäftigten seinen Sitz in den Niederlanden haben und nach Bedarf Tochtergesellschaften in anderen europäischen Ländern gründen.

Als Name für das Joint venture ist zunächst „AT + T and Philips Telecom BV" vorgesehen. Der Vorsitzende der Geschäftsführung soll vom US-Partner gestellt werden. Das Gemeinschaftsunternehmen (beide halten 50 Prozent) wird den Betrieb Anfang 1984 in vollem Umfang aufnehmen. Während AT + T materiell lediglich seine Technologie beisteuert, bringt Philips das Vermögen seines Produktionsbereichs öffentliche Telekommunikationssysteme im Wert von 800 Mill. Gulden (716 Mill. DM) ein.

Die Zusammenarbeit bedeutet nach Dekker eine stärkere Stellung auf dem internationalen Markt. Dekker eine Zusammenfassung der Kräfte und dadurch unterstrich, daß andere europäische Gesellschaften dem Abkommen beitreten können. Philips würde insbesondere eine Beteiligung der französischen Gruppe „CIT-Alcatel" begrüßen.

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Während Kaffee uneinheitlich aus dem Markt ging, notierte Kakao fester.

Getreide und Getreideprodukte

	1. 8.	29. 7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	380,00	372,75
Dez.	397,50	390,50
März	404,75	398,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	1. 8.	29. 7.
St. Lawrence 1 CW	236,84	235,48
Amber Durum	243,04	241,41
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	geschl.	131,00
Okt.	geschl.	137,00
Dez.	geschl.	140,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	geschl.	95,00
Okt.	geschl.	91,60
Dez.	geschl.	92,40
Hafer Chicago (c/bush)	1. 8.	29. 7.
Sept.	169,75	164,25
Dez.	184,00	178,25
März	195,75	190,00
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	330,25	321,00
Dez.	335,50	325,50
März	345,00	336,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	1. 8.	29. 7.
Juli	geschl.	100,20
Okt.	geschl.	102,80
Dez.	geschl.	105,70

Genußmittel

	1. 8.	29. 7.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	125,05	126,01
Dez.	125,25	125,80
März	123,90	124,11
Kakao New York ($/t)		
Sept.	2365	2375
Dez.	2400	2365
Terminkontr. März	2400	–
Umsatz	4938	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	11,50	11,27
Okt.	12,05	11,65
Jan.	12,47	12,30
März	12,90	12,75
Mai	13,12	13,07
Umsatz	13 450	14 163
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	1. 8.	29. 7.
	10,97	11,05
Kaffee London (£/t) Robusta-	1. 8.	29. 7.
Kontrakt Sept.	1645–1646	1651–1653
Nov.	1629–1630	1632–1635
Jan.	1607–1608	1607–1610
Umsatz	1665	2390
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1640–1642	1615–1618
Dez.	1663–1665	1645–1646
März	1650–1652	1625–1629
Umsatz	3673	5478
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	187,00–187,25	179,50–180,25
Dez.	192,50–193,50	189,75
März	202,25–202,50	194,50–195,75
Mai	206,00–206,25	204,50–204,70
Aug.	–	207,00–208,00
Umsatz	3084	4427
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	1. 8.	29. 7.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	360,00	360,00
weißer Muntok	365,00	365,00
Orangensaft New York (c/lb)	1. 8.	29. 7.
Sept.	117,85	117,75
Nov.	115,30	115,25
Jan.	110,20	110,10
März	109,20	108,80
Mai	109,20	108,80
Umsatz	125	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	1. 8.	29. 7.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	36,50	35,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	21,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Aug.	24,45	23,35
Sept.	24,38	23,40
Okt.	24,52	23,50
Dez.	24,88	23,85
Jan.	25,03	24,05
März	25,20	24,20
Mai	25,30	24,30
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	27,00	26,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	17,50
Choice white hog 4% fr. F.	16,625	16,000
Talg New York (c/lb)		
top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	47,27	46,40
Okt.	41,65	40,45
Dez.	43,25	42,10
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	56,80	57,50
Febr.	62,70	60,90
März	62,05	60,52
Häute Chicago (c/lb)	1. 8.	29. 7.
Ochsen einh. schwere River Northern	60,00	60,00
Kühe einh. schwere River Northern	59,00	51,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	728,50	698,00
Sept.	734,00	709,00
Nov.	754,00	727,00
Jan.	768,00	739,00
März	781,00	752,50
Mai	788,00	761,00
Juli	792,00	766,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	204,00	197,50
Sept.	206,00	199,00
Okt.	207,50	201,50
Dez.	213,70	207,50
Jan.	215,00	210,50
März	219,00	214,00
Mai	222,40	216,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	1. 8.	29. 7.
Juli	geschl.	301,00
Okt.	geschl.	305,50
Dez.	geschl.	312,00
Kokosöl New York (c/lb)	1. 8.	29. 7.
Westküste fob Werk	45,00	44,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	2. 8.	1. 8.
jegl. Herk. cif	800,00	780,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	492,50	480,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	462,50	460,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	143,00	137,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1000,0	1010,0
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	–	250,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	1. 8.	29. 7.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	80,20	78,65
Dez.	81,25	79,50
März	81,90	80,60
Mai	82,25	81,00
Juli	81,84	81,19
Okt.	76,20	76,30
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	58,50	58,50
Wolle Lond. (Neus., c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	1. 8.	29. 7.
Aug.	446–450	446–450
Okt.	448–451	448–451
Dez.	448–451	447–449
Umsatz	28	120
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	1. 8.	29. 7.
Okt.	geschl.	45,20
Dez.	geschl.	45,70
März	geschl.	46,00
Mai	geschl.	46,30
Umsatz	0	0
Tendenz:		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	1. 8.	29. 7.
Okt.	geschl.	594,0–595,0
Dez.	geschl.	592,5–593,0
März	geschl.	598,0–599,0
Umsatz	0	0
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	1. 8.	29. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	1. 8.	29. 7.
Aug.	unerhältl.	13 656
Sept.	unerhältl.	13 490
Kautschuk London (p/kg)	1. 8.	29. 7.
Nr. 1 RSS loco	80,00–81,50	80,50–81,50
Sept.	79,80–81,00	81,30–81,40
Okt.	79,20–79,90	80,50–81,00
Dez.	79,10–79,30	80,20–80,50
Tendenz: unsicher		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	1. 8.	29. 7.
Nr. 1 RSS loco:	265,50–266,50	265,50–266,50
Aug.	266,50–267,50	266,50–267,50
Sept.	268,50–269,50	269,00–270,00
Nr. 2 RSS Aug.	262,00–263,00	262,00–263,00
Nr. 3 RSS Aug.	258,50–259,50	258,50–259,50
Nr. 4 RSS Aug.	252,50–253,50	252,50–253,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	1. 8.	29. 7.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2. 8.	1. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,04–106,24	105,52–105,72
drittfolg. Monat	110,07–110,28	108,96–109,16
Zink: Basis London		
laufend. Monat	206,84–207,24	210,74–210,84
drittfolg. Monat	213,09–213,29	216,70–217,11
Produz.-Preis	218,49	219,06
Reinzinn 99,9%	3671–3707	3698–3735

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2. 8.	1. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	455,21–457,63	457,26–459,68
Blei in Kabeln	113,75–114,75	113,25–114,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	2. 8.	1. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	371–394	372–395
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418–423	418–425
MS 63	430–434	431–435

Zinn-Preis Penang

	1. 8.	29. 7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ringgit/kg)	30,01	30,41

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 8.	1. 8.
Leg. 225	361–364	361–362
Leg. 226	354–356	354
Leg. 231	394–401	359–401
Leg. 233	409–412	407–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2. 8.	1. 8.
Platin (DM je g)	40,20	39,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Bankenvkfpr.	35 900	35 980
Rücknahmepr.	35 100	35 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 830	35 830
Rücknahmepr.	34 780	34 789
verarbeitet	37 610	37 600
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 545	35 805
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1032,10	1029,10
Rücknahmepr.	996,00	996,10
Verarbeitet	1077,90	1074,80

Internationale Edelmetalle

	2. 8.	1. 8.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	418,75	413,25
15.00	414,25	411,25
Zürich mittags	413,75–414,25	geschl.
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	108 600	107 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	785,05	779,70
3 Monate	804,05	798,40
6 Monate	824,35	818,85
12 Monate	865,85	858,85
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	1. 8. 284,20	29. 7. 287,45
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	86,55	87,80

New Yorker Preise

	1. 8.	29. 7.
Gold H & H Ankauf	411,25	422,00
Silber H & H Ankauf	1154,00	1215,00
Platin fr. Händlerpr.	450,00–455,00	450,00–455,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	146,00–149,00	149,00–151,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug.	1179,50	1235,00
Sept.	1185,00	1188,00
Dez.	1210,00	1217,00
Jan.	1231,30	1233,30
März	1252,90	1255,00
Mai	1274,50	1276,60
Juli	1296,30	1298,30
Umsatz	30 000	30 000

New Yorker Metallbörse

	1. 8.	29. 7.
Kupfer (c/lb)		
Aug.	76,10	76,22
Sept.	76,85	76,90
Dez.	79,10	79,15
Jan.	79,65	79,65
März	81,20	81,25
Mai	82,40	82,45
Juli	83,50	83,65
Umsatz	17 000	21 000

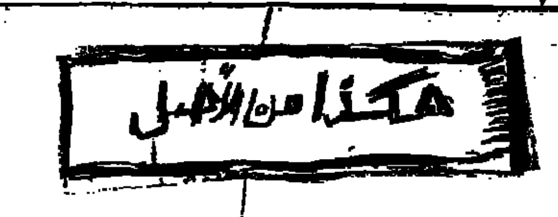
Londoner Metallbörse

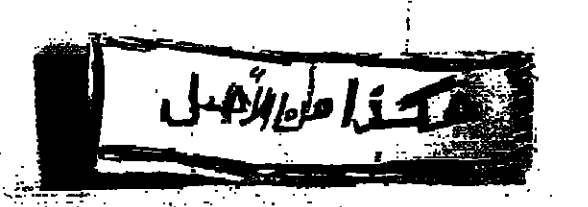
	2. 8.	1. 8.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1017,0–1017,5	1014,0–1015,0
3 Monate	1045,0–1045,5	1041,5–1042,0
Blei (£/t) Kasse	263,00–263,50	260,50–261,50
3 Monate	273,00–273,50	270,00–271,00
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1116,0–1117,0	1118,0–1119,0
3 Monate	1141,0–1141,5	1138,0–1139,0
abends Kasse	–	1112,50–1113,0
3 Monate	–	1134,5–1135,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1079,0–1081,0	1075,0–1077,0
3 Monate	1108,0–1108,0	1102,0–1104,0
Zink (£/t) Kasse	513,00–514,00	518,50–519,50
3 Monate	528,50–529,00	534,50–535,00
Zinn (£/t) Kasse	8560–8565	8595–8600
3 Monate	8653–8656	8665–8670
Quecksilber ($/Fl.)	–	380–390
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	75–78

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENGESUCHE

STELLENANGEBOTE





Nur Kurzläufer schwächer

Am Rentenmarkt hat sich die Tendenz vorerst nur unterschwellig gebessert. Immerhin konnten kurspflegende Stellen zum ersten Mal seit Tagen wieder Material an den Markt abgeben. Das traf in erster Linie für den längerfristigen Bereich zu, bei den Kurzläufern gab es noch Abschläge bis zu 0,50 Prozentpunkten. Auf Grund der gegenwärtigen Marktlage sieht man bei der kommenden Bundesanleihe eine Rendite von 8,30 Prozent als marktgerecht an. Erstklassige US-Bonds rentieren mit 11,90 Prozent. DM-Auslandsanleihen waren bei kleinem Geschäft kaum verändert.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bankschuldverschreib.

	2. 8.	1. 8.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	89,75bG	90G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	93,5bG	94bG
7 dgl. Pf 9	94G	94G
7 dgl. Pf 27	–	–
6½ dgl. KS 14	94,25G	94,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121,5G	121,5G
5½ dgl. Pf 11	129,5G	129,5G
6 dgl. Pf 34	77bG	77bG
[illegible]		

	2. 8.	1. 8.
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	93G
8 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Frk. Hypobk. Pf 86	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
8 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
8 dgl. Pf 130	90,6G	90,6G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,5	100,5
[illegible]		

	2. 8.	1. 8.
H 8 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GT6	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95G	95bG
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 61	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	99G
[illegible]		

	2. 8.	1. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	92G	92G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99,1	99,1
F 7½ Bayern Pf 104	99,9G	99,9G
9 dgl. Pf 108	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

	2. 8.	1. 8.
Br 7½ Dt. Schiffsb. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	90G	90G
8½ dgl. Pf 60	93,8G	93,8G
8½ dgl. Pf 74	97,15G	97,15G
8½ dgl. Pf 78	94,9G	94,9G

	2. 8.	1. 8.
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 38	82,45G	82,45G
5½ dgl. Pf 43	82,2G	82,2G
6 dgl. Pf 58	78,9G	78,9G
7 dgl. Pf 61	88,15G	88,15G
8 dgl. Pf 70	100G	100G
9 dgl. Pf 68	102,35G	102,35G

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

	2. 8.	1. 8.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	93,5	93,25
5 BASF 59	98,15G	98,15G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	2. 8.	1. 8.
[illegible]		
5 Texaco Int. 68	94,7	94,5
3½ Tok. Elec. 78	395T	390G
4¾ Tok. Sanyo 77	295G	290G
4 Tokyu Land 79	102G	102G
3½ Trio Kenw. 78	106bG	106G
6½ Uny Ltd. 79	135	132,5G

Anmerkungen: [illegible]
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	2. 8.	1. 8.
[illegible]		
D Jusco	7,71	7,71
F Kawasaki Kisen	1,8G	1,8G
F Kawasaki Steel	1,75	1,65
M Kloof Gold Min.	129,7	139,5
F Komatsu	5,8	5,7
D KLM	146	145G
F Kubota	3,35	3,3G
D Lafarge	94B	95G
D Litton Ind.	165	165,5G
F Lone Star	76	80G
D LTV	37,1	37,5
M M.J.M. Hold.	20,6	21,4G
F Magnet Marelli	–	–
D Marubeni	3G	3G

	2. 8.	1. 8.
[illegible]		
D Uniroyal	39G	39,5
F United Techn.	176,5	178,1
F US Steel	64	64,1exD
M Vaal Reefs Expl	353,5	350,5
D Ver.-Stork	59,5G	59,5G
D Volvo A	–	159G
D dgl. Nam. B	–	159G
F Warner Commun.	61,5	59,5
F Warner Lambert	74	73,5
F Wells Fargo	81	80
M Western Deep L.	159,7	157B
M Western Mining	11,65G	11,55
F West.-Utrecht H.	107	105
D Xerox Corp.	120,5	120

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

AUSSCHREIBUNGEN

Neue Hoffnungen für Aktien

Gestoppter Dollarkurs löste Meinungskäufe aus

DW. – Die Versuche, durch Interventionen einem weiteren Anstieg des Dollarkurses entgegenzuwirken, lösten auf dem Aktienmarkt Meinungskäufe in der Erwartung aus, die Ausländer würden sich jetzt wieder verstärkt den DM-Papieren zuwenden. Nennenswerte Kaufaufträge aus dem Ausland lagen jedoch an der Dienstagbörse noch nicht vor. Getragen wurde das Aktiengeschäft vielmehr von Teilen der Börsenkulisse sowie von einigen institutionellen Gruppen. Sonderbewegungen gab es bei VW, wo mit 211 DM (plus 4 DM) ein neuer Spitzenstand erreicht werden konnte. Gesucht blieben weiterhin auch Warenhauswerte.

Für Preussag-Aktien lag weiterhin ein größerer Kaufauftrag im Markt, der den Kurs zeitweise auf 284 DM (plus 4 DM) brachte. Rege Nachfrage bestand auch bei der Veba (plus 2,50 DM). Während die Aktien der Deutschen Bank trotz des anhaltenden *Gewinnanstiegs* vom Halbjahresbericht des Instituts keinen Nutzen ziehen konnten, profitierten Horten von den günstigen Umsatzzahlen dieses Jahres mit einem Tagesplus von 6 DM. Der Kaufhof-Kurs wurde um weitere 4,40 DM heraufgesetzt. Im Großchemiebereich konzentrierten sich die Käufe diesmal auf BASF und Bayer. Beide Papiere zogen um je 2 DM an.

Düsseldorf: Bilfinger verminderten sich um 5 DM auf 241 DM, Gerresheimer Glas gaben um 3,30 DM auf 63,70 DM nach und Rheag fielen um 5 DM auf 405 DM. Kromschröder erhöhten sich um 4 DM auf 179 DM, Kabelmetal zogen um 3,50 DM auf 137,50 DM an und Allianz Leben schlossen mit einem Plus von 30 DM auf 2620 DM.

Frankfurt: Von Nebenwerten blieben Cassella 440 DM minus 10 DM, Dresdner Bank-Restquoten bei Doppelplus 10 DM plus 2,50 DM, Commerzbank-Restquoten 11,50 DM ebenfalls bei Doppelplus und Hutschenreuther-Porzellan 250 DM minus 7,50 DM. Südzucker konnten sich um 16 DM auf 356 DM verbessern.

Hamburg: Phoenix Gummi verminderten sich um 1,50 DM auf 136,50 DM. NWK-Vz. gingen zu 163 DM plus 1 DM und HEW zu 101,50 DM minus 0,50 DM um. Bremer Vulkan wurden zu 47 DM plus 1,50 DM umgesetzt, Hapag Lloyd fielen auf 42 DM minus 1 DM.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 3 DM auf 343 DM, Dywidag gaben um 8 DM auf 287 DM und Flachglas fielen um 6 DM auf 274 DM. Deckel AG erhöhten sich um 2 DM auf 105 DM, Hutschenreuther stiegen um 8 DM auf 258 DM und Otto Stumpf St. befestigten sich um 2 DM auf 35 DM.

Berlin: DeTeWe und DUB-Schultheiss erholten sich um 2 DM, Berliner Kindl um 1,90 DM. Herlitz Vorzüge und Orenstein lagen geringfügig um 1 DM und Beknla um 0,50 DM freundlicher.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York · Toronto · London · Amsterdam · Mailand · Tokio · Zürich · Wien · Kopenhagen · Brüssel · Madrid · Hongkong · Singapur · Paris · Sydney

Optionshandel vom 2. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-60/20, 10-75/3, 4-75/9,40, 4-80/8,06, Siemens 1-338,05/32, 1-380/14,40, 4-420/4,80, Veba 10-160/26, 10-170/14, 1-170/20,80, 1-180/15, 1-190/8,30, 4-180/12, 4-200/7,20, BASF 10-145/11,10, 10-150/8, 10-155/6,60, 10-160/4, 4-160/13,90, 4-180/4,65, Bayer 10-136/17,80, 10-160/4, 10-170/2,10, 1-150/13,50, 1-160/8,80, 4-160/11, Hoechst 10-330/38, 10-134,50/26,20, 10-160/4,80, 1-134,50/52, 1-160/13, 4-160/13,50, 4-170/10, 4-180/5, BMW 10-330/50, 10-400/19,90, 10-410/12, 1-420/15, VW 10-180/31, 10-190/20, 10-200/15,40, 10-210/7,10, 1-170/42, 1-180/25, 1-200/18,40, 1-210/15,10, 1-220/11,30, 1-230/7,70, 4-200/27, 4-210/24,50, 4-220/15,40, 4-240/8,60, Conti 10-110/4,90, 1-110/9,80, 1-120/6, 4-110/15, 4-120/7,40, Lufthansa Vorz. 10-130/3,50, Commerzbank 10-180/9, 10-190/3,60, 1-170/20, 1-180/15,40, 1-190/12, 1-210/5,90, 4-180/23,80, 4-200/13, 4-210/11, 4-220/7,60, Deutsche Bank 1-350/15, 1-360/11, 1-390/4,60, 4-400/6,85, Dresdener Bank 10-180/9,60, 10-190/5, 1-190/11,60, 4-180/25, Hoesch 10-55/2, 1-50/7,80, 1-55/4,60, 1-60/3,10, 4-55/6,80, Mannesmann 1-150/9,50, 1-160/6, 1-170/3, 4-160/8,80, Preussag 10-242/41, Thyssen 10-75/4, 10-80/1,60, 1-80/4, 4-85/6, BHF 4-310/20, Bewag 10-110/3, 10-100/5, Deutsche Babcock 10-160/22, 10-170/11,50, 10-180/7, Degussa 4-410/25, GHH 1-170/2,40, GHH Vorz. 10-170/2,10, Kaufhof 10-270/10,60, Kloeckner 1-45/3,60, 4-40/7,50, RWE 1-180/4,80, Schering 1-370/17,40, Alcan 4-95/13, Chrysler 1-75/11, 1-80/10,70, Sperry Rand 10-80/27,80, 10-95/25,30, Philips 1-45/5,90, Royal Dutch 1-120/15,40, 1-130/11,50, Elf 1-60/3,60, Norsk Hydro 1-190/11,40. **Verkaufsoptionen:** Siemens 10-350/7, 1-340/4, Veba 10-170/2, 4-170/6, 4-180/8,60, BASF 10-150/2,20, 4-150/4, Hoechst 10-150/1,40, 10-160/2, BMW 10-390/11, VW 10-200/5, 1-200/7, 4-190/6,20, Conti 1-110/4, 4-110/5,90, Commerzbank 10-180/3,85, 1-180/6,40, Deutsche Bank 10-330/5,90, 4-340/14, Dresdener Bank 10-180/4, 1-180/5,80, 4-180/8, Hoesch 10-55/4,20, 1-55/6,4, *Mannesmann 10-140/4, 10-150/10, Preussag 1-280/11,80*, 4-280/15, Thyssen 10-70/2,50, 10-80/8, 10-85/12, 1-70/5, 4-70/3,90, Bay.Ver.Bank 10-340/9, BHF 10-300/10, BBC 10-210/8,40, 1-210/14,50, 4-210/18, Daimler 10-600/20,50, Deutsche Babcock 1-170/4,20, Degussa 1-380/7, Kloeckner 1-40/3,90, Alcan 4-100/11, Chrysler 10-75/2,50, 1-85/14, 1-90/20, IBM 10-330/16, Sperry Rand 10-110/7,50, Xerox 1-120/8,30, 4-130/17, Norsk Hydro 10-180/40.

509 Optionen 36 650 (25 000) Aktien, davon 100 Verkaufsoptionen = 5600 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10⅛	4⅞–5⅛	4¾–5
3 Monate	10⅛–10⅜	5⅛–5¼	4¾–5⅛
6 Monate	10⅜–10⅝	5⅝–6	5 –5¼
12 Monate	11 –11⅜	5⅝–6⅛	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1863,90
*10 US-Dollar (Indian)***)	1223,00	1487,01
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	254,00	312,36
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	191,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	266,00	331,74
2 südafrikanische Rand	251,00	308,94
Krüger Rand, neu	1115,00	1316,70
Maple Leaf	1115,00	1316,70
*Außer Kurs gesetzte Münzen *)*		
20 Goldmark	249,00	318,06
20 schweiz. Franken „Vreneli"	214,00	272,46
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	269,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1035,00	1248,13
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	582,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % *Mehrwertsteuer*
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

2. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4])	Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,6565	2,6645	2,6258	2,61	2,70
London[1])	4,018	4,032	3,978	3,96	4,11
Dublin[1])	3,153	3,167	3,096	3,11	3,25
Montreal[3])	2,1528	2,1608	2,1237	2,11	2,20
Amsterd.	89,420	89,640	89,42	88,50	90,50
Zürich	124,285	124,485	124,385	122,25	126,00
Brüssel	4,984	5,004	4,946	4,88	5,10
Paris	33,145	33,305	32,49	32,25	34,25
Kopenh.	27,735	27,865	27,53	26,75	28,75
Oslo	35,770	35,890	35,14	35,00	36,75
Stockh.**)	34,055	34,215	33,645	33,25	35,00
Mailand[2]) **)	1,684	1,694	1,642	1,65	1,78
Wien	14,211	14,251	14,213	14,14	14,37
Madrid**)	1,759	1,769	1,658	1,73	1,86
Lissabon**)	2,175	2,195	2,081	1,94	2,75
Tokio	1,0925	1,0855	—	1,06	1,11
Helsinki	46,940	47,040	45,97	46,00	47,78
Buen. Air.	–	—	—	—	20,00
Rio	–	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,108	3,1595	—	2,60	3,30
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,3275	2,3465	—	2,24	2,37
Johannesbg.*)	2,4035	2,4235	—	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nachdem in New York am Vorabend noch eine Spitze von 2,6950 erzielt wurde, kam es am 2. 8. zu einer Reaktion bis 2,6480 im Fernen Osten, ausgelöst durch eine Mitteilung des amerikanischen Schatzamtes, das die Federal Reserve Bank zusammen mit der Bank von Japan und der Deutschen Bundesbank US-Dollar verkauft hätte. Unter lebhaftem Handel pendelte der Dollar hier zwischen 2,6640 und 2,6550. Die Bundesbank trat erneut vorsorglich als Verkäufer in Erscheinung und verkaufte auch zur amtlichen Notiz von 2,6605 einen größeren Betrag von 87,35 Mio. Dollar. Trotz dieser Intervention wurde gegen Geschäftsschluß weiterhin um 2,66 gehandelt. Der enge- re Markt für den Schweizer Franken sorgte für einen stärkeren Rückgang des Dollar gegen Schweizer Franken, so daß sich im Verhältnis sfr/DM ein Kursgewinn von 19,6 Pf ergab und der erreichte Kurs von 124,385 einen neuen Jahresböchstkurs darstellte. Die meisten der übrigen amtlich notierten Währungen gaben dagegen etwas nach. US-Dollar in: Amsterdam 2,9700; Brüssel 53,27; Paris 7,9985; Mailand 1574,80; Wien 1870,40; Zürich 2,1393; Irischer Pfund/DM 3,160; Pfund/Dollar 1,5128.

Ostmarkkurs am 2. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Termin-Abschläge wurden am 2. August kaum verändert auf Vortagsniveau gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,26/1,16	3,51/3,41	6,83/6,63
Pfund/Dollar	0,08 / 0,10	0,21 / 0,25	0,46 / 0,51
Pfund/DM	2,30/0,90	5,30/3,90	9,60/8,20
FF/DM	31/15	82/66	167/151

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 8.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,45 Prozent; Dreimonatsgeld 5,55–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 2. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 30. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25)–6,50 (5,36)–8,25 (6,25)–9,00 (6,87)–9,25 (7,27)–9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25)–6,50 (5,37)–8,25 (6,32)–9,00 (6,90)–9,25 (7,43)–9,75 (7,82)–9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,85.

Ein Götze geht um

vl. – Zunächst könnte sich der aufgeklärte Europäer darob erheitern: Der Stadtrat von Harare (vormals Salisbury), der Hauptstadt von Simbabwe, hat ein rituelles Tieropfer beschlossen, um die bösen Geister in einer Neubausiedlung zu besänftigen. Anwohner hatten sich über geheimnisvolle Schritte und Steinwürfe beschwert. Die Häuser sind auf einem Friedhof gebaut.

Doch dann fragt man sich, ob die Geisterfurcht nicht auch ein koloniales Erbe sein kann. Die Briten jedenfalls, die das weiland *Rhodesien* einst regierten, lassen auf ihre Schloßgespenster nichts kommen.

Zugegeben; noch hat kein Stadtrat in England einen einschlägigen Beschluß gefaßt. Aber der italienische Diplomat Varé berichtete, daß die römische Delegation beim Völkerbund in den zwanziger Jahren offiziell um Abhilfe nachsuchte, weil ein Mitglied den bösen Blick (jettatura) gehabt habe. Das Außenministerium empfahl, ihn durch Ziehen eines Kreises zu bannen. Das habe jedoch nicht geholfen. Doch davon abgesehen – lesen nicht auch viele Bürger unterhalb der Spitzenränge von Diplomatie und Politik bei uns täglich ihr Horoskop? Feiert nicht Nostradamus gerade in Kreisen der fortschrittlichen Jugend eine verblüffende Auferstehung?

Der Regierung von Simbabwe gehört freilich der Gesundheitsminister Dr. Herbert Ushewokunze an, der neben westlicher Schulmedizin die althergebrachte Medizin der Medizinmänner zu fördern sucht. Aber wiederum: Stehen wir mit unseren Naturheilern, Gesundbetern und Psychologen sehr viel anders da? Und schließlich: Welchen Götzen hat beispielsweise die Sowjetunion ihre ganze Land- und sonstige Wirtschaft dargebracht; Götzen, die quer durch die Länder des Fortschritts und der Aufklärung angebetet werden? Der arme Sündenbock, den der Stadtrat von Harare augenzwinkernd den nervösen Neubaumietern darbringt, kann darüber nur meckern. Mögen die Geister Steine werfen; uns steht das nicht zu.

Stieftöchter der Emanzipation (I): Maria Sibylla Merian, die erste Naturforscherin Deutschlands

Auf Raupensuche im Urwald von Surinam

Liest man heute feministische Literatur, gewinnt man oft den Eindruck, als habe die „Stunde der Frau" erst mit ihrer Politisierung durch Suffragetten und Emanzen geschlagen, als seien alle Frauen der Vergangenheit, die sich nicht für „Emanzipation" interessierten, bedauernswerte unterdrückte Heimchen gewesen. Die Geschichte der europäischen Kultur widerlegt dieses Klischee. Viele Frauen haben in Wissenschaft und Forschung, Kunst und Literatur allzeit eine hervorragende Rolle gespielt – ohne ihre Weiblichkeit je zu verleugnen. In loser Folge wird die WELT in den nächsten Wochen einige dieser bedeutenden Frauengestalten unter dem Titel „Stieftöchter der Emanzipation" vorstellen. Den Anfang macht Eckart Kleßmanns Porträt der Maria Sibylla Merian, Naturforscherin und Malerin des sechzehnten Jahrhunderts aus Frankfurt am Main.

Während der warmen Jahreszeit *konnten die Nürnberger* vor 300 Jahren fast täglich eine Frau beobachten, die vor den Toren der Stadt Raupen auflas und nach Hause trug. Was aber andernorts die tödliche Nachrede des Hexenwerks eingetragen hätte, schadete hier nicht: Die Sammlerin war die dreißigjährige angesehene Ehefrau eines geschätzten Mitbürgers, des Malers und Graphikers Johann Andreas Graff. Und hatte einen berühmten Vater, den Kupferstecher und Verleger Matthäus Merian, der sein Leben lang die Ansichten deutscher Städte in Kupfer gestochen hatte. Seine Tochter Maria Sibylla sammelte, züchtete, beobachtete und zeichnete Raupen, eine für jene Zeit, die das „Geziefer" (Insekten) nur verabscheute, höchst ungewöhnliche Beschäftigung.

Ungewöhnlich aber waren schon Kindheit und Jugend der Maria Sibylla Merian gewesen. Sie entstammte der zweiten Ehe Merians und kam ein Jahr vor dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, am 2. April 1647 zu Frankfurt a. M. zur Welt. Von der Kunst ihres berühmten Vaters hatte sie nicht mehr profitieren können, denn er starb, als die Tochter erst drei Jahre alt war. Aber schon ein Jahr später heiratete die Witwe Merian den Maler und Zeichner Jacob Marell, der den vielleicht bedeutendsten deutschen Stillebenmaler des 17. Jahrhunderts – Georg Flegel – als Lehrer gehabt hatte. Marell, 37 Jahre alt, erkannte sofort die ungewöhnliche graphische Begabung seiner Stieftochter, und da er viel auf Reisen war, bat er seinen Schüler Abraham Mignon, sich um die Fortbildung des Mädchens zu kümmern.

Marell tat damit etwas für seine *Zeit Untypisches. Töchter* bedeuteten damals für eine Familie die Sorge um die kostspielige Aussteuer und die Sorge um den zu beschaffenden Ehemann. So galt die Erziehung einer Tochter nur diesem einen Ziel, und verlangt wurden häusliche Fertigkeiten, nicht aber Bildung. Natürlich sah man es gern, wenn ein Mädchen auch ein wenig zeichnen konnte (sie sollte z. B. gefällige Stickmuster entwerfen können), nur durfte das Dilettieren mit Stift und Tuschkasten nicht allzu ernst genommen werden.

Marell aber dachte darin offenbar anders, und seine und Mignons Bemühungen zeigten Erfolg. Die frühesten erhaltenen Arbeiten Maria Sibyllas lassen erkennen, daß schon die Vierzehnjährige einen eigenen Stil entwickelt hatte, die Technik des Aquarellierens beherrschte und exakte Naturbeobachtung ihre besondere Stärke war.

Maria Sibylla Merian heiratete, 18 Jahre alt, einen Schüler ihres Stiefvaters, eben jenen J. A. Graff, gebar drei Jahre später eine Tochter, Johanna Helena, und zog 1670 von Frankfurt nach Nürnberg. Und hier nun verlegte sie sich auf das Studium der Raupen, zunächst im eigenen Garten, der ihr, wie sie schrieb, vornehmlich dazu diente, „so wohl die Blumen zu besehen, als Raupen zu suchen". Als ihr das häusliche Terrain nicht mehr genügte, machte sie Nürnbergs Umgebung zu ihrem Revier. Ihr Interesse an Raupen war bald in der ganzen Stadt bekannt und verbreitete sich schließlich auch andernorts. Offenbar nahmen ihre Mitbürger diese Passion auch ernst, denn die Künstlerin bekam schließlich *diese Tiere sogar von auswärts zu*geschickt, auch von „Hohen Liebhabern", wie sie stolz berichtete.

Sie war gerade fünf Jahre in Nürnberg, als dort im Verlag ihres Mannes mit der Publikation ihres ersten Buches begonnen wurde, das erst fünf Jahre später zum Abschluß kam: „Neues Blumenbuch". Aber noch ehe dieses Werk ganz vollendet war, erschien 1679 schon das zweite: „Der Raupen wunderbare Verwandlung." Dieses Buch, das den Entwicklungsprozeß der Raupen in Text und Tafeln beschreibt, ist eine Pionierleistung, denn die Insektenforschung gab es damals überhaupt noch nicht.

Die Graffs übersiedelten 1681 wieder nach Frankfurt, denn Marell war gestorben und Maria Sibylla mochte ihre Mutter nicht alleingelassen wissen. Drei Jahre zuvor war den Graffs eine zweite Tochter geboren worden, Dorothea Maria, deren Mutter nun schon als eine Berühmtheit galt, gefeiert in Joachim von Sandrarts „Teutscher Academie" 1675. Des Raupenbuchs „anderer Teil" erscheint 1683.

Dann vollzieht sich ein Bruch in ihrem Leben. Sie lernt die Lehre des in Holland wirkenden calvinistischen Pfarrers Jean de Labadie kennen, der eine nach dem Vorbild der urchristlichen Gemeinde geschaffene Gemeinschaft gegründet hat. Diese Labadisten leben in Gütergemeinschaft auf einem Schloß in Westfriesland, und dorthin zieht Maria Sibylla 1686 mit ihrer Mutter und beiden Töchtern. Der von ihr verlassene Ehemann läßt sich scheiden. Nach einigen Jahren übersiedelt sie nach Amsterdam, nennt sich wieder Merian, züchtet *Schmetterlinge, betreibt einen Far*benhandel, verkauft ihre Raupenbücher und unterrichtet eine „Jungfern-Company".

Mit 52 Jahren reist sie 1699 mit ihrer jüngeren Tochter nach Surinam (Niederländisch Guayana) – drei Monate währt die Schiffsreise –, wo die ältere Tochter als Ehefrau eines Kaufmanns lebt. Zwei Jahre lang studiert sie dort das Leben der tropischen Insekten. Doch sie verträgt auf die Dauer das Klima nicht, kehrt nach Amsterdam zurück und beginnt mit der wissenschaftlichen und künstlerischen Auswertung ihrer in Surinam betriebenen Studien, die sie 1705 publiziert. Aber der Aufenthalt in den Tropen und die unerhörte Arbeitsleistung haben ihren Körper geschwächt: 1715 erleidet sie einen Schlaganfall. Obwohl schon vom Tode gezeichnet, beginnt sie mit der Arbeit am dritten Teil des Raupenbuchs. Sein Erscheinen hat sie nicht mehr erlebt: Maria Sibylla Merian stirbt am 13. Januar 1717 in Amsterdam, fast 70 Jahre alt.

Ihr schon bei Lebzeiten internationaler Ruhm ist nie ganz vergessen worden, am wenigsten von der Insektenforschung, für die sie wegweisend gewirkt hat. Doch wiewohl Romane und Biographien über Maria Sibylla Merian geschrieben worden sind, ist sie von der Kunstgeschichte ganz unzureichend gewürdigt worden. Selbst feministische Publikationen über Frauen als Künstlerinnen (z. B. Gisela Breitling, Germaine Greer) erwähnen sie nicht.

Goethe meinte 1817 von Maria Sibylla Merian, sie habe sich „in ihrer Darstellung zwischen Kunst und Wissenschaft, zwischen Naturbeschauuung und malerischen Zwecken hin und her" bewegt. Will man ihr darum den künstlerischen Rang absprechen? Die hohe Achtung, die dieser Frau auch von ihren männlichen Zeitgenossen entgegengebracht wurde, haben ihr die Nachkommen, besonders die sich gern patriarchalisch gebärdenden Kunsthistoriker, verweigert, getreu der Erkenntnis Hegels: „Frauen können Einfälle, Geschmack, Zierlichkeit haben, aber das Ideale haben sie nicht."



Fasziniert von den wunderbaren Metamorphosen der Natur: Maria Sibylla Merian
FOTO: ARCHIV FÜR KUNST UND GESCHICHTE

Maria Sibylla Merian hatte Einfälle, Geschmack und wohl auch Zierlichkeit. Sie besaß überdies Courage, Unabhängigkeit und ein für ihre Zeit ungewöhnliches Wesen. In ihrer Kunst gehört sie zu den Besten ihres Jahrhunderts. Nimmt man dann noch ihre wissenschaftliche Bedeutung hinzu, so dürfte sich das von Hegel vermißte „Ideale" eigentlich von selbst verstehen. So mancher Mann, dem das Prädikat „groß" zuerkannt wurde, hat weniger geleistet.

ECKART KLESSMANN

JOURNAL

Malaria: Gefährlichste Tropenkrankheit

dpa, **München**

Die Malaria ist nach Auffassung von Dr. Robert Steffen vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin (Zürich) für Tropenreisende nachweislich die gefährlichste Krankheit. Keine andere Tropenkrankheit koste unter Fernreisenden so viele Menschenleben, betonte Steffen in einem Beitrag der neuesten Ausgabe der in München erscheinenden Zeitschrift „Ärztliche Praxis". Als Grund nannte er Nachlässigkeit bei der medikamentösen Vorbeugung und eine zunehmende Resistenz bei den malariaerzeugenden Blutparasiten. Im allgemeinen werde der Malaria mit dem Wirkstoff Chloroquin vorgebeugt. In Gebieten mit Chloroquin-Resistenz sollten wöchentliche Gaben von Pyrimethamin und Sulfadoxin hinzukommen, riet er.

Weiter wies der Mediziner darauf hin, daß mehrere Staaten in Afrika und Lateinamerika eine Schutzimpfung gegen das Gelbfieber und die Cholera verlangten. Doch eine Impfung gegen die Cholera sei, so Steffen, „nutzlos", da sie nur sehr unvollständigen Schutz gewähre. Er schlug daher vor, lediglich eine Injektion von 0,2 Milliliter Cholera-Impfstoff der „Formalität" wegen zu verabreichen. Wichtiger sei hingegen eine Immunisierung gegen Hepatitis, da bereits unter 1000 Menschen einer von dieser Erkrankung betroffen sein könne. Dringend nötig sei auch eine Schutzimpfung gegen die Poliomyelitis (Kinderlähmung), an der auch Erwachsene über 60 Jahre erkranken könnten.

Ein Vivaldi-Festival in Venedig

MvZ. **Venedig**

Venedigs 5. „Vivaldi-Festival" (5. 9.–7. 10.) trägt den Untertitel „Barochissimi: Aspekte des Revival in Klassik und Romantik". Neben Vivaldi-Konzerten wie dem Zyklus der Serenaden, den „Vier Jahreszeiten" und dem apokryphen „Pastor fido" werden Händels „Messias" und sein Jugendwerk „Agrippa", Mozarts Bachbearbeitung „Fugen für Haydn" und eine alte italienische Transskription von Beethovens „Ruinen von Athen" aufgeführt. Dazu kommt die Uraufführung eines Jugendwerks von Cesar Frank, „Stradella", das kürzlich in den Archiven der Pariser Bibliothèque Nationale aufgefunden wurde.

Besucherrekord bei Manet-Ausstellung

dpa, **Paris**

Die erste große Retrospektive mit Werken des vor hundert Jahren gestorbenen französischen Malers Edouard Manet im Pariser Grand Palais verzeichnet Besucherrekorde. Täglich drängen sich rund 8600 Kunstfreunde in die Ausstellung, die jetzt bis zum 8. August verlängert wurde. Einen höheren Tagesschnitt hatte nur die Impressionisten-Ausstellung von 1974 mit mehr als 9000 Besuchern pro Tag gebracht.

Bonn fördert ein Filmseminar

dpa, **Bonn**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird während der Westdeutschen Kurzfilmtage 1984 in Oberhausen ein „entwicklungspolitisches" Filmseminar finanziell fördern. Das Seminar läuft parallel zu den Westdeutschen Kurzfilmtagen. Es soll Filmemachern aus den Entwicklungsländern und ihren deutschen Gesprächspartnern Möglichkeiten zeigen, wie entwicklungspolitisch bedeutsame Filme aus der Dritten Welt in der Bundesrepublik eingesetzt werden können.

Fortbildung zum Familientherapeuten

wm. **Marburg**

Die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA) in Marburg beendete jetzt ihren ersten Fortbildungskurs zum „Familienberater/Familientherapeuten". Dieser in der Bundesrepublik bisher einzigartige Kursus gab zwölf Lehrern, Dipl.-Pädagogen, und Dipl.-Soziologen die Chance einer zusätzlichen, eineinhalbjährigen Ausbildung in analytisch orientierter Familientherapie. Zweidrittel der Absolventen haben bereits einen Arbeitsplatz oder stehen in entsprechenden Verhandlungen. Die stark praxisorientierte Fortbildung eröffnet den Teilnehmern Berufstätigkeiten im Bildungsbereich, in Beratungsdiensten verschiedener Art, in Kliniken sowie in der Sozial- und Gemeinwesenarbeit.

Literatur der Minderheiten

rst. **Peking**

Schriftsteller der nationalen Minderheiten der Volksrepublik China bilden ein Zehntel der Mitglieder des chinesischen Schriftstellerverbandes. Auf der nationalen Konferenz über die Literatur der Minderheiten in Guiyang wurde jetzt die Zahl dieser Autoren mit rund 100 angegeben. An dem Treffen nahmen Schriftsteller von 26 Nationalminderheiten teil. Auf größtes Interesse stieß „Gelbes Freudenfeuer", eine Erzählung des 38jährigen Wure'ertu von der Ewenki-Nationalität. Den Fragen der Minderheiten-Literatur ist die seit zwei Jahren erscheinende Zeitschrift „Literatur der Minderheiten" gewidmet.

400 Jahre Fälschungsgeschichte: Münchner Ausstellung „Falsche Faraonen"

Auch Skarabäus sorgte für Skandal

Die Echtheit der Kunst durch Fälschung zu begreifen, so lau*tet das Anliegen einer wahrlich* sinnvollen Sonderausstellung unter dem Titel „Falsche Faraonen" in der Staatlichen Sammlung Ägyptischer Kunst in München. Amüsant und spannend wie ein *Krimi* breitet diese Schau anhand zahlreicher Objekte eine dunkle Chronologie aus 400 Jahren Fälschungsgeschichte aus. Beweisstücke, raffiniert und plump, denen die hauseigenen Originale an die Seite gestellt wurden, informieren über dieses aufregende dunkle Kapitel der Ägyptologie.

Die Geschichte der Fälschungen altägyptischer Kunst ist so alt wie die Wiederentdeckung der Kultur des Niltals durch Europa. Die unwiderstehliche Faszination, die Altägypten auf Sammler und Forscher auch heute noch ausübt, hat Kunstfälscher auf den Plan gerufen, seit ägyptische Kunst gesammelt und erforscht wird, seit fast 200 Jahren. In dieser Sonderausstellung wurden nun Fälschungen vom 16. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart aus öffentlichen Museen und privaten Sammlungen des In- und Auslandes zusammengetragen. So stammt aus Brooklyn (New York) der silberne Menes-Halsschmuck, der lange Zeit als ein historischer Beleg für den frühesten König Ägyptens um 3000 v. Chr. galt; aus Genf kommen Reliefs, die im Armana-Boom der 20er Jahre entstanden sind.

Aufregend die Werke des „Berliner Meisters" anzuschauen, dessen *Fotonachlaß vor kurzem* als Geschenk an die Staatliche Ägyptische Kunst München kam und noch für so manchen Ägyptologen und Sammler Überraschungen bringen wird. Hinter dem „Berliner Meister" verbirgt sich Oxan Aslanian, ein Armenier, der in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg zunächst in Ägypten produzierte, um danach in Berlin und Hamburg weiterzuarbeiten. In den 20er Jahren tauchten seine Erzeugnisse zuerst im Berliner Kunsthandel auf, um dann rasch weltweit Verbreitung und Eingang zu finden in renommierten Museen und Sammlungen, wo sich manche auch heute noch befinden. Diese Fälschungen konnten erst entdeckt werden, nachdem die Kunstgeschichte neue Kriterien entwickelt hatte.

Besonders spektakulär auch der Fall der „Necho-Affäre". Die Riesen-Skarabäen, die man in München sieht, verursachten seinerzeit einen weltweiten Skandal. 1908 hielt diese Fälschungsaffäre die internationale Ägyptologie einige Wochen lang in Atem. Höchst widersprüchliche Gutachten waren im Umlauf, zwei Fachkongresse beschäftigten sich mit diesem Fall, der schließlich mit einem Gerichtsverfahren endete.

Der geldbedürftige Sohn eines angesehenen Pariser Ägyptologen kam auf die Idee, bei einem Bildhauer zwei Riesen-Skarabäen anfertigen zu lassen. Auf die Rückseite der Käfer schilderte er die Umschiffung Afrikas zur Zeit des ägyptischen Königs Necho (610–595 v. Chr.) in Hieroglyphenschrift. Beide Käfer wurden von Museen – in Paris und Brüssel – mit Rückendeckung namhafter Ägyptologen, die die Echtheit des Gutachtens bestätigten, angekauft. Berliner Ägyptologen entlarvten dann den raffinierten Schwindel. Doch die Betrogenen wollten die Fälschung nicht wahrhaben. Erst als der öffentliche Streit in den Zeitungen behandelt wurde, meldete sich der Pariser Bildhauer, der die Skarabäen angefertigt hatte. Der Sohn und die Mutter, die auch eingeweiht waren, wanderten ins Gefängnis.

Doch so klar wie dieser Fall liegen die Dinge nicht immer. In München werden auch Teile der Sammlung Mansur gezeigt. Der Streit um die Authentizität dieser Kollektion dauert nun schon 40 Jahre an. Auf der einen Seite stehen die Naturwissenschaftler, deren Untersuchungen zum größten Teil die Echtheit der Reliefs und Statuen bestätigen, auf der anderen Seite die Ägyptologen, die mit derselben Entschlossenheit deren Echtheit leugnen. Noch ist der Streit nicht entschieden, noch können daher die Stücke aus der Mansur-Kollektion weiter zu horrenden Preisen Ägypten-Museen angeboten werden. (bis 30. Oktober)

ROSEMARIE BORNGÄSSER

Bayreuth: „Tristan" unter Ponnelle und „Parsifal" unter G. Friedrich

Das Licht leuchtet die Seelen aus

Was für Augenblicke! Wuchtig, von vielen Furchen durchzo*gen, strebt gleich zu Anfang der* „Tristan"-Inszenierung der Bayreuther Festspiele der Baum nach oben: ein starker Stamm, zum Schiffsbug verstümmelt, der in seiner Abgestorbenheit schon einen ersten Hinweis auf die Todessehnsucht liefert, die Isolde wenig später verkündet. Sodann im zweiten Akt: Wie verwandelt erscheint er, wie Weltesche und Lebensbaum in einem. Die ganze Bühne beherrschend, verbirgt er das Liebespaar vor den Blicken suchender Ritter und läßt unter seinem dichten Blätterdach im wechselnden Licht so etwas wie eine anheimelnde Atmosphäre aufkommen. Schließlich im dritten Aufzug: Geborsten und verdorrt, wird er zum Mittelpunkt eines einsamen Eilands, das sich hoch und nebelverhangen über dem Meer erhebt, zum Ort, an dem sich der Wahn Tristans endlich erfüllt.

Man sieht: Es braucht gar nicht eines immensen Aufwands, um Wagners Werks wirklich habhaft zu werden. Die Inszenierung Jean-Pierre Ponnelles, vor zwei Jahren für die Bayreuther Festspiele entworfen, lehrt eine Einfachheit, die Peter Hall und William Dudley beim neuen „Ring" nicht selten hilfreich gewesen wäre. Sie benützt nicht Technik; sie spielt allenfalls mit dem Licht, um die Seelenhaltungen der beiden Protagonisten auszuleuchten. Ihre Kraft speist sich aus Konzentration. *Schlüssigkeit ist ihre Stärke.*

Was diese „Tristan und Isolde"-Aufführung immer wieder zum Ereignis macht, ist ihre immanente Musikalität. Beleuchtung, Bewegungssprache, Bühnengestaltung: All das findet sich im Einklang mit Text und Musik. Kein Mißton stört – und selbst die Traumperspektive des Todes, die Ponnelle inzwischen deutlicher als früher herausarbeitet, wirkt hinlänglich begründet. Die Apotheose der beiden Liebenden: Hier wird sie aus der Ekstase eines Sterbenden heraus entwickelt.

Natürlich bleibt solche Musikalität nicht ohne Eindruck – und so verwundert es auch keineswegs, wenn sich Daniel Barenboim entschiedener am Geschehen beteiligt. Engagiert bemüht er sich in diesem Jahr um die Musik. Unter seinen Händen wird sie zum untrüglichen Seismographen von Empfindungen, von denen die Bühne handelt. Barenboim macht Gefühle hörbar und steuert damit seine Sänger. Johanna Meier gibt ihrer Isolde denn auch wieder die lyrische Inbrunst, die man erwartet, selbst wenn man nicht immer versteht, was sie singt. Spas Wenkoff, als Tristan die Stelle René Kollos einnehmend, hat zwar anfangs Mühe mit seiner Partie. Aber kraft seiner Erfahrung gelingt ihm im dritten Akt doch noch ein imponierender Abgesang. Deutlich deklamierend und diskret darstellend: *Matti Salminen als König* Marke.

Auch dem „Parsifal" tags darauf bleiben die Sänger nichts schuldig. Simon Estes als kraftvoller, in seinem Schmerz sich aufbäumender Amfortas, Matti Salminen in der Rolle des stimmächtigen Titurel, Hans Sotin, der seinem Gurnemanz äußerliche Standfestigkeit und innere Bewegtheit gestattet, und Peter Hofmann vor allem, der sich wieder einmal als einer der großen Wagner-Tenöre beweist und seinen Parsifal als Ritter-Ideal charakterisiert, ohne Menschlichkeit zu verleugnen: Alle diese Künstler machen sich das Bühnenweihfestspiel auf eine Weise zu eigen, die gerade in der Realisation von Götz Friedrich nichts Weihevolles hat.

Der Regisseur zeigt zwar den Kult, doch er zeigt ihn in seiner ganzen Zeitlichkeit. Er relativiert gewissermaßen den Mythos und vergegenwärtigt ihn dadurch. In James Levine findet Friedrich dabei einen geradezu idealen Partner für seine Sehweise. Levine setzt nicht aufs Pathos, er überhöht nicht musikalisch die Geschichte. Er nimmt sie zurück, verinnerlicht sie, rückt sie uns näher. Nur so kann sie uns so betroffen machen wie an diesem Bayreuther Festspielabend.

HARTMUT REGITZ

Vom Verfall bedroht: San Leonardo di Siponte

Hunde halten die Wacht

Während die Italiener auffallend bemüht sind, wenigstens die wichtigsten Burgen und Kathedralen Apuliens aus der Stauferzeit zu erhalten und zu restaurieren, droht ein besonders schöner und geschichtsträchtiger Besitz des Deutschen Ritterordens völlig zu verfallen. San Leonardo di Siponte liegt etwas außerhalb der alten Hafenstadt Manfredonia an der heute breiten Autostraße nach Foggia. Im Jahre 1261 hatte der Deutsche Ritterorden dort ein Pilgerhospital übernommen und ausgebaut, das mit Kloster und Kirche verbunden war. Die heute von Franziskanern betreute Kirche hat die Stürme der Zeit verhältnismäßig gut überstanden. An der Wand rechts vom Altar sind die Hinweise auf den Deutschen Ritterorden unübersehbar. Gut erhalten sind der schlichte schwarz-weiße Wappenschild, daneben das liliengeschmückte Hochmeisterwappen und schließlich das Wappen des Landkomturs Seinsheim bei Würzburg.

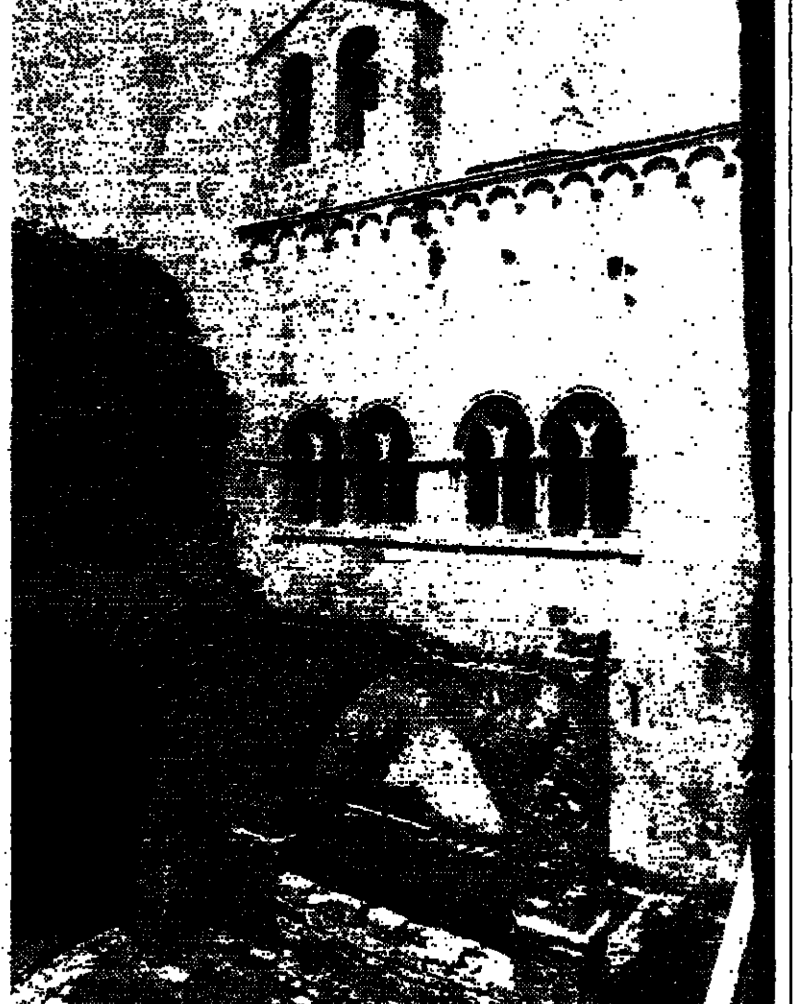
Das ehemalige Hospiz dient heute anderen Zwecken und ist wiederholt umgebaut. Traurig ist es um das frühere Kloster bestellt. Das schon vorher stark mitgenommene Gebäude wurde bei einem Erdbeben der vergangenen Jahre vollends zur Ruine. Einige Mönchszellen sind noch zu betreten, geblieben ist ein herrlicher Blick auf die weiten Ölbaumfelder auf den Ausläufern des Tavoliere und des Monte Gargano. Angekettete Hunde kläffen die Besucher an und bewachen die Habseligkeiten von Hirten in den Kellerfluchten.

In den ersten Nachkriegsjahren bot Italien dem Hochmeister des 1929 in einen rein geistlichen Orden der „Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem" umgewandelten Ritterordens seinen ehemaligen Besitz wieder an. Personelle und finanzielle Engpässe zwangen die Ordensleitung damals zur Absage. Heute tauchen Überlegungen auf, San Leonardo di Siponto zu einer Stätte der Begegnung, einem Jugendzentrum oder einem europäischen Zentrum für geistig-kulturellen Austausch zu machen.

Die alten Baupläne sind vorhanden. Die heutigen Besitzverhältnisse sind auf den ersten Blick zwar kompliziert, bei gutem Willen aller Beteiligten jedoch lösbar. Die Kirche gehört dem Bischof von Manfredonia, das Kloster dem italienischen Staat, das frühere Hospiz befindet sich in privater Hand.

Wenn an dem zwar durch Gitter geschützten, aber doch einsam liegenden Besitz nicht bald etwas geschieht, ist auch die siebenhundert Jahre alte Kirche ernsthaft gefährdet. Ausgerechnet deutsche Besucher sollen es gewesen sein, die aus dem in manchen Kunstbüchern abgebildeten wertvollen Tympanon kürzlich einen Kopf abgeschlagen und wohl als Andenken mitgenommen haben.

NORBERT MATERN



Einst im Besitz des Deutschen Ritterordens: Das Kloster San Leonardo di Siponte in Apulien
FOTO: MATERN

Neuer Film: „Der schwarze Hengst kehrt zurück"

Nach Bagdad entführt

Er ist zweifelsohne einer der schönsten männlichen Schauspieler Hollywoods und zugleich auch einer der begabtesten Mimen dazu, der schwarze Araberhengst Cass-Ole. Francis Ford Coppola entdeckte das Roß mit dem seidig schimmernden Fell, als er vor vier Jahren den vierbeinigen Hauptdarsteller für die Verfilmung von Walter Farleys Jugendbuch „Der schwarze Hengst" suchte. Der Film, den Coppola produzierte, wurde ein großer Kassenerfolg. Nicht nur Pferdenarren genossen die spannende Mär von dem kleinen Alec, der nach einem Schiffbruch zusammen mit einem Pferd auf einer einsamen Insel Zuflucht findet. Am Ende des Films werden Cass-Ole und Alec von der Insel wieder heruntergeholt, und der Hengst siegt im Jahr darauf bei einem Pferderennen. Mickey Rooney gab damals das eindrucksvolle Portrait eines ehemaligen Jockeys, der zum Trainer von Junge und Pferd wird.

Der zweite Film über die Freundschaft von Pferd und Mensch heißt sinnigerweise „Der schwarze Hengst kehrt zurück" und knüpft an Cass-Oles Triumphe auf den Rennplätzen Amerikas an. Sein einstiger Besitzer, ein Bösewicht aus dem fernen Orient, für den Conrad Veidts Darstellung des Wesirs Jaffar in „Der Dieb von Bagdad" Pate gestanden haben könnte, taucht auf. Er entführt das Tier in seine arabische Heimat. Der Junge Alec, wieder gespielt von dem inzwischen 16jährigen Kelly Reno, macht sich auf die Suche nach seinem vierbeinigen Freund und kann ihn nach allerlei Abenteuern aus den Klauen des bösen Raj (Vincent Spano) befreien.

Wie das leider oft der Fall bei Fortsetzungen ist, geht im zweiten Teil der Verfilmung von Farleys Jugendbuchserie der Reiz des Ursprünglichen verloren. Noch immer bezaubert der schwarze Hengst zwar durch seine Grazie und Schönheit, und einige der Wüstenszenen erinnern an Impressionen aus dem Märchen von 1001 Nacht. Aber Regisseur Dalva hat zu viele Konzessionen an die zur Zeit gängigen Action-Filme gemacht. Da gibt es Verfolgungsjagden durch die Wüste und allerlei dramatischen Firlefanz. Während Dalva sich mühsam abstrampelt, möglichst viele Spannungsmomente in seinen Film hineinzupakken, – begnügte sich der erste Teil der schwarzen Hengst-Geschichte mit einfacheren Stilmitteln. Er lebte vor allem von dem Zauber der sich langsam entwickelnden Liebe zwischen Mensch und Tier. In „Der schwarze Hengst kehrt zurück" ist von diesem Zauber nur noch stellenweise etwas zu spüren, der Rest ist ein Aktionsdrama mit Pferd.

M.v. SCHWARZKOPF

Athen: Gerücht über Typhus-Epidemie infam

Untersuchungen auf Kos haben den Verdacht entkräftet

E. ANTONAROS, Athen

Die griechischen Gesundheitsbehörden haben gestern energisch bestritten, daß auf der ostägäischen Ferieninsel Kos eine Typhus-Epidemie ausgebrochen sein soll. Gerüchte über eine Epidemie auf dieser Ferieninsel im Dodekanes-Komplex waren Ende vergangener Woche in London entstanden, als acht an Unterleibstyphus erkrankte Briten nach einem zweiwöchigen Urlaub auf Kos heimgekehrt waren. Auf der Insel verleben zur Zeit auch 600 Deutsche ihren Urlaub.

„Wir haben Wasseranalysen vorgenommen und das Personal des betreffenden Hotels von Fachärzten untersuchen lassen. Es gibt nicht die entferntesten Anzeichen dafür, daß eine Typhus-Epidemie auf der Insel im Gange ist", erklärte die Direktorin im griechischen Gesundheitsministerium, Theodora Stephanou, gestern in Athen.

Alle am Typhusfieber erkrankten Engländer hatten ihren Urlaub im erstklassigen Hotel „Ramira Beach" verbracht, das zur Zeit mit 500 Touristen voll belegt ist. Eine ärztliche Untersuchung der meisten Hotelgäste hat ergeben, daß kein einziger an Typhus erkrankt zu sein scheint. Hotelbesitzer Mitsis schließt nicht aus, daß die angesteckten Briten die Krankheit möglicherweise aus der Türkei mitgeschleppt haben, wohin sie alle kleine Tagesausflüge unternommen hatten. Kos liegt auf Sichtweite von der kleinasiatischen Küste.

Ebenfalls negativ sind die Vor-Ort-Untersuchungen eines britischen Arztes verlaufen. Londoner Versicherungsfirmen hatten eigens einen Arzt nach Kos entsandt, um das Ausmaß der angeblichen Epidemie festzustellen. Richard Fairhearst gegenüber der Londoner Presse: Er habe auf der Insel „keine Symptome einer Typhus-Epidemie" entdecken können. Höchstwahrscheinlich habe es sich um einzelne, saisonbedingte Fälle gehandelt.

Fairhearst ließ ebenfalls durchblicken, daß die erkrankten Briten möglicherweise bereits vor Beginn ihres Kos-Urlaubs vom Typhus angesteckt wurden. In England sind neuerdings immer häufiger Typhus-Fälle bei Personen festgestellt worden, die in Pakistan oder in Indien gewesen sind. Ohne Schutzimpfung brechen die Symptome des Unterleibstyphus in der Regel erst drei Wochen nach der Ansteckung aus. Die Typhus-Bazillen werden vorwiegend durch verseuchte Nahrung (vor allem Gemüse) und Wasser übertragen. Hohes Fieber, Schüttelfrost und Durchfall sind die häufigsten Symptome. Die Krankheit ist heutzutage jedoch nur noch in seltenen Fällen tödlich.

Hinter der ausführlichen Berichterstattung in der Londoner Presse vermuten die Athener Zeitungen eine „gezielte Kampagne, den griechischen Fremdenverkehr zu schädigen". „Die Engländer wollen systematisch unseren Tourismus sabotieren", kommentierte am Wochenende das konservative Blatt „Akropolis". In einem Jahr, da die Touristenflaute in Griechenland mit einem 30prozentigen Rückgang in wichtigen Ferienorten nahezu bedrohliche Dimensionen angenommen hat, haben die Gerüchte über die angebliche Typhus-Epidemie einen sehr empfindlichen Nerv der Griechen getroffen. „Infam", nannte es ein Behördensprecher. Auf Kos freilich ist alles ruhig: Unter den Ausländern ist keine Unruhe ausgebrochen. „Kein einziger Tourist hat die Koffer vorzeitig gepackt. Kein einziger hat seine Buchung storniert", sagte ein Sprecher des örtlichen Hotelierverbandes. (SAD)

Streit um Buñuels Asche

War der Regisseur ein Mann Spaniens oder Mexikos?

ROLF GÖRTZ, Madrid

Noch ist der große Filmregisseur Luis Buñuel, der am Freitag in Mexiko starb, nicht beigesetzt, da hub in Spanien schon Streit um den Frieden seiner Asche an. Um seine Urne kämpfen gegen Mexiko das spanische Land Aragón mit der Hauptstadt Zaragoza und das Dorf Calanda, wo Buñuel geboren wurde und wohin es ihn zeit seines Lebens immer wieder zog. Hier läuteten die Glocken, verkündete der Lautsprecher vom Rathaus her seinen Tod über die geduckten Dächer hinweg. Und von hier aus wollen sich die Trommler aufmachen, Buñuel heimzuholen. Er war einer von ihnen. Oft hat er an ihren merkwürdigen Umzügen teilgenommen, wie an den Karfreitagszügen, wenn die Dorfbewohner, jeder mit einer Trommel bewehrt, durch die staubigen Straßen ziehen. Fast die ganze Nacht schlagen sie stundenlang mit Stöcken oder Fäusten, bis diese blutig sind, auf ihre Trommeln – eine der vielen unergründbaren Sitten dieses Landes, denen sich Buñuel nie entzog.

Von seinem Dorf schrieb der Regisseur, daß es bis in den Zweiten Weltkrieg hinein im Mittelalter lebte. Sein Verhältnis zu Tod und Leben prägte sich ihm als Kind beim Anblick eines toten Esels ein. Tiere wurden damals nicht begraben. Geier und Hunde rissen dem Kadaver aus dem Leib, was sie zum Leben brauchten. Ein anderer Eindruck, den er als Junge hatte: Wie ein Arzt mit primitiven Methoden versuchte, an einem Toten die Autopsie vorzunehmen – in der kleinen Friedhofskapelle. Der Tote war ermordet worden. „Luis Buñuel gehört auf diesen Friedhof", entschied der Bürgermeister jetzt.

Im Stile des spanischen Hofzeremoniells verkündete der sozialistische Kultusminister des Landes Aragón den Verlust des illustren Exzellentissimo Señor Don Luis Buñuel Portoles. Auch er beansprucht die Asche aus Mexiko. Schließlich habe Buñuel in Zaragoza bei den Jesuiten sein Abitur gemacht, dort Sequenzen seiner Filme gedreht und im Rathaus die goldene Medaille der Stadt erhalten. Zaragoza hat ihm überdies ein Universitätsinstitut und eine Straße gewidmet.

Der mexikanische Professor Augustin Sanchez Vidal, der Buñuels Lebenswerk beschrieb, ihn oft bei der Arbeit und im Hause beobachtete, vertritt dagegen eine ganz andere Meinung: Wenn Aragón Buñuels Asche hätte erhalten wollen, hätte es sich mehr um den Lebenden kümmern müssen. Der Tote und sein Werk gehören zum kulturellen Leben Mexikos, und damit basta. (SAD)

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Die an der Südseite eines Tiefs über Norwegen eingeflossene kühle Meeresluft gelangt von Westen her zögernd unter Hochdruckeinfluß.

Deutscher Wetterdienst
2. August 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C, bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Mittwoch:

Westhälfte Deutschlands: Anfangs stark bewölkt, aber nur örtlich noch etwas Regen. Im Tagesverlauf zunehmende Auflockerungen, zum Teil auch Aufheiterungen und niederschlagsfrei.

Osthälfte Deutschlands mit Küstengebieten: Vielfach stark bewölkt und vor allem im Küstengebiet und im Nordteil noch Schauer oder vereinzelt Gewitter. Nur zögernder Temperaturanstieg auf 18 bis 20 Grad.

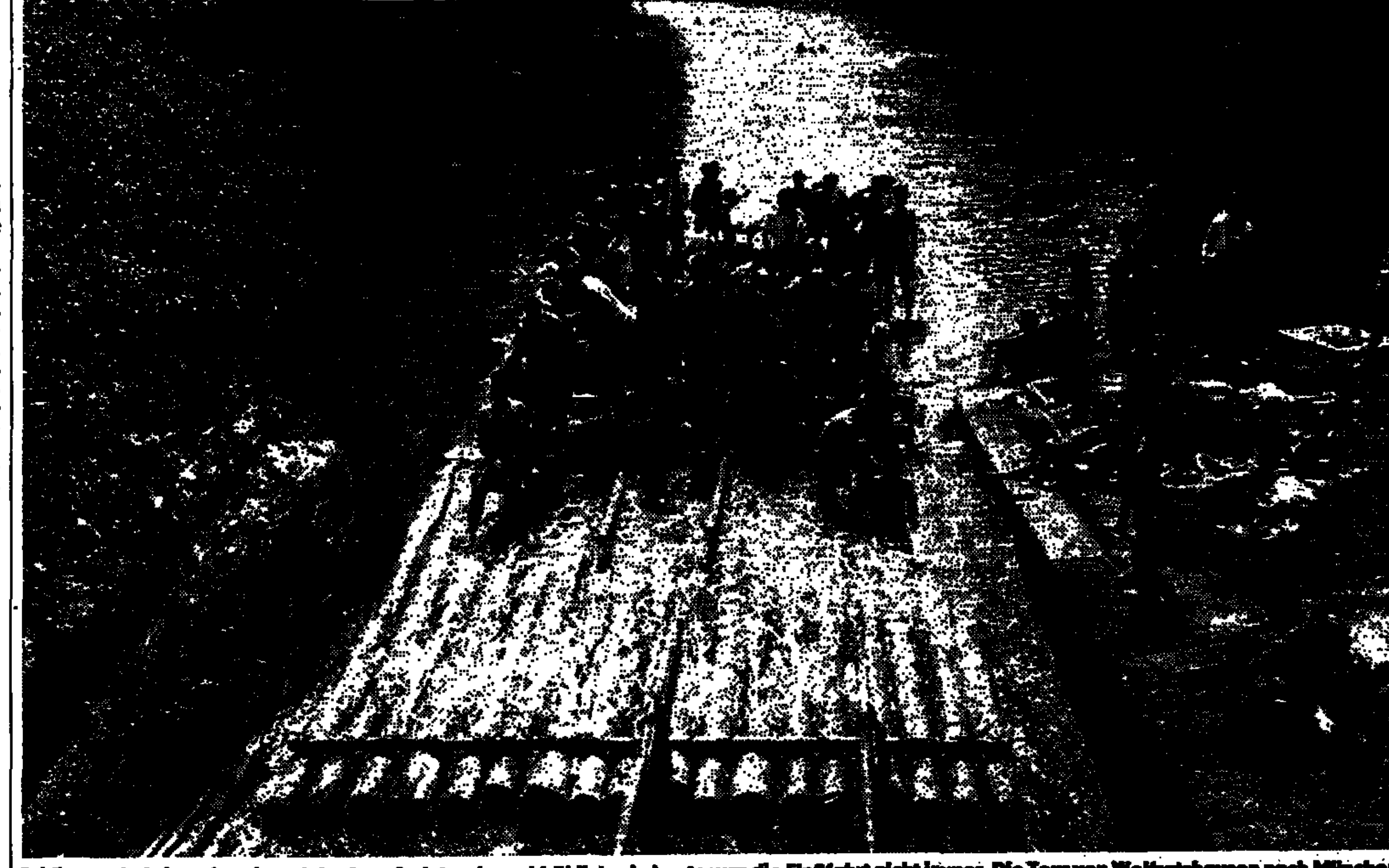
Weitere Aussichten:

Auch im Osten freundlicher, leichter Temperaturanstieg.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	32°
Bonn	20°	Kopenh.	21°
Dresden	21°	Las Palmas	23°
Essen	18°	London	15°
Frankfurt	20°	Madrid	27°
Hamburg	19°	Mailand	20°
List/Sylt	15°	Mallorca	30°
München	20°	Moskau	23°
Stuttgart	18°	Nizza	28°
Algier	29°	Oslo	18°
Amsterdam	17°	Paris	17°
Athen	29°	Prag	21°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	17°	Stockholm	22°
Budapest	28°	Tel Aviv	35°
Bukarest	27°	Tunis	32°
Helsinki	23°	Wien	22°
Istanbul	28°	Zürich	16°

* Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.49 Uhr, Untergang: 21.06 Uhr, Mondaufgang: 0.03 Uhr, Untergang: 17.21 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel



Schäumende Lebensfreude auf der Isar. So lukrativ und fröhlich wie heute war die Floßfahrt nicht immer. Die Tour von Wolfratshausen nach München buchen jährlich 50 000. FOTO: WEREK

Wenn Auen und Wälder gemächlich vorüberziehen

Von R.-M. BORNGÄSSER

„Fahrn ma nach Minga mit'm Floß, da geht's vui schneller ois wia mit'm Ross", so sangen die Alten in einem bekannten Münchner Bierlied. Das Gegenteil allerdings ist wahr: Gemächlich ziehen die Auen und Wälder vom Floß aus am Ufer vorbei. Annähernd 50 000 Menschen fahren Jahr für Jahr pro Saison mit viel Gejauchz und Geschrei die Isar hinunter. Die Floßfahrt, „das schönste und originellste Sommervergnügen, das es in Europa gibt", so preisen lauthals die Werbeschriften.

Eine fröhliche Floßfahrt gehört zum München-Aufenthalt wie der Knödel zum Schweinsbraten. Es ist in jeder Hinsicht ein „feuchtfröhliches" Abenteuer mit zünftiger Musik, Tanz und nicht immer ganz freiwillig Badenden. Doch so heiter, wie sie heute ist, war die Floßfahrt früher nicht; auch nicht so einträglich. Vielmehr war es eine harte und schlecht bezahlte Arbeit. Wann die ersten Flöße auf den südbayerischen Alpenflüssen fuhren, läßt sich nicht mehr exakt feststellen. Tatsache ist, daß im Jahre 1159 den Wolfratshausener Flößern durch Graf Berthold III. das Zunftrecht erteilt wurde. In Mittenwald, am Fuß des Karwendels, erhielt 1450 das Gebirgsdorf einen Flößerhafen. Ohne die Isarflößer wäre der Verkehr im Mittelalter unvorstellbar gewesen. Es wird überliefert, daß zum Bau der Frauenkirche in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts aus den Tölzer Bergen 140 Flöße mit 21 000 Baumstämmen nach München geschafft wurden, jedes einzelne Floß um ein Vielfaches größer als die derzeitigen Passagierflöße.

Was früher eine schwere Arbeit war . . .

Die Marmorquadern für die Schlösser Nymphenburg und Schleissheim wurden von Lenggries die Isar hinabgeflößt. Bis in die Donaumetropole nach Wien wurden Waren auf dem Wasserweg verfrachtet: von Kalk und Kohle bis zu Bier und Bauholz, sogar Vieh. Es war eine schwere und anstrengende Arbeit. Viele fanden dabei den Tod in den Fluten. Nachweislich konnten die meisten der Flößer nicht schwimmen. Sie galten als harter, zupackender Menschenschlag – diese Isar-Loisach-Flößer. In einer Chronik liest man: „Nicht umsonst hatte der Isarwinkel einst mit die beste Militärtauglichkeit Deutschlands."

Mit dem Aufkommen der Eisenbahnen näherte sich die Floßfahrt ihrem Ende. Die letzte spektakuläre Floßfahrt von München nach Wien wurde 1904 unternommen. Im Auftrag des Münchner Metallwerkes Göggl & Sohn brachte der Floßmeister Sebastian Seitner den Kupferdeckel für eine Braupfanne von sechs Meter Durchmesser in die österreichische Kaiserstadt. Weder Fuhrwerk noch Eisenbahn konnte das sperrige Gut befördern.

Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg feierte die Floßfahrt als allgemein beliebtes Freizeitvergnügen Wiederauferstehung. Drei Flößerfamilien – unter ihnen die bereits genannte Familie Seitner – sind heute noch im Besitz des alten Privilegs. Von Mitte Mai bis Mitte September rauschen die Flöße die Isar hinunter. Die Umsätze sind beträchtlich: bei einer Beteiligung von 50 000 Freizeitflößern mit einem Durchschnittspreis von 100 Mark pro Kopf fließen jährlich rund fünf Millionen Mark die Isar hinunter. Die Flößerei ist allerdings an dieser Summe nur zu einem Drittel beteiligt. Fünf Fahrzeitstunden von Wolfratshausen bis zur Münchner Anlegestelle Thalkirchen dauert das rund 25 Kilometer lange feuchte Vergnügen. Mit Bier und Blasmusik treibt das Floß gemächlich den Fluß hinunter: Höhepunkte dieser weiß-blauen Gaudi sind die rasenden Schleusenabfahrten. Apropos Schleusen: Damit die Floßgassen stets als Rutschen in einem einwandfreien Zustand sind, werden sie auch regelmäßig von Ingenieuren des Wasserschaftsamtes München im Auftrag der Eigentümer – der Isar Amperwerke – geprüft.

. . . ist heute nur noch „a Mordsgaudi"

Und wenn dann der Trompeter am Fahrt-Ende, während das Floß langsam auf die Anlegestelle zutreibt, „Auf Wiedersehen" bläst, stehen hier bereits die Lastwagen parat. Mit einer Geschwindigkeit, die fasziniert, nehmen die Flößer ihr Fahrwerk auseinander. Ein Spezialfahrzeug bringt die mächtigen Stämme die 30 Kilometer nach Wolfratshausen zurück. Dort werden sie über Nacht über dem Loisachufer gestapelt, um am nächsten Tag in aller Herrgottsfrühe wieder zu dem originellsten Sommervergnügen startbereit gemacht zu werden. „Sechzig Prozent der Leute, die mit uns fahren, sind Preiss", sagt der Seitner-Sepp, der jeden Fels und jede Flußtücke der gar nicht so harmlosen Isar kennt. „Aber von der Mentalität her g'fallts an jedem gleich gut, ob Preiss oder Bayer. – Es ist halt a Mordsgaudi – so eine Floßfahrt!"

Wenn im Jet die Triebwerke ausfallen

SAD, Seattle

Sollten einmal bei einem der modernen Düsen-Verkehrsflugzeuge alle Triebwerke versagen, gibt es immer noch Möglichkeiten, die Maschine sicher zu landen. Wie gut die Techniker mittlerweile vorgesorgt haben, zeigte sich kürzlich, als einer Boeing 767 mit 61 Passagieren an Bord in 11 900 Meter Höhe über Kanada der Treibstoff ausging.

Sobald die Triebwerke ausfallen, liefern die von ihnen angetriebenen Generatoren keinen Strom mehr. Das Flugzeug ist elektrisch „tot". Doch die Konstrukteure haben vorgesorgt. An Bord ist eine Nickel-Kadmium-Batterie, die genug Strom liefert, um die Funkanlage und die wichtigsten Instrumente im Cockpit in Betrieb zu halten. Ferner wird sofort automatisch aus dem „Bauch" der Maschine eine Staudüse ausgefahren. Sie liefert Kraft für die Hydraulik.

Wie alle modernen Verkehrsflugzeuge ist die Boeing 767 so konstruiert, daß sie ohne Antrieb mindestens die 16fache Strecke ihrer Flughöhe gleiten kann. Dies erlaubte es dem Piloten, sich nach einem Notlandeplatz umzusehen. Er entschied sich für einen stillgelegten Militärflugplatz in Manitoba, etwa 100 Kilometer entfernt. Sein Problem war nur: die von der Staudüse gelieferte Energie reichte nicht aus, die Landeklappen auszufahren. Diese geben dem Flugzeug mehr Auftrieb und bremsen es gleichzeitig. Die normale Landegeschwindigkeit der Boeing 767 beträgt etwa 240 km/h. Im freien Gleitflug ohne Landeklappen sind es etwa 330 km/h. Die Folge ist, daß die Maschine mit dem Kinn aufsetzt. So geschah es auch. Sämtliche Besatzungsmitglieder und Passagiere überlebten.

In Bayern kam die Kühle mit schweren Unwettern

Schäden in ganz Deutschland / Elbe kaum noch schiffbar

dpa, München

Bei schweren Unwettern sind am Montagabend und in der Nacht zu gestern in Bayern zwei Menschen ums Leben gekommen. Sechs Personen erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen. Der vor allem durch Brände angerichtete Sachschaden wird von der Polizei auf mindestens sechseinhalb Millionen Mark geschätzt.

Als am Montag bei Einbruch der Dunkelheit Kaltluft aus dem Norden nach Bayern vordrang, brachen schwere Gewitterstürme los. Böenwalzen erreichten in einzelnen Landesteilen Orkanstärken, d. h. Geschwindigkeiten von annähernd 120 Kilometer pro Stunde. Am Kiemberg in Ruhpolding flammten die seit der vergangenen Woche schwelenden Waldbrände wieder auf. Auf einem Feldweg nahe dem schwäbischen Friedberg erschlug der Blitz eine 41jährige Bäuerin. Ihr 43jähriger Mann wurde lebensgefährlich verletzt. Das Ehepaar wurde nach Angaben der Polizei vom Blitzschlag getroffen, als es einen Heuhaufen zum Schutz vor dem Gewitterregen mit Planen abdecken wollte. Bei Taching im Landkreis Traunstein prallte eine 30jährige kaufmännische Angestellte gegen einen Baum, die auf der überschwemmten Fahrbahn die Kontrolle über ihr Auto verloren hatte. Während die Frau noch an der Unfallstelle starb, überlebte ihr neunjähriger Sohn schwer verletzt.

Im niederbayerischen Deggendorf riß der Sturm mehrere Schaubuden eines Volksfestes um und deckte das Festzelt ab. Dabei wurden drei Personen schwer verletzt. Sachschaden von mindestens zwei Millionen Mark entstand nach Schätzungen der Polizei bei einem Großbrand bei Steinwiesen (Landkreis Kronach), wo der Blitz in einen Bauernhof einschlug und anschließend acht Scheunen, Stallungen und Gerätehäuser bis auf die Grundmauern niederbrannten.

Die Schiffahrt ist durch die lange Trockenheit bislang vor allem auf der Oberelbe erheblich behindert worden. Nach Angaben des Wasser- und Schiffahrtsamtes in Lauenburg können die Binnenschiffe weite Strecken nicht mehr befahren. An manchen Stellen ist die Elbe so flach, daß man durchmarschieren könnte. In Schnackenburg betrug der Wasserstand am Dienstag nur 80 Zentimeter im Vergleich zu normalerweise rund 2,50 Meter. Die vollbeladenen bundesdeutschen Binnenschiffe können zur Zeit nur noch über den Elbe-Seitenkanal nach Berlin gelangen. Auf dem Niederrhein können „Kümos" und große Schubleichter nicht mehr voll laden. In Geesthacht liegen viele Schiffe vor Anker. Die anderen Binnenschiffahrtswege waren gestern noch ohne Einschränkungen befahrbar.

Kühlere Meeresluft sorgte gestern in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland für einen Rückgang der hohen Temperaturen. Die Tageshöchstwerte lagen bei 20 Grad. In manchen Gegenden fielen die Temperaturen in wenigen Stunden um 20 Grad C. In Alma-Ata dagegen, der Hauptstadt der sowjetischen Republik Kasachstan, wurde jetzt mit 43,4 Grad die höchste Temperatur seit 100 Jahren gemessen.

LEUTE HEUTE

Steuerschulden

Christina Onassis muß rund 120 Millionen Mark Erbschaftssteuer für das Vermögen ihres Vaters, des Reeders Aristoteles Onassis, nachzahlen. Dies verkündete ein Athener Gericht. Damit verlor die voluminöse Griechin einen jahrelangen Rechtsstreit gegen den Fiskus.

Protest

Der Bürgermeister des mondänen Badeorts Saint Tropez an der Côte d'Azur hat gegen einen Roman protestiert, in dem seiner Heimatstadt lockere Sitten bescheinigt werden. In einem Schreiben an die Autorin **Françoise Parturier** beschwert sich **Jean-Michel Couvé**, die Dame habe in ihrem jüngsten Roman „Die Hügel von Ramatuelle" ein völlig verzerrtes Bild von seiner Heimatstadt gegeben.

Ende einer Epoche

Christiaan Barnard, der mit der ersten Herzverpflanzung bei einem Menschen 1967 eine medizinische Pionierleistung vollbracht hat, kann wegen Gicht in den Händen nicht mehr operieren. Jetzt ist es endgültig. Der 60jährige Chirurg hat mehr als 50 Herzverpflanzungen vorgenommen. Sein erster Herzpatient überlebte den Eingriff nur 18 Tage. Andere Patienten lebten mit ihrem zweiten Herzen bis zu zwölf Jahren weiter.

Kurzgehalten

Auf dem Bildschirm ist er als Chef des Denver-Clans Gebieter über zig Millionen Dollar. Zu Hause wird er kurzgehalten: **John Forsythe** (64). In punkto Geld hat seine Frau **Jupe** das Sagen. Forsythe, auch privat nicht unbegütert, muß mit 20 Dollar pro Woche auskommen. Das hat er einer Zeitung anvertraut.

Sensationelles Geständnis im Hößl-Prozeß

AP, München

Eine sensationelle Wende hat gestern das Verfahren gegen den mutmaßlichen „Maisfeldmörder", den 43jährigen Kaufmann Peter Hößl, genommen. Zwei Tage vor dem Termin, für den das Münchner Schwurgericht die Urteilsverkündung gegen den wegen dreier Morde vorbestraften Hößl vorgesehen hatte, gestand überraschend ein Mithäftling im Untersuchungsgefängnis München-Stadelheim den Mord an dem 15jährigen Peter Siegl am 26. August 1982 bei München-Ismaning. Über einen Anwalt ließ der 30jährige Kraftfahrzeugmechaniker Walter Fink wissen, sein Gewissen drücke ihn. Er wolle nicht, daß ein Unschuldiger für seine Tat bestraft werde. Einzelheiten zur angeblichen Tat hat der wegen eines Bankraubs in Bayreuth inhaftierte Mann nach Angaben der Staatsanwaltschaft bislang nicht preisgegeben. Er will sich möglicherweise bei der Fortsetzung des Prozesses gegen Hößl morgen zur Sache weiter einlassen. Fink ist im gleichen Zellentrakt wie Hößl untergebracht. Staatsanwalt Jürgen Hanreich, der für Hößl eine lebenslange Freiheitsstrafe gefordert hatte, erklärte, er lasse das Geständnis des Untersuchungshäftlings überprüfen.

Sauberer Rhein?

AP, München

Die Qualität des Rheinwassers ist nach den Forschungsergebnissen des Instituts Fresenius in Taunusstein bei Wiesbaden wesentlich besser als sein Ruf und besitzt zumindest Badequalität. Das geht aus einem vorab von der Illustrierten „Quick" veröffentlichten Testbericht hervor. Das Rheinwasser erreiche danach die vier schlechtesten Stufen der zehnteiligen Skala für Wasserqualität überhaupt nicht mehr. An einer Stelle sei dem Fluß sogar „bestes Badewasser" bescheinigt worden.

Maori verurteilt

rtr, Wellington

Der Maori, der dem britischen Thronfolger Prince Charles und dessen Frau Diana bei ihrem Besuch in Neuseeland im April dieses Jahres sein nacktes Hinterteil gezeigt hatte, ist zu einer Geldstrafe von 720 Mark verurteilt worden. Vor Gericht erklärte der 42jährige Dun Te Ringa Mangu Mihaka, er habe auf traditionelle Maori-Art gegen den Besuch des britischen Thronfolgers protestieren wollen. Ein Maori-Experte hatte demgegenüber ausgesagt, daß das Zeigen des nackten Gesäßes bei den Maoris als höchste Form der Verspottung gelte.

Gasblase explodiert

AP, Aberdeen

Ein Bohrer, der auf eine Gasblase stieß, hat die Explosion und das Feuer auf einer Ölplattform in der Nordsee ausgelöst, bei dem in der Nacht zu gestern 13 Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. 71 weitere Mannschaftsmitglieder wurden von der Plattform etwa 176 Kilometer vor der Küste Aberdeens im Osten Schottlands evakuiert.

Keine Spur

dpa, Donauwörth

Über den Verbleib der seit der vergangenen Woche vermißten Schülerinnen Simone Langer aus dem bayerischen Donauwörth und Susanne Dürr aus Herbrechtingen (Kreis Heidenheim/Baden-Württemberg) herrscht weiter Unklarheit. Die Sonderkommissionen der Kriminalpolizei in Donauwörth hatten bis gestern in beiden Fällen keine „heiße Spur".

Zwei Glückspilze

dpa, Köln

In den Kassen der meisten Urlauber herrscht nach der „schönsten Zeit des Jahres" Ebbe. Nicht so bei zwei Glückspilzen aus Nordrhein-Westfalen: 3,5 Millionen Mark wird jeder von ihnen nach der Rückkehr aus dem Urlaub auf dem Konto vorfinden – Riesengewinne aus dem Spiel 77. Nur sie wissen noch nichts von ihrem Glück, teilte das West-Lotto mit.

ZU GUTER LETZT

„In der DDR werden die Hornissen erfaßt", wie, ob mit Stempel oder Nummer, wurde nicht gesagt. Überschrift einer dpa-Meldung aus Ost-Berlin.

